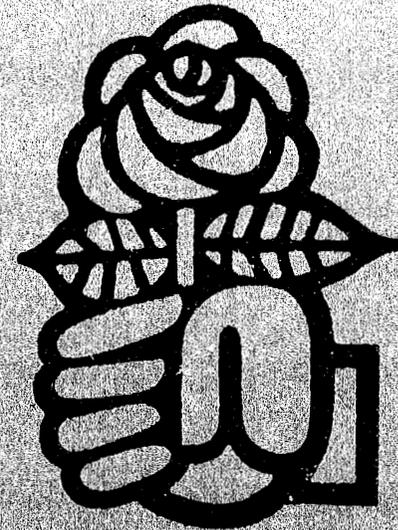


100 Jahre SP

Die
Sozialdemokratische
Partei
im Kanton Zug
von ihren Anfängen
bis 1988



SP

Oktober 1988

Sozialdemokratische Partei
des Kantons Zug

SP

100 Jahre SP

**Die
Sozialdemokratische Partei
im Kanton Zug
von ihren Anfängen
bis 1988**

Redaktion

Armin Jans

Richard Aeschlimann

Copyright by SP Kanton Zug
Zug, Oktober 1988
Auflage: 600 Ex.
Druck: Scherrer Offsetdruck Zug

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	5
1	Die Jahre bis zum 1. Weltkrieg: Aller Anfang ist schwer	
	1.1 Die ersten SP-Sektionen	6
	1.2 Zur Entstehung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz	11
	1.3 Das Zuger Umfeld in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts	14
	1.4 Die Grütlivereine im Kanton Zug	17
	1.5 Politische Arbeit der Grütlivereine	23
	1.6 Grütliverein und Arbeiterpartei	34
2	Die Zwischenkriegszeit	
	2.1 Bevölkerung und Wirtschaft	49
	2.2 Einzug in die Regierung und die zwanziger Jahre	51
	2.3 Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre	61

Inhaltsverzeichnis

3	Vom 2. Weltkrieg bis zur Gegenwart	
	3.1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	63
	3.2 Die SP im Aufwind 1943-1946	66
	3.3 Die fünfziger und sechziger Jahre	74
	3.4 1968 und die siebziger Jahre	82
	3.5 Das Wirken von Thomas Fraefel	88
	3.6 Die SP Frauengruppe	95
	3.7 Die SP von heute	99
4	Ausblick auf die Zukunft	
	4.1 Aussprache über die Lage der Partei	101
	4.2 Interviews	112
5	Chronik 1838-1988	124
	Kantonale Volksbegehren 1875-1988	135
	Kantonale Referenden ab 1875	137
6	Statistischer Teil und Ehrentafel	
	6.1 Wahlspiegel 1918-1986	139
	6.2 Mandatsverteilung 1894-1990 und SP-Vertreter in den Behörden	142
	6.3 Parteipräsidenten	153
7	Nachwort und Quellen	
	7.1 Nachwort	156
	7.2 Quellen	158

Aufruf

an

alle sozialistisch gesinnten Schweizer.

Werthe Mitbürger!

Die Delegirtenversammlung der Vereine des „Schweizerischen Arbeitertages“ hat am 21. Oktober 1888 einmütig beschlossen, den genannten Verband aufzulösen zu Gunsten einer aus allen Schichten unseres Volkes zu bildenden „Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“.

Der Grund, welcher zu diesem Beschlusse führte, liegt hauptsächlich in der Ueberzeugung, daß es an der Zeit sei, die sozialdemokratische Bewegung in unserm Vaterlande aus den Kreisen der Arbeitervereine hinaus auf den Boden des allgemeinen politischen Volkslebens zu führen und ihr da eine feste, greifbare Organisation zu geben.

Werthe Mitbürger!

Hiemit sei Euch der Beitritt zu der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der heutigen *radikalen Fortschrittspartei*, bestens empfohlen. Bedenkt, daß eine starke politische Partei unserem Vaterland die beste Gewähr bietet für Erreichung der mit Naturnothwendigkeit von den Völkern zu gewinnenden nächsten Zivilisationsstufe, der sozialdemokratischen Gemeinschaft, auf *friedlichem Wege!*

Bern, den 20. Januar 1889.

Das Parteikomitee der sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Aufruf an alle sozialistisch gesinnten Schweizer, Bern 20.1.1889, (Sozialarchiv Zürich).

Einleitung

Dieses Jahr feiert die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ihr hundertjähriges Bestehen. Dieses Jubiläum feiern auch die Zuger Sozialdemokraten, obwohl die Zuger SP strenggenommen noch nicht so alt ist. Formalisten dürfen trotzdem beruhigt sein: Die SP-Sektionen Zug und Baar wurden 1913 gegründet und sind damit heute genau 75 Jahre alt!

Grund zum Feiern gibt es also genug. Darüber hinaus soll das Jubiläum den Anstoss geben, auf Erfahrungen zurückzublicken und Ausschau auf die Zukunft zu halten. Die SP hatte und hat es im Kanton Zug nicht leicht. Obwohl sie seit 1919 im Regierungsrat und in gemeindlichen Exekutiven vertreten ist, ist sie nie eine reine Regierungs-, sondern immer und mindestens so stark eine Oppositionspartei, eine Partei der Veränderung, gewesen. Anfänglich standen sozialpolitische Anliegen (im weitesten Sinne) im Zentrum, sie wurden stets ergänzt um den Schutz von Minderheiten und die internationale Solidarität. Konsequenter haben die Sozialdemokraten sodann seit den siebziger Jahren Umwelt-, Raumordnungs- und Verkehrspolitik betrieben, so dass der rote Stamm und die grünen Aeste heute einen lebenskräftigen Baum bilden.

Die vorliegende Jubiläumsschrift bietet eine Fülle von interessanten Informationen zur Entstehung und Entwicklung der Partei. Den Verfassern spreche ich meinen besten Dank für ihre Arbeit aus und wünsche allen beim Lesen viel Vergnügen!

Othmar Birri, Präsident

1 Die Jahre bis zum 1. Weltkrieg: Aller Anfang ist schwer

1.1 Die ersten SP-Sektionen

Wie es in Zug offiziell anfang

Ende Dezember 1913 trafen sich im Restaurant Bahnhof in Zug die Mitglieder des städtischen Grütlivereins und der 'Politischen Arbeiterpartei Zug' zu einer konstituierenden Versammlung. Gegründet werden sollte die 'Sozialdemokratische Partei der Stadt Zug'. Einen Monat zuvor hatten die beiden Vereine ihre Vorstände beauftragt, in gegenseitige Fusionsverhandlungen zu treten. Nun wollte man die geplante Verschmelzung durchführen. Auf der Traktandenliste des Tages standen:

1. die Beratung der von einer gemeinsamen Kommission entworfenen und von den Vereinsvorständen bereits genehmigten Fusionsstatuten,
2. die Wahl des neuen SP-Vorstandes sowie der Delegierten in die 'Arbeiterunion Zug' und in die kantonale Partei,
3. die Lokalfrage.

Nach vier Stunden Versammlungsdauer konnten sich die Anwesenden als Mitglieder der neugegründeten 'SP der Stadt Zug', einer Lokalsektion der 'Sozialdemokratischen Partei der Schweiz', wieder trennen.

Fusionsversammlung und Statutenentwurf
(Centralschweizer Demokrat 1913, Nr. 300 B)

Fusion der Parteisektionen in der Stadt Zug.

Am 28. Dezember werden die beiden politischen Sektionen in Zug, Grütliverein und politische Arbeiterpartei der Stadt Zug über die Verschmelzung in eine Parteisektion endgültig zu beschließen haben. Das von der Statutenkommission ausgearbeitete Fusionsstatut ist von beiden Vorständen in gemeinsamer Sitzung einstimmig genehmigt worden. Um auch den Mitgliedern der beiden Sektionen Gelegenheit zu geben, das Statut vorgängig der Versammlung einlässlich zu studieren und dadurch eine raschere Behandlung in den Versammlungen zu ermöglichen, bringen wir es nachstehend zum Abdruck.

Entwurf:

Statuten der

Soz.-dem. Partei der Stadt Zug (Grütliverein).

1. Bestand und Zweck des Vereins.

§ 1. Auf dem Platze Zug besteht unter dem Namen „Sozialdemokratische Partei der Stadt Zug (Grütliverein)“ eine Lokalsektion der Sozialdemokrat. Partei der Schweiz und anerkennt deren Statuten als Grundlage. Sie bildet gleichzeitig eine Sektion des Schweizer Grütlivereins und anerkennt auch dessen Zentralstatuten.

§ 2. Der Verein bezweckt, seine Mitglieder im Sinne der Sozialdemokratie zu tüchtigen, politischen Kämpfern für die proletarische Sache heranzubilden. Er befaßt sich mit der Behandlung aller vorkommenden Tagesfragen auf kommunalem, kantonalem und eidgenössischem Boden. Die Teilnahme an allen Vereinsversammlungen ist obligatorisch. Zur Bildung der Mitglieder führt der Verein eine Bibliothek, über deren Benutzung ein Spezialreglement aufgestellt ist. Die Mitglieder sind verpflichtet, entweder das Zentralorgan des Schweizerischen Grütlivereins oder den „Centralschweizer. Demokrat“ zu abonnieren.

Gleichzeitige Gründung der SP Baar

Etwas anders ging die Vereinigungsbestrebung im gleichen Jahr zwischen Grütliverein und Arbeiterpartei in Baar vor sich. Die Gleichzeitigkeit der Ereignisse des Jahres 1913 in Zug und Baar beruht natürlich nicht auf Zufall. 1911 hatte eine Statutenrevision der SPS stattgefunden mit dem Ziel, die Zweigleisigkeit von Sozialdemokraten und Grütliern zu beenden. Anlässlich der Generalversammlung 1912 des Baarer "Allgemeinen Arbeitervereins Volkswacht" wurden die Genossen über die neuen SPS-Statuten informiert. Im September 1912 konnte bekanntgegeben werden, dass "die Statuten der sozialdemokratischen Partei des Kt. Zug endlich angelangt seien" und durchberaten werden sollten. An der gleichen Versammlung wurde bereits beschlossen, bei den anstehenden Richterwahlen als eigene Partei anzutreten. Die Generalversammlung 1913 beschloss dann einstimmig Eintreten auf die Statutenrevision. Der Vorstand erhielt den Auftrag, einen Statutenrevisions-Entwurf vorzulegen, was im Oktober 1913 geschah. Mit der angenommenen Statutenrevision nannte sich der Verein fortan Sozialdemokratischer Parteiverein Baar:

"Früher haben wir den Namen "Gemischte Gewerkschaft Volkswacht Baar" gehabt sind aber längst auf eine andere Basis hinübergetreten und haben uns hauptsächlich mit den Fragen der sozialdemokratischen Partei befasst, daher unser Name Sozialdemokratischer Parteiverein Baar." **

Schwierigkeiten mit dem Grütliverein

Mit dem Vereinsvorstand des Grütlivereins Baar wurden nun Verhandlungen geführt, um die beiden Organisationen zu vereinigen, weil man vereinigt "entschieden besser und vorteilhafter arbeiten" könne. Bereits 1907 war ein Anlauf zu einer Vereinigung unter dem Namen "Politische Arbeiterpartei Volkswacht und Grütliverein" gemacht worden, aber gescheitert. 1913 und auch 1914 kam es ebenfalls nicht zur Fusion, da der Grütliverein sich in Hinhalteteknik übte. Nachdem man im Frühling 1914 nach einem Referat von SP-Nationalrat Sigg aus Zürich über das SPS-Partei-programm feststellte, dass sich die Grütliern "uns

gegenüber sehr gleichgültig zeigen", wurde beschlossen, sich nicht weiter mit der Fusion der beiden Arbeitervereine zu befassen. Als 1914 der Grütliverein zur 1.-Mai-Feier einlud, kam es im sozialdemokratischen Parteiverein zum Gegenantrag, die Einladung nicht zu besuchen und "stattdessen eine kleinere Feier unter uns zu halten". Schliesslich wurde die Einladung aber doch angenommen.

Erneuten Anlass zu Friktionen boten die Kantonsratswahlen 1914, bei denen schliesslich als einziger Kandidat der Arbeiterliste Oberrichter Philipp Andermatt, Grütliern und Sozialdemokrat, aufgestellt und wiedergewählt wurde. Der Präsident der Baarer Sozialdemokraten rügte dabei das "frivole Vorgehen" des Präsidenten des Grütlivereins, dem Eigenmächtigkeit vorgeworfen wurde. Er verlangte, dass die Vertrauensmänner, welche die Kandidaten bestimmen, "nicht von solchen, wo man gar nicht weiss, was für einer Partei sie angehören", aufgestellt werden. Der Parteiverein verabschiedete eine Resolution, die verlangte, dass inskünftig "zur Aufstellung von Parteikandidaten in aller Zeit letztinstanzlich die Parteiversammlung zu entscheiden hat".

1915 trennten sich SPS und Grütliverein wieder voneinander. Auch unter den Baarer Sozialdemokraten entspann sich nochmals

"eine lange Diskussion über den Grütliverein Baar, dessen Sozialpolitik nochmals Revue passierte, um schliesslich in der bürgerlichen Rumpelkammer glücklich zu landen. Für den sozialdemokratischen Parteiverein lautete die Parole, die Geduld ist aus; suchen die sozialistisch gesinnten Grütliern unserer Partei treu zu sein, so ist in Parteiverein Platz und Raum genug; die andern werden unsere Gegner sein." **

Nachdem der Sekretär der SPS den Baarer Genossen zugesichert hatte, dass der Grütliverein Baar nicht korporativ in die Partei aufgenommen würde, beschloss der sozialdemokratische Parteiverein Baar am 16. April 1916 eine Namensänderung in **Sozialdemokratische Partei Baar**, eine Bezeichnung, die in der Praxis auch schon früher gebraucht wurde. Der Grütliverein Baar existierte weiter bis zur Auflösung des schweizerischen Grütlivereins 1925. Erbin wurde die SP Baar, die unter anderem die Bibliothek des

Grütlivereins geschenkt erhielt.

Wie alt ist die Zuger SP tatsächlich?

Die Gründung der SP der Stadt Zug und des Sozialdemokratischen Parteivereins Baar vor 75 Jahren ist natürlich allemal ein Anlass zu einem Jubiläum. Die Geschichte der Sozialdemokratie in Zug ist indessen wesentlich älter. Man muss hier unterscheiden zwischen:

- a) Organisationen, die zwar sozialdemokratisches Gedankengut vertreten, aber einen anderen Namen tragen und in keine übergeordnete Sozialdemokratische Partei eingegliedert sind;
- b) Organisationen mit sozialdemokratischem Gedankengut, die sich anders nennen, aber in eine übergeordnete Sozialdemokratische Partei eingegliedert sind;
- c) Organisationen, die sich sowohl sozialdemokratisch nennen als auch Teil einer übergeordneten Sozialdemokratischen Partei sind.

Will man nur den letzten Typus als wirklich Sozialdemokratische Partei betrachten, so könnte man die Gründungsgeschichte mit dem Verschmelzungsvorgang von 1913 abschliessen. Lässt man es jedoch nicht bei einer derart formalen Sichtweise bewenden, muss man sich auf eine Vielzahl teilweise verwirrender Organisationsformen einlassen. Man darf nie vergessen, dass die Entstehung der SPS, wie sie sich heute darstellt, ein komplizierter historischer Prozess mit vielen Umwegen und Sackgassen war. Damit ist auch schon darauf hingewiesen, dass einige rudimentäre Kenntnisse der gesamtschweizerischen Parteigeschichte nützlich sind, um die Entstehung der SP im Kanton Zug besser nachvollziehen zu können.

1.2 Zur Entstehung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Vom ersten Anlauf 1870

Der erste Versuch, so etwas wie eine "Sozialdemokratische Partei der Schweiz" ins Leben zu rufen, geht auf das Jahr 1870 zurück. Damals hatten einige Arbeitervereine der deutschen Schweiz die Absicht, dem erfolgreichen Vorbild der Eisenacher 'Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands' nachzueifern und die vielen verschiedenen Arbeiterorganisationen politisch zu sammeln. Ohne Erfolg allerdings, denn in den frühen siebziger Jahren herrschten in der schweizerischen Arbeiterschaft so sehr Streit und Rivalität vor, dass niemand bereit war, den Führungsanspruch einer andern Gruppierung anzuerkennen. Eine Art organisatorischer Zusammenschluss kam dann aber doch 1873 im ersten '**Schweizerischen Arbeiterbund**' zustande. Dieser Verband war eine Ansammlung unterschiedlichster Arbeitervereine: Vom Arbeiterbildungsverein bis zu den Gewerkschaften und Krankenkassen war alles vertreten. Er war also weder Partei noch Gewerkschaftsbund. Ausserhalb des Bundes blieb zudem der 'Schweizerische Grütliverein'. Nur einige wenige lokale Sektionen, darunter auch Zug, sind dem Arbeiterbund beigetreten.

Der 1838 gegründete '**Schweizerische Grütliverein**' hatte sich im Verlaufe der Jahre von einem patriotischen Bildungsverein (Leitmotiv: "Durch Bildung zur Freiheit") zu einer sozialreformerischen Arbeiterorganisation gewandelt, die aber durchaus noch etliche bürgerliche Elemente in ihren Reihen beherbergte. Von Ort zu Ort konnten sich die Grütlivereine deshalb in ihrem politischen Charakter sehr stark unterscheiden.

Grütlivereins geschenkt erhielt.

Wie alt ist die Zuger SP tatsächlich?

Die Gründung der SP der Stadt Zug und des Sozialdemokratischen Parteivereins Baar vor 75 Jahren ist natürlich allemal ein Anlass zu einem Jubiläum. Die Geschichte der Sozialdemokratie in Zug ist indessen wesentlich älter. Man muss hier unterscheiden zwischen:

- a) Organisationen, die zwar sozialdemokratisches Gedankengut vertreten, aber einen anderen Namen tragen und in keine übergeordnete Sozialdemokratische Partei eingegliedert sind;
- b) Organisationen mit sozialdemokratischem Gedankengut, die sich anders nennen, aber in eine übergeordnete Sozialdemokratische Partei eingegliedert sind;
- c) Organisationen, die sich sowohl sozialdemokratisch nennen als auch Teil einer übergeordneten Sozialdemokratischen Partei sind.

Will man nur den letzten Typus als wirklich Sozialdemokratische Partei betrachten, so könnte man die Gründungsgeschichte mit dem Verschmelzungsvorgang von 1913 abschliessen. Lässt man es jedoch nicht bei einer derart formalen Sichtweise bewenden, muss man sich auf eine Vielzahl teilweise verwirrender Organisationsformen einlassen. Man darf nie vergessen, dass die Entstehung der SPS, wie sie sich heute darstellt, ein komplizierter historischer Prozess mit vielen Umwegen und Sackgassen war. Damit ist auch schon darauf hingewiesen, dass einige rudimentäre Kenntnisse der gesamtschweizerischen Parteigeschichte nützlich sind, um die Entstehung der SP im Kanton Zug besser nachvollziehen zu können.

1.2 Zur Entstehung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Vom ersten Anlauf 1870

Der erste Versuch, so etwas wie eine "Sozialdemokratische Partei der Schweiz" ins Leben zu rufen, geht auf das Jahr 1870 zurück. Damals hatten einige Arbeitervereine der deutschen Schweiz die Absicht, dem erfolgreichen Vorbild der Eisenacher 'Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands' nachzueifern und die vielen verschiedenen Arbeiterorganisationen politisch zu sammeln. Ohne Erfolg allerdings, denn in den frühen siebziger Jahren herrschten in der schweizerischen Arbeiterschaft so sehr Streit und Rivalität vor, dass niemand bereit war, den Führungsanspruch einer andern Gruppierung anzuerkennen. Eine Art organisatorischer Zusammenschluss kam dann aber doch 1873 im ersten '**Schweizerischen Arbeiterbund**' zustande. Dieser Verband war eine Ansammlung unterschiedlichster Arbeitervereine: Vom Arbeiterbildungsverein bis zu den Gewerkschaften und Krankenkassen war alles vertreten. Er war also weder Partei noch Gewerkschaftsbund. Ausserhalb des Bundes blieb zudem der 'Schweizerische Grütliverein'. Nur einige wenige lokale Sektionen, darunter auch Zug, sind dem Arbeiterbund beigetreten.

Der 1838 gegründete '**Schweizerische Grütliverein**' hatte sich im Verlaufe der Jahre von einem patriotischen Bildungsverein (Leitmotiv: "Durch Bildung zur Freiheit") zu einer sozialreformerischen Arbeiterorganisation gewandelt, die aber durchaus noch etliche bürgerliche Elemente in ihren Reihen beherbergte. Von Ort zu Ort konnten sich die Grütlivereine deshalb in ihrem politischen Charakter sehr stark unterscheiden.

...über den zweiten Versuch 1880...

1877 wurde eine neue Anstrengung zur Parteibildung unternommen. Gemeinsam hatten 'Arbeiterbund' und 'Grütliverein' für das erste eidgenössische Fabrikgesetz agitiert. Verständlicherweise keimten deshalb bald Hoffnungen auf einen Zusammenschluss der beiden Verbände zu einer 'Sozialdemokratischen Partei der Schweiz'. An einem Kongress des 'Arbeiterbundes', zu dem Vertreter des Grütlivereins eingeladen wurden, beschloss man, die Fusion aktiv an die Hand zu nehmen. Der Plan scheiterte jedoch am Widerstand des 'Grütlivereins'. Nur das gemeinsame Programm von 1878 wurde gutgeheissen, allerdings ohne nachfolgende politische und organisatorische Umsetzung.

Der mühsame Weg zur Schaffung einer sozialdemokratischen Landespartei setzte sich 1880 fort. In diesem Jahr musste der 'Arbeiterbund' wegen Mitgliederschwund und Finanznöten aufgelöst werden. Seine Nachfolgeorganisation ist nun keine uneinheitliche Sammlungsbewegung mehr, sondern ein reiner Gewerkschaftsverband, der '**Schweizerische Gewerkschaftsbund**'. Zur gleichen Zeit entsteht unabhängig davon eine 'Sozialdemokratische Partei der Schweiz'. Diese vereinigt aber nicht einfach die politischen Teile des alten 'Arbeiterbundes', sondern gibt sich eine eigene, direkte Struktur. Sie stützt sich auf Einzelmitglieder, die sich örtlich zu Mitgliedschaften verbinden. Die Partei von 1880 gleicht also organisatorisch in manchem der heutigen SPS.

...zur SP Schweiz von heute

Neben den eingessenen Grütlivereinen und anderen politisch tätigen Arbeitervereinen mit teilweise schon jahrzehntealter Tradition konnte die neue 'Sozialdemokratische Partei' jedoch nicht zur Blüte gelangen. Drei Jahre später war man wieder soweit, nach dem Muster des alten 'Arbeiterbundes' vorzugehen: Es entstand der '**Verband des Aktionskomitees des schweizerischen Arbeitertages**'. Er bestand aus dem 'Gewerkschaftsbund', der 'Sozialdemokratischen

Partei', einzelnen Grütlivereinen, den deutschen Vereinen und einigen weiteren Arbeiterorganisationen. Wie der ehemalige 'Arbeiterbund' war der 'Arbeitertag' eine lose, finanziell schwache und mit wenig Kraft geführte Verbindung. Erst nachdem Albert Steck die Leitung übernommen hatte, entstand wieder Bewegung in Richtung auf Schaffung einer starken politischen Zentralorganisation. Der 'Arbeitertag' wurde aufgelöst und an seiner Stelle 1888 eine neue '**Sozialdemokratische Partei der Schweiz**' gegründet. Trotz des Weiterbestehens des 'Grütlivereins' konnte sich die Partei diesmal entfalten, wenn auch unter der Bedingung periodischer Aenderungen der Organisationsstruktur. Schon 1891 war man gezwungen, die Organisationseinheit zu erweitern. Neben der Einzelmitgliedschaft mussten auch die Vereine als Kollektivmitglieder wieder zugelassen werden. Endgültig etablieren konnte sich die Partei, als im Jahre 1901 in der sogenannten "Solothurner Heirat" der Dualismus 'Grütliverein' - 'Sozialdemokratische Partei' aufgehoben wurde.

Soviel zur Parteigeschichte im nationalen Rahmen. Wie haben sich die Vorläufer der Sozialdemokratischen Partei in dieser Zeit des Ringens um eine schweizerische Parteiorganisation in Zug entwickelt? Und welches Umfeld haben sie im hier angetroffen?

1.3 Das Zuger Umfeld in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Der Kanton Zug besass im Jahre 1850 17'461 Einwohner. Bis 1910 stieg die Einwohnerzahl um rund 60% auf 28'156 an. Interessant sind die Verschiebungen, die in diesen sechzig Jahren unter den Gemeinden stattfanden. 1850 war die Bevölkerung Unterägeris und Menzingers noch fast gleich gross wie die Bevölkerung von Baar und deutlich grösser als die von Cham. im Jahre 1910 lagen die beiden Berggemeinden bereits klar hinter Baar und Cham zurück. Die Stadt Zug konnte ihre Einwohnerzahl 1850-1910 mehr als verdoppeln und war 1910 die mit Abstand grösste Gemeinde.

Hauptursache dieser Bevölkerungsbewegungen war die Wirtschaftsentwicklung. Um 1850 war der Kanton Zug noch stark landwirtschaftlich geprägt. Die Industrialisierung setzte erst mit den Spinnereien Unterägeri (1836), Neuägeri (1846) und Baar (1855) langsam ein. Noch im Jahre 1840 arbeiteten rund tausend Heimarbeiterinnen in den Berggemeinden für die Seidenindustrie. Die neuen Spinnereien verdrängten die Heimarbeit sehr schnell und bewirkten im Aegerital und in Menzingen grosse wirtschaftliche Probleme. Abgesehen von den Spinnereien konzentrierte sich die Industrialisierung auf Zug (Metallwaren- und Kistenfabrik, Landis & Gyr, Verzinkerei), Baar (Rittmeyer, Gebr. Gysi, Brauerei) und Cham. In Cham bestand seit 1840 eine Papierfabrik, 1866 kam die Anglo-Swiss Condensed Milk Co., welche Kondensmilch herstellte ("Milchsüdi"), dazu. Sie förderte die Umstellung der Landwirtschaft vom Ackerbau auf Milchwirtschaft, welche sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog.

Bevölkerung des Kantons Zug 1850 - 1910

Gemeinde	1850	1880	1910
Zug	3'302	4'805	8'096
Baar	2'346	3'878	5'240
Cham	1'321	2'958	3'478
Steinhausen	490	468	470
Hünenberg	1'032	1'090	1'040
Risch	1'005	1'235	1'106
Walchwil	1'039	1'054	1'043
Unterägeri	2'243	2'426	2'502
Oberägeri	1'807	1'943	1'881
Menzingen	2'112	2'316	2'690
Neuheim	764	656	610
Total	17'461	22'829	28'156

Beschäftigte nach Erwerbszweigen im Kanton Zug 1860-1910 (1860: persönliche Berufe)

Erwerbszweig	1860	1910
Landwirtschaft	4'865 (=38 %)	3'567 (=27 %)
Industrie, Handwerk, Baugewerbe	4'693 (=36 %)	6'006 (=46 %)
Handel, Banken Versicherungen	529 (= 4 %)	553 (= 4%)
Gastgewerbe, Verkehr	268 (= 2 %)	1'029 (= 8 %)
Uebrige	2'361 (=18 %)	1'864 (=14 %)
Total	12'716 (=100%)	13'019 (=100%)

Nach dem Sonderbundskrieg wurde der Kanton politisch von den Liberalen beherrscht. Die neue Kantonsverfassung des Jahres 1848 war mit der Gewaltenteilung und der repräsentativen Demokratie (der Grosse Rat wählte aus seiner Mitte den elfköpfigen Regierungsrat) liberal geprägt. Schon 1850 kam der Umschwung, als die Konservativen die Mehrheit zurückeroberten. Bis 1870 dominierte eine Koalition zwischen Gemässigten konservativer und liberaler Herkunft. Mit dem Kulturkampf änderte sich dies, in der katholisch-konservativen Partei ("cc") gewann der rechte, engagiert romtreue Flügel ("Ultramontane") die Oberhand. In den Wahlen des Jahres 1870 gewannen die Ultramontanen auf Kosten der Liberalen drei Regierungsratssitze und sicherten den Konservativen (der heutigen CVP) die absolute Mehrheit, welche bis 1982 Bestand halten sollte.

Unter konservativer Aegide trat 1873 eine total revidierte Kantonsverfassung in Kraft. Neu eingeführt wurden die Volkswahl des Ständerats und des auf sieben Mitglieder reduzierten Regierungsrates, die Verfassungs- und die Gesetzesinitiative, das fakultative Referendum und die Einwohnergemeinde. Seit 1894 wurden schliesslich die Volkswahl der Gerichte und das Proporzwahlrecht auf gemeindlicher und kantonaler Ebene für den Regierungs-, Kantons- und Einwohnerrat verankert. Bisher waren nur Ortsbürger in Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigt, nun wurden es auch die niedergelassenen Schweizer Bürger. Aufenthaltler besaßen weiterhin kein Stimm- und Wahlrecht, was die politische Organisation der Arbeiterschaft noch lange Zeit stark behindern sollte.

1.4 Die Grütlivereine im Kanton Zug

Der Grütliverein der Stadt Zug

Die erste schweizerische Arbeiterorganisation in der Stadt Zug war der 'Grütliverein'. In der ersten Periode seines Bestehens (1858 - 1867) bewegte sich der Grütliverein allerdings noch ausschliesslich auf der Ebene des patriotisch-demokratischen Bildungsvereins. Im Jahre 1868 wurde er wiedergegründet:

Neugründung des Zuger Grütlivereins 1868 (Grütlianer 1868, Nr. 44)

Einladung.

Die Sektion Zug ist Willens, Sonntag den 8. Nov. eine Kreisversammlung abzuhalten und ihre Gründungsfeier zu begehen. Wir laden deshalb alle unsere Nachbarsektionen auf's Freundschaftlichste ein, sich mit uns zu vereinigen. Das zu behandelnde Thema wird später bestimmt. Wir werden uns bestreben, dieses Fest zu einem würdigen und gemüthlichen zu machen und hoffen, daß unserer Einladung recht zahlreich entsprochen werde.

Mit patriotischem Gruß und Handschlag!

Der Präsident: F. Hafn.

Der Aktuar: U. Ruesch.

Danach wandelte sich der Grütliverein allmählich zu einer sozialdemokratischen Vereinigung, teils unter dem Einfluss der Entwicklung im nationalen 'Grütliverein', teils auch durch rege Kontakte mit dem deutschen Verein in Zug, der bereits schon von sozialdemokratischen Ideen getragen wurde. Zusammen mit dem 'Deutschen Arbeiterverein Zug' trat er auch dem 1873 gegründeten 'Arbeiterbund' bei. In einer Sektionsversammlung, die sich mit der Frage eines Beitrittes des gesamten 'Grütlivereins' zum 'Arbeiterbund' befasste, beschloss man, "nur auf dem Wege der Sozialdemokratie vorwärts zu dringen". Und weiter wurde erklärt, dass der 'Grütliverein' der "Emanzipation der Arbeiterklasse" nicht hindernd im Wege stehen sollte und dass er keinen Wert mehr habe, wenn er nicht die "Aufhebung aller Klassenherrschaft" ansteuere.

Dieser bemerkenswerten Entwicklung in ideologischer Hinsicht steht nun jedoch kein entsprechender Fortgang im Organisatorischen gegenüber. Zug war ein ungünstiges Terrain für das Gedeihen eines 'Grütlivereins', auch schon zu Zeiten, als er noch weit weg von irgendwelchen sozialistischen Vorstellungen stand. Das Klima religiöser Intoleranz und politischen Hasses, das in Zug gerade zur Zeit des Kulturkampfes herrschte und das auch den Liberalen zu schaffen machte, war ein schlechter Nährboden für eine progressive Kraft. Der 'Grütliverein Zug' konnte sich deshalb auch nie richtig in der Zuger Bevölkerung festsetzen. Er hatte praktisch keine Niedergelassenen oder gar Bürger zu Mitgliedern. Eine dauernde Fluktuation, ein stetes Kommen und Gehen waren charakteristisch, denn die Grütlianer in Zug waren mehrheitlich wandernde Handwerker. Im 'Grütliverein' selbst sprach man von der "ambulanten Eigenschaft" des Vereins.

Manche der Rückschläge hatten ihren Ursprung allerdings im vereinsinternen Bereich: In den Jahresberichten wird beispielsweise von "Hitzköpfen" gesprochen, die das Vereinsleben "zerstört" hätten; man erwähnt einen Kassier, der mit der Vereinskasse durchgebrannt sei; auch ein Vorstand findet sich, der anlässlich einer Abreise einige Mitglieder derart intensiv verabschiedete, dass dabei "der ganze Kassabestand verbubelt und verflötet" wurde. - Noch

vor der wichtigen Abstimmung über das Fabrikgesetz im Jahre 1877 löste sich die Sektion Zug wieder auf (17. November 1876). Als Liquidator wurde der "Grütliverein Baar" bestimmt.

Der Grütliverein Zug des Zeitraumes 1868 - 1876 war in seinen letzten Jahren ohne Zweifel eine Organisation mit sozialdemokratischen Inhalten. Dennoch kann man ihn nur mit Vorbehalten als Vorgänger der 'Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zug' betrachten. Der stete Wechsel der Mitglieder, die nicht besonders freundlich gestimmte Umgebung und die Tatsache, dass sogar Niedergelassene bis zur Verfassungsrevision von 1873 über kein Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten verfügten, verhinderten eine Identifikation der Grütlianer mit ihrem Wohnort, so dass der Verein vom politischen Geschehen in Zug eigentlich völlig losgetrennt war.

Dies änderte sich nach der Wiedergründung des 'Grütlivereins' im Jahre 1880. Von den 16 Gründungsmitgliedern waren 10 Niedergelassene. Damit war ein stabiler Grundstock gegeben, auf dem sukzessive aufgebaut werden konnte. 1883 schloss sich der Verein dem 'Verband des Aktionskomitees des schweizerischen Arbeitertages' an.

Unter der Präsidentschaft des Dachdeckers Eduard Merz trat der 'Grütliverein' stark für die Streikbewegung der lokalen Holzarbeitergewerkschaft (1888) ein, was zu einer allgemeinen Hetzkampagne gegen ihn führte. Als mitten im Schreinerstreik Eduard Merz tot aus dem Zugersee geborgen wurde, vermutete man von seiten der Arbeiterschaft sogar einen gezielten Mordanschlag. Die nachfolgende Untersuchung erbrachte allerdings keinen Beweis für Gewaltanwendung. Trotzdem blieben bei den Arbeitern Zweifel an der herumgebotenen Selbstmordthese.

Fahnenweihe des Zuger Grütlivereins 1883
(Grütlianer 1883, Nr, 75)

Fahnen-Weihe
des Grütlivereins Zug
Sonntag, den 23. September 1883.

Program:

8 — 9 Uhr Versammlung aller Vereinsmitglieder im Lokal.

10 — 1/21 „ Empfang der ankommenden Sektionen, Redenzen des Ehrenweines und Verabreichung der Festzeichen zc.

1 „ Ordnen des Festzuges, Zug auf den Festplatz, daselbst Referat, Weihe der Fahne zc., nachher Festzug durch die Stadt.

punkt 3 „ Bankett im Vereinshaus „Schützenhaus“. Nachher freie Diskussion, Vorträge, zc., Produktion der Musik- und Gesangsvereine, zc.

6 „ Abends: Illumination: Darstellung des Rittschwurs auf dem See u. s. w. (günstige Witterung vorbehalten).

1/27 — 8 „ Abschied der mit diesen Bahnzügen abziehenden Gäste. Nachher gemütliche Vereinigung im „Schützenhaus“.

Indem wir andurch das Programm für unsere Fahnen-Weihe bekannt geben, erlauben wir uns nochmals die freundliche Einladung an die weithin Gesinnungs-Genossen, am 23. September zahlreich zu uns zu kommen. Inzwischen zeichnet
mit patriotischem Gruß und Handschlag!
Ravens der Sektion Zug:
Der Vorstand.
1454
Abwesenheit ohne nachhaltige Entschuldigung unserer Mitglieder, wird mit Fr. 1. 50 gebüßt.

Kantonalverband zugerischer Grütlivereine

Während die Holzarbeitergewerkschaft als Folge des Streiks zusammenbrach, konnte sich der 'Grütliverein' wieder auffangen. Auf Initiative der Sektion Zug schlossen sich die Grütlivereine des Kantons (Baar, Cham, Rotkreuz und Zug) am 1. September 1889 zum 'Kantonalverband zugerischer Grütlivereine' zusammen. Auf dem Höhepunkt der Bewegung im Kanton Zug in den frühen 90er Jahren zählten die Grütlivereine ca. 300 Mitglieder in den Sektionen Zug, Baar (gegründet 1872), Cham und der 1889-1896 bestehenden

Sektion Rotkreuz. Ein Grütliverein Unterägeri entstand in den sechziger Jahren, hatte aber keinen dauernden Bestand und wurde 1891 endgültig aufgelöst. Die mitgliederstärksten Sektionen waren Zug und Baar. Letztere Sektion zählte allein über 100 Mitglieder. Hauptmotivation für den Beitritt war in vielen Fällen die angebotene Grütliversicherung (Krankenkasse), und immer wieder wurde die Klage laut, dass viele Mitglieder bei den Sitzungen fehlten, an Vereinsfragen desinteressiert seien und "wenig Geist für vorwärts schreitende Arbeiter-Prinzipien" zeigten.

Wer war Mitglied des Grütlivereins?

Interessant ist ein Blick auf die Mitglieder des Grütlivereins, der am Beispiel der Sektion Baar versucht sei. Vertreten sind natürlich vor allem die Gewerbe, die am Ort angesiedelt sind: Schreiner, Drechsler, Müller, Schlosser, Schmiede, Bierbrauer usw. Der berufliche Status lässt sich nur in Einzelfällen eruieren. 1885-1899 werden 330 Eintritte verzeichnet, wobei es sich in vielen Fällen um durchziehende Handwerkurschen und um Aufenthalter handelt, die unter Umständen nur wenige Wochen oder Monate am Ort und demzufolge im Verein bleiben. Eher schwach vertreten sind mit 23 Personen jene, die sich explizit als Arbeiter bezeichnen, wobei es sich vorwiegend um Email-, Dreherei- und Metallarbeiter handelt. Wenig nachweisbar sind Spinnereiarbeiter. Bei den 9 nicht näher bezeichneten Fabrikarbeitern könnte es sich um Spinnereiarbeiter handeln. Daneben ist auch mal ein Spinnereiaufseher als Mitglied des Grütlivereins aufgeführt. Vertreten sind Meister und Gesellen, Landwirte (eher in den 90er Jahren) wie Landarbeiter und landwirtschaftliche Berufe. Von den erwähnten 330 Eintretenden stammten lediglich 83 aus dem Kanton Zug, davon nur 46 aus Baar, und der prozentuale Anteil der Zuger sank in den 90er Jahren.

Das Vereinsleben der Grütlivereine

Der Grütliverein weist all die reichen traditionellen Formen des Vereinswesens des 19. Jh. auf. Die Mitglieder treffen sich in einem bestimmten Gasthaus zu den regelmässigen Sitzungen. Der Grütliverein Baar führt auch eine Bibliothek mit ca. 300 Bänden (1894) mit einem gemischten Programm von Unterhaltungsliteratur bis zu politischer Literatur. Es entstehen Untersektionen, die statutarisch dem "politischen Verein" Rechenschaft schuldig sind, de facto aber bald recht selbständig agieren, wie der Grütlichützenverein (heute Arbeiterschliessverein), die Krankenkasse und zeitweise auch Gesangsformationen. Ein rechter Verein hat selbstverständlich auch eine Vereinsfahne. (Auch die SP-Sektionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts standen noch in dieser Tradition.) Zur Feier des 25jährigen Bestehens des Grütlivereins Baar konnte in einem respektablen Festakt eine neue Fahne eingeweiht werden. Die eine Seite zeigte mit Bezug auf den Namen des Vereins das Bild der drei Eidgenossen im Schwur, umgeben von einem Lorbeerkranz, und hatte die Inschrift "Section Baar 1897", die andere Seite einen Eichenkranz mit dem Grütli-symbol Hand-in-Hand.



Stempel des Baarer Grütlivereins

Der Kantonalverband zugerischer Grütlivereine geriet bald in Schwierigkeiten. So 1896, als er nurmehr aus den drei Vereinen Zug, Baar und Cham bestand, war die Sektion Zug nur mit grosser Mühe zu bewegen, nicht aus dem Kantonalverband auszutreten und diesen damit praktisch aufzulösen, und 1898 war der Kantonalverband wegen mangelnder Effizienz wieder Gegenstand hitziger Worte.

Der Kantonalverband bildete in politischer Hinsicht die Interessenvertretung der konfessionell unabhängigen Arbeiterschaft, neckischerweise zuerst unter dem Titel 'Freisinnig-demokratische Partei im Kanton Zug'. Nachdem sich die Liberalen 1894 in Freisinnige umgetauft hatten, nannte er sich '**Demokratische oder Arbeiterpartei des Kantons Zug**'. Aus diesem Verband ist, mit einigen Erweiterungen, 1902, nach der 'Solothurner Heirat', direkt die kantonale Organisationsstufe der SPS hervorgegangen. Die 10 Jahre später erfolgte Namensänderung in 'Sozialdemokratische Partei des Kantons Zug' war lediglich noch eine formale Angleichung.

1.5 Politische Arbeit der Grütlivereine

Arbeiterschutz

Dem Einsatz der Grütlivereine auf dem politischen Parkett des Kantons Zug am Ende des 19. Jh. soll hier etwas nachgegangen werden. 1884 erfolgte eine Eingabe des Grütlivereins Baar an den Regierungsrat, dass zu einer Zeit, da es in

"hiesigem Kantone und Umgebung an Arbeit und Verdienst fehlt, und die Noth und das Elend der arbeitenden Klasse gross ist (...), die für die Verbäuerung der Lorze zu vergebende Arbeit nur an die einheimische arbeitende Bevölkerung zugeschlagen wird und zwar zu einem Preise, dass solche dabei bestehen kann und damit die gegenwärtige Noth und Arbeitslosigkeit einigermassen abgeholfen wird."

Das Begehren richtete sich gegen die billig arbeitende Konkurrenz von auswärts, namentlich durch Italiener, ein Anliegen, das mit dem Bau der Nord-Ost-Bahn-Strecke Zug-Thalwil wenige Jahre später wieder aktuell war.

1886 wurde die Sektion Baar von der Sektion Zug darauf aufmerksam gemacht, dass einigen Arbeitern der mechanischen Holzdreherei Baar, welche es gewagt hatten, eine Klage wegen Uebertretung des Fabrikgesetzes an den Fabrikinspektor zu richten, gekündigt wurde. Aktiv wurde man deswegen nicht:

"Es wird hierauf beschlossen, diese Angelegenheit ruhen zu lassen, und einstimmig betont, dass es in dieser ungünstigen und arbeitslosen Zeit nicht passend sei, sich allzustark in diese Sache hineinzumischen." *

Diese Scheu vor dem Aktivwerden ist - vor dem Hintergrund real durchaus vorhandener Repressionen und Pressionen auch verständlich - immer mal wieder feststellbar, zumindest in der Sektion Baar der 80er Jahre. So trat der Grütliverein Baar, der in diesen Jahren öfters Streikende in andern Kantonen unterstützte, auf das Schreiben von Zug betreffend Unterstützung des Schreinerstreiks von 1888 nicht ein, "der mangelnden Erläuterungen wegen", was auch etwas Licht auf das Verhältnis der Grütlivereine untereinander werfen mag.

Andererseits musste anerkannt werden, dass gegen die misslichen Arbeitsbedingungen in den Fabriken etwas getan werden musste. 1877 war das eidg. Fabrikgesetz knapp angenommen worden. 1881 wurde das Gesetz über die Haftpflicht der Fabrikbesitzer erlassen. Die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen verlief allerdings nicht ohne Probleme. Deshalb konstituierten die Grütli- und Arbeitervereine des Kantons Zug anfangs 1887 eine Kommission zur Ueberwachung des Vollzuges des eidgenössischen Fabrik- und Haftpflichtgesetzes. Die Kommission verstand sich als Bindeglied zwischen Arbeitern und Fabrikinspektor.

Statut

der

Fabrik- & Haftpflichtkommission

der

Grütli-Arbeiter-Vereine des Kantons Zug.

§ 1.
Die Grütli- und Arbeitervereine des Kantons Zug bilden aus ihrer Mitte eine Kommission von 6-7 Mitgliedern zur Ueberwachung des Vollzuges des eidgen. Fabrik- und Haftpflichtgesetzes.

§ 2.
Die Ueberwachung geschieht hauptsächlich in nähern Informationen betr. Handhabung der Normalarbeitszeit, Schutz der Kinderarbeit, Beachtung der Polizeivorschriften, Ausbezahlung der Haftpflichtentschädigung, Behandlung der Arbeiter von Seite der Arbeitgeber und Vorgesetzten, Arbeitszeitverlängerung u. a. w.

§ 3.
Die Kommission soll im eigentlichen Sinne ein Bindemittel der Arbeiter mit dem eidgen. Fabrikinspektor sein.

§ 4.
Die Kommission wählt zur Leitung und Geschäftsführung einen Vorstand von 2 Mitgliedern
a) Präsident,
b) einen Aktuar,
welch letzterer die schriftlichen Arbeiten besorgt und zur Einsicht des Präsidenten auflegt.

§ 5.
Die Delegierten von Zug besorgen die Ausführung der Beschlüsse und Mahnungen der Fabriken des Kreises Cham, diejenigen von Baar dieselben von Zug und diejenigen von Cham selbige von Baar.
Klagen bei zuständigen Behörden dürfen nur durch Kommissionsbeschluss und durch dieselbe geschehen.

§ 6.
Allmonatlich soll eine Sitzung stattfinden, ausschliesslich zur Erledigung der Vereinsgeschäfte und Diskussion gewidmet.

Obiges Statut geprüft, genehmigt und beschlossen, jeder beteiligten Sektion je 1 Exemplar einzuhändigen.

Zug, den 10. April 1887.



Fabrik- & Haftpflichtgesetz-Aufsichtskommission
der Grütli- & Arbeiter-Vereine des Kantons Zug.

In wichtigen Fällen kann der Vorstand eine weitere Zusammenkunft einberufen, auf Antrag jedes einzelnen Mitgliedes.

§ 7.
Ist die Versammlung durch gleiche Stimmzahl nicht beschlussfähig, so kann ein weiteres Mitglied einer Grütliaktion oder beteiligten Arbeiter-Vereins des Kantons beigezogen werden.

§ 8.
Ist ein Mitglied genötigt, aus der Kommission auszutreten, so wird solbige ein anderes Mitglied des genannten Vereins bestimmen, dessen Stelle einzunehmen.
Jeder Austritt soll dem Vorstände gehörig motivirt schriftlich angezeigt werden.

§ 9.
Erzeigt sich ein Mitglied nachlässig oder in Uebereifer schädlich, so soll die Kommission ein anderes wählen und dem betreffenden Sektionsvorstande Anzeige machen.

§ 10.
Die Mitglieder der Kommission sind gehalten, jeden ihnen bekannt gewordenen Uebelstand eines hiesigen Fabriketablisement oder dem eidgen. Fabrikgesetze unterstellten Geschäfte zu melden.

§ 11.
Für die allfälligen Kosten, für Anschaffung von Büchern, Papier, Porti u. a. w., soll genau Rechnung vom Vorstände geführt, von den beteiligten Vereinen zu gleichen Theilen getragen und ihnen halbjährliche Rechnung zugestellt werden.

§ 12.
Klagen von Seite der Mitglieder der verschiedenen Vereine betr. Uebertretungen des Fabrikgesetzes etc. sollen schriftlich mit Namensunterschrift der antorzeichneten Kommission eingehändigt werden, sowie durch Vermittlung der Vereinsvorstände.

Beim Verlesen des 1. Jahresberichts der Kommission im Grütliverein Baar fielen die langen Schatten der Fabrikherren mitten in die Versammlung. Den anwesenden Grütlianern wurde "tiefes Stillschweigen" über den Rechenschaftsbericht der Kommission empfohlen, "indem es für die Mitglieder der Kommission ein schweres Amt sei, welches jeden um sein Brot bringen könnte, da alles nur Arbeiter seien". Um das Risiko von Sanktionen gegen Arbeiter zu vermindern, wurde festgelegt, dass bei Missständen in Cham die Zuger vorstellig würden, in Zug die Baarer und in Baar die Chamer. Die Kommission konnte auch so nicht zur Zufriedenheit der Arbeitervereine funktionieren, so dass sie 1890 formell an die Haftpflichtkommission im Kanton Zürich angeschlossen wurde, faktisch aber wohl aufgelöst war. Dass eine effiziente Aufsichtskommission nach wie vor von Nutzen gewesen wäre, aber auch, dass man sich nach wie vor scheute, tatkräftig vorzugehen, zeigt eine Diskussion des Grütlivereins Baar im Jahre 1893:

"Im Verschiedenen (=unter Varia) macht Genosse Rutschmann eine Bemerkung, nämlich, dass in der Metallwarenfabrik in Zug jüngst angekündigt worden sei, dass sich die Arbeitszeit in jenem Geschäfte verlängern sollte, und zwar an zwei festgesetzten Tagen in der Woche je um 2 Stunden per Tag. Solchem Vorgehen glaubt nun der Antragsteller, dürfte Abhilfe geleistet werden, denn in jenem Geschäft beschäftigen sich Arbeiter, welche fortwährend bei grosser Ofenhitze arbeiten müssen und somit wäre dann eine nachmittägige achtstündige Arbeitszeit der menschlichen Natur unmenschlich gesundheitsschädlich. Nach einiger Diskussion wurde beschlossen, jener Sache einstweilen noch abzuwarten, vielleicht werde sich die Sektion Zug in jene Begebenheit einmischen, um jenes Verfahrens entgegen zu kommen." *

Unentgeltlichkeit der Lehrmittel

Anfangs 1887 wurde von den Grütlivereinen Zug, Cham und Baar eine Petition an den Kantonsrat betr. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel an Primar- und Sekundarschulen gerichtet, die ein Jahr später immer noch nicht beantwortet war, so dass nach einer Kreisversammlung erneut ein Schreiben an den Regierungsrat erging, welches auch Auskunft über die Denkweise im Grütliverein gibt:

"Wir leben in der Zeit der sozialen Reformen, überall erblicken wir das Bestreben, der am schwersten gedrückten Klasse, dem Arbeiter und dem gedrückten Bauer, wie auch

dem Gewerbsmann möglichst Erleichterungen zu verschaffen und den Gesamtstaat zur Lösung allgemein sozialwirtschaftlicher Aufgaben heranzuziehen." *

1890, als in dieser Sache immer noch nichts geschehen war, fasste man eine Volksinitiative ins Auge. Der Regierungsrat hielt die Petenten mit dem Verweis auf die anstehende Revision der kantonalen Verfassung hin. In der Eingabe der Grütlianer zur Verfassungsrevision (vom 27. Nov. 1891) wurde die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel dann wieder an erster Stelle der Anliegen genannt. Es brauchte eine weitere Petition und stetes Nachfragen, bis das Anliegen im Frühling 1893 endlich verwirklicht wurde.

Oeffentliche Arbeitsvermittlung

1888 kam der Gedanke auf, in Baar ein Arbeitsnachweisbüro durch den Grütliverein zu errichten, "da gegenwärtig die Dienstboten etc. in einigen Büros ungerecht ausgebeutet werden":

"Es wurde nachgewiesen, wie nicht nur in Baar, sondern auch im Kanton Zug die Dienstbotenbüros wie Pilze aus dem Boden schießen und jeder sich bereichern will durch den Arbeiter, der noch bei Geld, aber ohne Arbeit ist. Sogar die Arbeitgeber versucht man auf diese und jene Weise auszubeuten." *

Man wollte dann in der Folge auf Vermittlung des Gemeinbeschreibers Steiner, damals Mitglied des Grütlivereins, das "Plazierungsbüro" gemeinsam mit Arbeitgebervertretern und dem Einwohnerrat Baar einführen. Am 1. März 1890 wurde das Arbeitsnachweisbüro endlich eröffnet. Aber schon nach drei Jahren kam es wieder zu Klagen an den Einwohnerrat, dass das Büro nicht im angestrebten Sinne funktioniere und in ein "reines Privat-Institut" übergegangen sei. Es zeigte sich, dass der Einwohnerrat Baar die Verschleppungstaktik perfekt beherrschte. Ein erstes Schreiben wurde gar nicht beantwortet. Ein zweiter Brief des Grütlivereins ein halbes Jahr später drohte im November 1893 mit dem Gang an die Oeffentlichkeit, falls bis Neujahr keine Antwort erfolge, und fragte pikiert: "Sind wir etwa, als nur so ein Arbeiterverein, keiner, auch nicht der geringsten Antwort von unserm hohen Einwohnerrat würdig?" Nun kam die Antwort umgehend, wenn auch

gespickt mit Ausflüchten. In einem zweiten Brief im Januar 1894 erklärte Einwohnerrat Dr. J. Schmid, seines Zeichens auch Regierungsrat, er werde dem Einwohnerrat beantragen, das Büro wieder in Funktion treten zu lassen, und im August 1894 erfolgte die Mitteilung, dass das Nachweisbüro 1894 wiedereröffnet werde. Dazu kam es aber nicht, und an der Sitzung des Grütlivereins vom 10. März 1895 wurde beschlossen - Dr. Schmid hatte unterdessen als Einwohnerrat demissioniert und das Geschäft unerledigt zurückgelassen - "diese Angelegenheit wieder frisch mutig aufzugreifen u. d. Einwohnerrat hiermit aufzufordern durch ein an ihn gestelltes gediegenes Schreiben". Dies als Beispiel der Mühsal der Arbeiterbewegung in beinhardter bürgerlicher Umgebung.

Initiativen und Referenden

1888 stellte die Sektion Zug ein grütlivereinsinternes Initiativbegehren zur Besserstellung der eidgenössischen Post-, Telegraphen- und Eisenbahnangestellten und fand die Unterstützung der Sektion Baar, die einen weitergehenden Antrag, "dass jeder Postangestellte ein ganz freier Tag (!) in jedem Monat habe", ablehnte.

1889 wurde auch das erste Referendum der jungen SPS, das sich gegen die Bundesanwaltschaft richtete, in der Sektion Baar einstimmig unterstützt. Diskutiert wurde die Revision der Bundesverfassung im Sinne der Erweiterung der Volksrechte durch Initiative, obligatorisches Referendum und Wahl des Bundesrats durch das Volk.

Postulate zur Revision der Kantonsverfassung

Aktuell wurde ferner das Thema Proporzwahl auf kantonaler Ebene. Für die Revision der kantonalen Verfassung liess sich der Grütliverein Baar mit folgenden Postulaten vernehmen:

1. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Primar- und bis mindestens für die 2. Klasse der Sekundarschule
2. Steuerfreiheit für Einkommen bis 1000 Franken und zusätzlich 200 Franken pro Kind; Steuerbefreiung für Vermögen von Arbeitsunfähigen und Waisenkindern bis 4000 Franken
3. Steuer auch für Aufenthalter
4. Stimmrecht für Aufenthalter schweizerischer Nationalität auch in kantonalen Angelegenheiten (nach 3 Monaten Aufenthalt) und in gemeindlichen Angelegenheiten (nach 6 Monaten)
5. Aufrechterhaltung des Aktivbürgerrechts für Leute, die durch Armut oder Unglück in Konkurs gerieten
6. Busse für jene, die nicht an der Gemeindeversammlung teilnehmen
7. Amtliche Inventarisierung bei Todesfällen
8. Volkswahl der Richter
9. Gründung eines Kantonsspitals
10. Staatliche Unterstützung von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe
11. Erhöhung der Hausiertaxen, wobei aber im Kanton wohnhafte Skrofulöse nur das Minimum bezahlen sollten
12. Abschaffung der 15 indirekten Kantonsräte
13. Reduktion der Zahl der Regierungsräte auf 5
14. Einführung von gewerblichen Schiedsgerichten
15. Einführung der obligatorischen Mobiliarversicherung
16. Publikationsobligatorium im Amtsblatt für jedes vom Kantonsrat angenommene und dem Referendum unterstellte Gesetz; Zustellung der Gesetze, die zur Abstimmung kommen, an jeden Stimmberechtigten

Daneben wird auch noch insbesondere die Einführung des Proporzwahlsystems gefordert, das "dem Arbeiterstande ein grosser Vorteil sei; dann werden bei Wahlangelegenheiten ganz sicher auch Arbeiterkandidaten durchgebracht werden". Das Thema beschäftigte die Arbeitervereine auch in den kommenden Jahren weiter.

Unentgeltliche Krankenpflege

1893 wurden Unterschriften für die unentgeltliche Krankenpflege gesammelt. Arbeitersekretär Hermann Greulich hatte zugesagt, an einer Volksversammlung als Referent für die Einführung einer obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung aufzutreten. Die erste Initiative der SPS, die forderte, das Recht auf Arbeit sei in die Verfassung aufzunehmen, und die auch in der Arbeiterbewegung nicht ohne Widerspruch blieb, wurde dagegen kaum unterstützt.

Das Problem blieb aktuell: Im Jahre 1908 reichten Grütliverein und Arbeiterpartei in der Stadt Zug eine Motion für unentgeltliche Geburtshilfe und Ausrichtung von Kurs- und Wartgeldern für Krankenpflegerinnen ein. Diese Motion wurde im Januar 1910 von der Gemeindeversammlung behandelt, wie das Zuger Volks-Blatt vom 18.1.1910 berichtet.

Wohnungsnot in Zug schon 1897!

Der 'Grütliverein Zug' versuchte daneben jedoch auch **spezifisch städtische Arbeiterinteressen** zu vertreten. Als Beispiel wäre hier die Eingabe an den Stadtrat zur **Beschaffung von billigem Wohnraum** zu nennen (1897): Darin hiess es, dass in der Gemeinde Zug "eine derartige Kalamität in der Wohnungsfrage eingetreten" sei, "dass einerseits eine Zahl von Arbeitern für sich und ihre Angehörigen überhaupt keine Wohnungen mehr finden können, andererseits die Mietzinse derart gestiegen (60 - 80%)" seien, "dass es dem einfachen Arbeiter nicht mehr möglich ist, den Zins im Betrage von Fr. 450.--, 500.--, ja sogar Fr. 600.-- (pro Jahr) zu bezahlen". Der Stadtrat wurde

deshalb ersucht, die Frage zu prüfen, ob nicht

1. zum Zwecke der Beschaffung von billigeren Wohnungen im Maximum von 300 F. durch die Einwohnergemeinde Arbeiterwohnhäuser zu erstellen seien oder
2. ob nicht private Gesellschaften zu unterstützen seien, welche ein derartiges Unternehmen in diesem Sinne zur Ausführung bringen wollen, jedoch unter Wahrung der Interessen der Gemeinde." *

Das Begehren wurde von den Behörden als "nicht notwendig" bezeichnet und an der Einwohnergemeinde vom 22. Mai 1898 zur Ablehnung empfohlen. Es fand auch tatsächlich keine Gnade, nicht zuletzt dank der Art und Weise der Versammlungsführung. Die Eingabe wurde als letztes Traktandum auf die Liste gesetzt und erst behandelt, nachdem ein Teil der Arbeiter, nämlich die Eisenbahner, die ihren Dienst antreten mussten, bereits wieder gegangen war!

Aus dem Protokoll der Zuger Einwohner- gemeindeversammlung vom 22. Mai 1898

Uebergehend zum sechsten und letzten Traktandum wird ein Bericht des Herrn Stadtra Zürcher verlesen.

Auf dieses hin sei die Arbeiterwohnungsfrage in Zug einlässlich geprüft worden, und habe der Einwohnerrat in Betracht gezogen:

1. dass wenn auch die Stadt Zug in den letzten Jahren an Einwohnerzahl ziemlich zugenommen habe, doch eine eigentliche Wohnungsnot nicht vorhanden sei,
2. dass in den letzten Jahren für Verbesserung der Wohnungen, besonders der Arbeiterwohnungen, seitens der Behörden das Möglichste getan worden sei, worunter zu nennen: der Erlass des neuen Baugesetzes sowie der Verbote der Jaucheausfuhr während dem Tage, das Anlegen von Düngergruben in der Stadt, Verbesserung der Abortverhältnisse, Reinhaltung der Strassen, Schaffung öffentlicher Anlagen etc. etc.,
3. dass bei den hohen Bodenpreisen von Seite der Stadt unmöglich Häuser erstellt werden können, die bei kleinem Mietzins das Budget der Gemeinde stets belasten würden,
4. dass durch Einführung der unentgeltlichen Beerdigung und Unentgeltlichkeit der Lehmittel die Gemeinde den weniger Bemittelten bereits ziemlich entgegengekommen sei und die Gesuchsteller vorläufig sich damit zufriedengeben dürften,

5. dass durch die Erstellung von Arbeiter-Wohnhäusern den Besitzern von älteren, aber wohnlich eingerichteten Wohnhäusern eine bedeutende Konkurrenz geschaffen würde, der Staat aber die Pflicht habe, auch die Interessen der Mittelklasse zu schützen und sie in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Gestützt auf dieses stellt der Einwohnerrat daher den Antrag:

Es sei auf beide Fragen des Grütlivereins betreffend Subventionierung der Erstellung von Arbeiterwohnhäusern durch die Einwohnergemeinde nicht einzutreten.

Herr Kantonsrat J. Müller-Keiser, unterstützt von Herrn Emil Ringger, stellt den Antrag, es sei die Angelegenheit durch eine fünfgliedrige Kommission näher untersuchen zu lassen, mit Bericht und Antragstellung an eine spätere Gemeinde.

In hierauf erfolgter Abstimmung entscheidet die Gemeinde mehrheitlich für den Antrag des Einwohnerrates.

Das "Gedeihen des Sozialismus" im Kanton Zug

In die Grütlivereine floss immer auch wieder sozialdemokratisches resp. sozialistisches Gedanken- gut. So liessen die Baarer Grütlianer 1885 etwa die Flugschrift "Arbeiter, warum seid ihr arm?" bestellen, 1888 20 Exemplare "8 Opfer des Klassenkampfes" und 1893 10 Exemplare der Broschüre "Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen". 1890 gab es erstmals Maifeiern in der ganzen Schweiz. Auch in Baar wurde eine solche Feier abgehalten. Im Gasthaus zur Waage fand abends eine ausserordentliche Sitzung des Grütlivereins statt. "Soziale Rück- und Ausblicke" hiess das Motto, 8-Stunden-Tag das Anliegen. Die gemeinsame kantonale Maifeier 1891 kam nicht zustande, so dass man am Sonntag, 3. Mai, bei schwacher Beteiligung in der von Baar aus gegründeten Sektion Affoltern feierte. 1892 beging man den ersten Mai gemeinsam mit der Stadtsektion in Zug, und 1893 fand eine gemütliche Abendunterhaltung im Vereinslokal statt. In den folgenden Jahren war der 1. Mai für den Grütliverein Baar offiziell offenbar kein Traktandum mehr, bis 1899, wo es in einem PS des Protokolls augenzwinkernd heisst, man wolle "die diesjährige Maifeier bei unserer Sektion wie üblich in enorm grossartigem Demonstrations-Umzug in Gala-Uniform vor

sich gehen" lassen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden die Maifeiern mit einem neuerlichen Erstarren der Arbeiterbewegung aber wieder aktuell.

Die Grütlianer verstehen sich als die echten Eidgenossen, die gegen die Fremdbestimmung zusammenstehen und kämpfen müssen:

Es sei "Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, miteinander zu kämpfen für ökonomisch und politische Besserstellung der Arbeiter. Wenn wir keine Landvögte mehr haben, so seien es andere, welche die Arbeiter unterdrücken, das Vereinsrecht und Stimmrecht zu entziehen suchen, es seien das die grossen Kapitalisten und wie man sie alle nenner könnte." *

Gelegentlich wird auch bemerkt, "die Arbeiter müssen mehr international vorgehen".

Mitte Juli 1898 schickte die Sektion Baar dem "verreisten Genossen" und Aktuar des Vereins, Friedrich Meier, der 1897 in den Verein eingetreten war, ein Dankschreiben nach, und wünschte, dass Meier auf seiner Laufbahn fortfahren möge "zum Gedeihen des Sozialismus". Die Anrede "Genosse" als Bezeichnung der Vereinsmitglieder hatte ab 1891 die bisherige Bezeichnung "Bürger" abgelöst. Im Januar 1910 trat Friedrich Meier übrigens der "Volkswacht" bei und wurde gleich in den Kantonalvorstand delegiert. Als Mitte 1910 der bisherige Volkswacht-Präsident demissionierte, übernahm Meier das Amt bis 1914.

1.6 Grütliverein und Arbeiterpartei

Nebeneinander von Grütliverein und Arbeiterbund

1888 war die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gegründet worden, ein zunächst zartes Pflänzchen in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Es konnte aber nicht ausbleiben, dass auch in den Grütlivereinen über eine Erweiterung des Programms und die Gründung einer Arbeiterpartei nachgedacht wurde. Resultat der Ueberlegung war vorerst, dass es unmöglich sei, eine Arbeiterpartei zu gründen, solange die Aufenthalter das Stimmrecht in Gemeinde- und Kantonsangelegenheiten nicht hätten. Wie schon dargelegt, nannte sich der Kantonalverband zugerischer Grütlivereine in den neunziger Jahren Arbeiterpartei. 1899 erfolgte die Gründung des **Arbeitervereins Volkswacht Baar**. Diese Gründung wurde im Grütliverein lebhaft diskutiert, wobei beschlossen wurde, den neuen Verein vorläufig nicht zu unterstützen:

"Es möchten bei diesem Verein zuerst einigemassen erfolgreiche Taten gescheher zum fortschrittlichen Gedeihen der Arbeiterschaft. Im übrigen begrüsst der Grütliverein diesen neugegründeten Arbeiterverein." *

1890 konnte neben dem Grütliverband noch ein **'Arbeiterbund Zug'** geschaffen werden, dieser allerdings noch nicht für das ganze Kantonsgebiet, sondern vorerst nur für "Zug und Umgebung". Da der Grütliverband ursprünglich nur Grütlivereine umschliessen sollte, wollte man mit dem 'Arbeiterbund Zug' ein Gefäss schaffen, das Arbeiter aller Korporationen und Nationalitäten aufnehmen konnte. Für die Entstehung der Sozialdemokratischen Partei ist der 'Arbeiterbund' erst später wichtig geworden.

Die Arbeiterpartei: Weg vom Freisinn...

Der 'Grütliverein Zug' war nach der Gründung des Kantonalverbandes zugleich auch eine Sektion der **'Arbeiterpartei'**, einer 'Arbeiterpartei' allerdings, die im ganzen Kanton noch sehr **stark mit der liberalen Partei in Verbindung** stand, auch wenn sich mittlerweile (1892) innerhalb des 'Grütlivereins Zug' eine Mitgliedschaft der 'Sozialdemokratischen Partei der Schweiz' gebildet hatte. Zwar hatten die Grütlivereine ihre "Arbeitervertreter" im Kantons- und sogar im Regierungsrat. Hierbei handelte es sich jedoch nicht um Arbeiter, sondern um fortschrittlich denkende Liberale der oberen Schichten, die auch Mitglieder des Grütlivereins waren. Erst nach dem Tode des Zuger Stadtpräsidenten und Grütlianers Zürcher, der 1886-1892 zugleich auch noch Kantons- und Regierungsrat war, beanspruchte der Grütliverein den Kantonsratssitz für einen Arbeiter. Man war der Auffassung, dass es

"gut wäre, wenn einmal ein Plebejer, ein leibhaftiger Arbeiter in unserem Parlament erscheinen würde, um dann und wann, wie es die Gelegenheit mit sich bringt, die Freuden und Leiden des Arbeiterstandes vorbringen zu können". *

Der Grütliverein stellte deshalb seinen Präsidenten Müller, von Beruf Briefträger, für die Ersatzwahl in den Kantonsrat auf. Die Liberalen entschieden sich jedoch für einen eigenen Kandidaten. Resultat der Unternehmung war, dass eine Nachwahl durchgeführt werden musste. Die Liberalen einigten sich dann vordergründig auf den Briefträger Müller, in der Wahl stimmten sie aber für den konservativen Kandidaten, der schliesslich Sieger der Wahl wurde.

Für die Arbeiterpartei war das der Beweis, dass die Arbeiter von der 'Liberalen Partei' nur als Stimmvieh missbraucht würden. Seit diesem gescheiterten Versuch, einen Arbeiter in den Kantonsrat zu bringen, wollten die Grütlianer nicht länger mehr "Schleppträger der Liberalen" sein, und nach und nach begannen die Anstrengungen zur Loslösung.

Der Konflikt mit den Liberalen war für die Grütlianer nicht einmalig. 1889 beispielsweise schrieb die Sektion Zug dem Grütliverein Baar, bei den Nationalratswahlen die liberale Liste und also den Kandidaten Oberst Henggeler zu unterstützen. Ein Teilnehmer der Sektionsversammlung, an der das Schreiben zur Sprache kam, protestierte heftig gegen diese Kandidatur mit dem Hinweis, dass Henggeler

"zur Zeit der Einführung des Fabrikgesetzes sich feindlich gezeigt habe, und wie (er) die Arbeiter, die im Geschäft arbeiteten, veranlasst habe, aus dem Grütliverein auszutreten". *

Der Präsident beschwor die Einheit, die liberale Partei habe zudem versprochen,

"von nun an den Forderungen des Grütlivereins besser zu entsprechen wie z.B. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Einführung der Progressivsteuer usw." *

Letztlich wurde dann nur der Gegenkandidat und Grütlianer, Stadtpräsident Karl Zürcher unterstützt. Der Antrag,

"es seien die Mitglieder so gut wie möglich zu kontrollieren, damit man wisse, wer gestimmt habe und wer nicht", *

wurde nach einiger Diskussion angenommen. Bei den Nationalratswahlen 1893 teilte das liberale Komitee dem Kantonalvorstand des Grütlivereins mit, "dass nun der kantonale Grütliverein Zug die Ehre habe, einen Nationalratskandidaten zu portieren". Der Grütliverein Baar bemerkte hierzu,

"dass es keinen nützlichen Zweck für den Grütliverein habe, einen derselben Kandidaten zu bezeichnen, denn das liberale Komitee nehme ja im Ernstfall doch keine grosse Notiz von dem Grütliverein". *

...hin zur Eigenständigkeit

Nach der **Verfassungsrevision von 1894** und der **Einführung des Proporz**es auf gemeindlicher und kantonaler Ebene (also für Gemeinderäte, Kantons- und Regierungsräte) war es soweit: Der 'Grütliverein Zug' konnte es wagen, bei den Gesamterneuerungswahlen **erstmalig** mit einer **eigenen Kantonsratsliste** aufzutreten. Bei den Regierungsratswahlen unterstützte

Wahlaufruf 1894

(Centralschweizer Demokrat 1894, Nr. 33)

Der Kanton Zug und die morgigen Wahlen.

Auch an anderer Stelle unseres Blattes machen wir auf die Wichtigkeit des morgigen Tages für den Kanton Zug aufmerksam; zum ersten Mal tritt der Proporz, den in erster Linie auch wir auf unsere Fahne schreiben, in Lebenskraft, es handelt sich um Kantons- und Regierungsratswahlen.

Die Stellungnahme der Demokraten und Arbeiter ist eine gegebene: **selbständig** mit **eigener Liste** für die Kantonsratswahlen in der Stadt Zug portieren unsere Gesinnungsgenossen vier bewährte Vertreter:

Jos. Müller, Postangestellter,

G. F. Schmid, Bürstenfabrikant,

Beno Reiser, Metallarbeiter,

Jakob Vollenweider, Cigarrenmacher

und empfehlen dieselben in markigem Aufruf. In Verbindung mit den Liberalen in Cham, Baar und Nisch treten unsere Grütlivereine zwar in erster Linie für ihre eigenen Kandidaten ein, denen jeder Wähler **mehrmals seine Stimme geben kann**, stimmen aber für die vereinigte freisinnige Liste.

Bei den **Regierungsratswahlen** liegen die Dinge ähnlich: die Liberalen haben den verdienten demokratischen Kandidaten **Fürspreh Moos** in Zug, als zweiten auf ihre Liste genommen. Es gilt vor allem diesem Kandidaten zum Siege zu verhelfen und so eine Stärkeprobe der linksstehenden Elemente für den Kanton Zug zu geben.

Der morgige Tag ist aber nicht nur für Zug, sondern für die ganze Centralschweiz, ja für alle Proporzfreunde von Wichtigkeit; nachdem drei welsche Kantone (Genève, Neuchâtel und Tessin) ihrerseits mit Erfolg den Proporz eingeführt, haben im kleinen Zug als erstem Kanton der deutschen Schweiz die Verhältnisse zum Siege der gerechten Sache geführt.

man weiter die Liberalen. Von den vier in der Stadt Zug aufgestellten Arbeiterkandidaten drangen zwei durch, darunter der Präsident des Grütlivereins, Josef Müller. In Baar wurde ein weiteres Mitglied der Arbeiterpartei, **Philipp Andermatt**, auf einer gemeinsamen Liste mit der FDP gewählt.

Nach diesem Erfolg einigte man sich darauf, bei den Erneuerungswahlen 1898 noch einen Schritt weiter zu gehen. Neben der eigenen Kantonsratsliste in der Stadt Zug sollte diesmal **auch ein Regierungsratssitz angestrebt** werden. In Baar gab es sowohl bei den Einwohnerrats- wie bei den Kantonsratswahlen eine lebhaftige Debatte, ob man nicht getrennt von der Freisinnigen Partei, der man misstraute, in die Wahlen ziehen wolle. Schliesslich blieb es bei einer gemeinsamen Liste mit den Freisinnigen, Philipp Andermatt wurde so als Kantonsrat wiedergewählt.

Nachdem der bisherige Vertreter der Grütlianer, Fürsprech J. Moos, der wegen seiner arbeiterfreundlichen Politik stark angefeindet und schliesslich sogar aus dem Freisinnigen kantonalen Komitee ausgeschlossen wurde, resigniert hatte, stellte die Grütli-sektion Zug an einer Versammlung des Kantonalverbandes den Antrag, Kantonsrat Müller als Regierungsratskandidaten aufzustellen. Man wollte in dieser Sache zwar noch einmal mit der inzwischen 'freisinnig' gewordenen 'Liberalen Partei' zusammengehen, unter der Bedingung allerdings, dass, falls mit der gemeinsamen Liste ein dritter Regierungsratssitz erungen werden könnte, dieser dem Vertreter der Arbeiterpartei zugesprochen werden müsse, dass also allfällige überzählige Kandidaten freiwillig zurückzutreten hätten.

Wahlaufruf 1898

(Centralschweizer Demokrat 1898, Nr. 95)

An die zugerische Arbeiterschaft.

Werte Genossen!

Ihr seid berufen, nächsten Sonntag die besonders für die Arbeiterschaft folgenwichtige Wahl des Regierungsrates vorzunehmen.

Wem sollen wir unsere Stimme geben?

Die fortschrittliche Arbeiterpartei hat sich für die Regierungsratswahl der freisinnigen Partei angeschlossen und bringt (Such) in den Personen der Herren Stadtpräf. Stadlin, Fritz Spillmann, Reg.-Rat Merz, Kantonsrat Müller-Keiser, Präsident Hieron. Baumgartner und Präsident Leonz Williger einen Wahlvorschlag, der von jedem fortschrittlich gesinnten Arbeiter und Arbeiterfreund gebilligt werden muß. Diese Kandidaten haben sich in den verschiedenen von ihnen bis anhin befreiteten Kreisen als praktische, schaffensfreundliche, freisinnige Männer erprobt, ihnen allen dürfen wir ruhig unser Vertrauen entgegenbringen.

Vor Allen

ist es der Kandidat der Arbeiterschaft:

Kantonsrat **J. Müller-Keiser**
in Zug,
für den wir einstehen sollen,
dem:

1. Genosse Müller-Keiser ist ein Arbeiter im wahren Sinne des Wortes und nicht einer jener Streber, die unter falscher Flagge und unter Mißbrandung des Namens der Arbeiterschaft um Euren Günst hinhlen.

2. Er kennt und versteht die Bedürfnisse des Arbeiters, weil er von frühester Jugend an sein Brot verdienen mußte und dann durch ein Leben voller Arbeit und durch schwere Prüfungen sich durchgerungen und durch Selbstbildung diejenigen Kenntnisse erworben hat, die ihn für die vorgeschlagene Stelle befähigen.

Politische Lage im Kanton Zug 1894 - 1914

Regierungsrat 1894 - 1914

Wahljahr	Anzahl Mandate			Total
	CVP	FDP	SP	
1894	5	2	-	7
1898	4	2	1	7
1902	4	3	0	7
1906	4	3	0	7
1910	4	3	0	7
1914	4	3	0	7

Kantonsrat 1894-1914

Wahljahr	Anzahl Mandate		SP	Total
	CVP	FDP		
1894	40	24	3	67
1898	40	24	3	67
1902	41	26	5	72
1906	40	28	4	72
1910	42	25	5	72
1914	43	25	4	72

Erfolg bei den Regierungsratswahlen!

Die Freisinnige Partei ging auf diesen Kompromiss ein, und dank der gemeinsamen Liste mit der 'Arbeiterpartei' fielen ihr drei Sitze zu, wobei drei Freisinnige gewählt wurden. Die 'Konservative Partei', die die Abmachung zwischen 'Freisinniger Partei' und 'Arbeiterpartei' kannte, versuchte nun mit allen Mitteln, den Wahlausgang anzufechten, und da sie im Parlament über die Mehrheit verfügte, konnte sie das Wahlergebnis durch Umdeutung des Wahlgesetzes dahingehend ändern, dass den Freisinnigen nur noch zwei Sitze zugesprochen wurden. Um zu ihrem Recht zu kommen, blieb den Freisinnigen nichts anderes übrig, als einen Rekurs beim Bundesrat einzureichen, was zur Folge hatte, dass Regierungsrat Müller sein Amt zwar antreten konnte, dies aber mit anderthalbjähriger Verspätung.

Regierungsrat Müller hatte jedoch nicht lange Gelegenheit, als Arbeitervertreter wirken zu können. Nach kurzer Amtstätigkeit wurde er durch eine beginnende Nervenkrankheit gezwungen, die Arbeit aufzugeben. Für die Arbeiterpartei, sowohl im Kanton wie in der Stadt Zug, war dieser Rücktritt ein schwerer Schlag, denn seit Ende der 80er Jahre war J. Müller die treibende Kraft in der Zuger Arbeiterbewegung gewesen.

Josef Müller (1864 - 1930)

Initiator und erster Präsident des 'Kantonalverbandes zugerischer 'Grütlivereine'', mehrjähriger Präsident des 'Grütlivereins Zug, Initiator und erster Präsident des 'Arbeiterbundes Zug', einer der beiden ersten 1894 unabhängig von der 'Liberalen Partei' gewählten Kantonsräte, erster Arbeitersekretär des Kantons Zug, Redaktor beim "Centralschweizer Demokrat" und schliesslich Regierungsrat 1900 - 1902; 1930 starb er vergessen im Bürgerasyl in Oberägeri.

Entstehung der SP des Kantons Zug

Der Rücktritt von Regierungsrat Müller fiel ausgerechnet in eine Zeit, in der die Entwicklung auf nationaler Ebene erfreuliche Fortschritte machte. Nachdem der Zusammenschluss von 'Grütliverein' und Sozialdemokratischer Partei der Schweiz' zustande gekommen war, galt der 'Kantonalverband zugerischer Grütli- und Arbeitervereine', wie er mittlerweile hiess, ab 1902 als Kantonalpartei der SPS. Ueber den Kantonalverband zahlten die einzelnen Sektionen Beiträge an die 'Sozialdemokratische Partei der Schweiz'. (Freilich war eine kantonale Organisation von den schweizerischen Parteistatuten nicht vorgeschrieben. Ebenso konnten neben der kantonalen Partei lokale Vereine oder Arbeiterunionen direkt der SPS angehören). Der 'Grütliverein Zug' muss also spätestens ab 1902 als Sozialdemokratische Partei angesehen werden, gemäss dem eingangs erwähnten Typus 2, allerdings mit der Einschränkung, dass bei mehreren in der SPS organisierten Vereinen an einem Ort die Gesamtheit aller Mitglieder dieser Vereine die 'Sozialdemokratische Partei' bildeten. Diese Situation war in Zug ab 1906 gegeben. Nach der Gründung der 'Politischen Arbeiterpartei Zug' bestanden in der Stadt zwei der SPS angehörende Organisationen.

Die 'Politische Arbeiterpartei der Stadt Zug' entstand am 29.9.1906 aus dem Versuch, die alte Arbeiterpartei zu reorganisieren. Diese war nach dem Ausscheiden von Regierungsrat Müller aus seinen Parteiämtern in Lethargie und Passivität verfallen. Auf die Erneuerungswahlen von 1906 hin wurde deshalb von seiten des 'Arbeiterbundes Zug' eine Wiederbelebung dieser Arbeiterpartei angestrebt. Da der Grütliverein Zug, der bisherige Träger der ehemaligen Arbeiterpartei, diesen Reorganisationsversuch als Kritik auffasste und ihm weitgehend reserviert begegnete, konnte sich die 'Arbeiterpartei Zug' bald zu einer eigenständigen Organisation entwickeln und den 'Grütliverein' sogar an Mitgliedern übertreffen.

Statuten

der

Mitgliedschaft der politischen Arbeiterpartei

der

Stadt Zug.

I. Zweck.

Art. 1.

Die politische Arbeiterpartei der Stadt Zug erstrebt die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes.

Den Weg zu ihrem Ziele erblickt sie in der Belehrung des Arbeiters über die Aufgaben der Arbeiterpartei und in der Aufmunterung derselben zur zielbewussten Teilnahme am Staatsleben.

Art. 2.

Die Partei stellt sich hauptsächlich folgende Aufgaben:

- a) Besprechung aller politischen und volkswirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde, des Kantons und der Eidgenossenschaft und Stellungnahme zu denselben.
- b) Propaganda für Erringung einer angemessenen Vertretung in den Behörden.

V. Statutenrevision.

Art. 21.

Eine Revision dieser Statuten kann in jeder ordentlichen Versammlung durch zwei Drittel der anwesenden Mitglieder verlangt und in einer folgenden, zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung beschlossen werden.

So beschlossen und sofort in Kraft erklärt in der Versammlung vom 29. September 1906.

Der Präsident:

Saller G.

Der Aktuar:

Wyh Franz.

Die Wahlen von 1906

Bei den Wahlen von 1906 beschränkte sich die neue 'Politische Arbeiterpartei Zug' auf die Teilnahme an der Kantonsratswahl. Ihr Erfolg war recht bescheiden: Sie konnte mit zwei gewonnenen Sitzen nur gerade den Besitzstand wahren. Im Unterschied zu 1902, als sie mit der FDP zusammen eine Liste einreichte, erzielte sie nun die beiden Mandate (wie 1894 und 1898) selbständig. In Baar konnten nicht nur die beiden 1902 errungenen Kantonsratssitze behauptet werden, dank des Fernbleibens der Freisinnigen gelangten Philipp Andermatt und der Konsumverwalter Gustav Grossmann auch in den Einwohnerrat. Beide wurden 1910, als der Freisinn wieder an den Wahlen teilnahm, abgewählt.

Nachruf auf Philipp Andermatt 1856-1922 (Zuger Nachrichten 18.12.1922)

Baar. ☉ Freitag den 15. Dezember, abends, starb hier Herr alt Oberrichter Phil. Andermatt, ein Mann, welcher der Dessenlichkeit in verschiedenen Stellungen gute Dienste geleistet hat. Der Verstorbene wurde geboren am 11. Februar 1856. 1897 erfolgte seine Wahl in den Verwaltungsrat der Dorfkorporation Baar, der er schon früher kurze Zeit angehört hatte, und dessen Mitglied er seit 1897 ununterbrochen bis zu seinem Tode verblieb, seit 1911 als Vizepräsident des Rates. Herr Andermatt verwaltete hier das Straßentwesen, dem er ein besonderes Augenmerk widmete. 1894 kam Phil. Andermatt als Vertreter der Grütligruppe in den Kantonsrat, dem er ohne Unterbruch bis an sein Lebensende angehörte. Für die letzten Neuwahlen vom 26. November dieses Jahres hatte er sich nicht mehr portieren lassen, da die Folgen eines im Frühjahr 1922 erlittenen Unfalles ihn nötigten, sich von der öffentlichen Tätigkeit zurückzuziehen. Seit längerer Zeit vertrat Phil. An-

dermatt die sozialdemokratische Fraktion in der Staatswirtschaftskommission. Während der Amtsperiode 1916 bis 1920 war der Verstorbene auch Mitglied des Obergerichtes. Der Einwohnergemeinde Baar diente Andermatt seit zwei Amtsperioden als Mitglied der Rechnungskommission.

Politisch gehörte Phil. Andermatt zum rechten Flügel der sozialdemokratischen Partei. Als diese sich infolge der starken Linksentwicklung der radikalen Elemente spaltete, zog der Verstorbene mit den Grütlianern. Die Scharfmacherei mit den immer stärker hervortretenden vaterlandsgegnerischen Tendenzen war ihm zuwider. Sein ganzes Wesen wurzelte überhaupt zu tief in der angestammten Korporation und in der Lokalgeschichte seiner Heimat, als daß er ein waschechter Sozialdemokrat hätte sein können. In vielen Beziehungen dachte der Verstorbene konservativer als mancher von uns. Persönlich trat Phil. Andermatt namentlich durch seine einzigartige Gedächtnisschärfe hervor. Er war das lebendig verkörperte Geburtstags- und Familienregister seiner Mitbürger; es war gerade erstaunlich, mit welcher Sicherheit und Genauigkeit er eine Unmasse von Daten und Ereignissen in seinem frischen Gedächtnis festzuhalten vermochte. Durch die geschichtlichen Erinnerungen, mit denen er jeweils seine Reden zu würzen pflegte, bereitete er dem Kantonsrat und auch privaten Kreisen manche gemütliche Erheiterung. — Religiös suchte der Verstorbene seine eigenen Wege. Er erklärte sich zum Altkatholizismus, der außer ihm im Kanton Zug wohl nur äußerst wenige Anhänger zählte. Als aber im Frühling dieses Jahres ein Unfall den Berewigten aufs Krankenlager warf, söhnte er sich mit seiner katholischen Mutterkirche wieder aus und ist mit ihren Tröstungen hinübergegangen in die Ewigkeit. Möge ihm nun drüben Gottes Frieden beschieden sein! R. I. P.

Die Wahlen von 1910

Vier Jahre später entschloss man sich, erstmalig auch bei den **Stadtratswahlen** selbständig vorzugehen (teilnehmen wollte man zwar auch schon 1898, damals vergass jedoch der verantwortliche Vertrauensmann, die für die Liste nötigen Unterschriften zu sammeln). Dieses Vorgehen wurde jedoch von einer Minderheit für nicht zweckmässig gehalten. Sie plädierte für ein Zusammengehen mit der 'Freisinnigen Partei'. Diesen Umstand wussten die Freisinnigen sofort zu nützen. Sie setzten einen prominenten Vertreter der Arbeiterpartei, der als Beamter der Eidgenossenschaft gar nicht gewählt werden konnte, gegen dessen Willen auf die Liste, um damit bei den Arbeitern auf Stimmenfang zu gehen. Anstatt sich nun klar gegen die Bauernfängerei der 'Freisinnigen Partei' abzugrenzen, zerfleischten sich die Arbeiter untereinander. Eine Gruppe jener, die sich für selbständiges Vorgehen ausgesprochen hatten, gab sogar ein eigenes Blatt, die 'Zuger Arbeiter-Zeitung' heraus, worin sie die Minderheit heftig angriff.

Es erstaunt nicht, dass der Arbeiterpartei bei der Wahl kein Erfolg beschieden war. Das angestrebte Stadtratsamt fiel den Freisinnigen zu. Auch bei den darauffolgenden Kantonsratswahlen konnten keine Fortschritte erzielt werden: Es blieb weiterhin bei zwei Sitzen.

Einen Grossefolg erlebte die Arbeiterpartei in Cham. Sie hatte bisher nur im Jahre 1902 einen Sitz im Kantonsrat erreicht. Nun errang sie dank einer gemeinsamen Liste mit den Freisinnigen zwei Mandate und zusätzlich einen Sitz im Einwohnerrat. Zugpferd war der Jurist Dr. Albert Belmont, der 1914 erfolglos für den Regierungsrat kandidierte und 1916 nach Basel wegzog, wo er es später zum Nationalrat brachte.

Wahlkommentar 1910

(Zuger Nachrichten 15.11.1910)

Cham. (Eingef.) Jacta est alea — Der Würfel ist gefallen! — Die Einwohnerratswahlen riefen von 727 Stimmberechtigten 576 Stimmende an die Urne (zirka 79 %). Listenstimmen erhielten:

Die Konservativen 254

Die Freisinnigen und Arbeiter 281

Die konservative Partei erhält wie bis anhin 2 Vertreter (Herren Einwohnerrat Karl Werder und Wagnermeister Zehnder, neu); die freisinnige 2, bis

anhin 3 (Herren B. Baumgartner und F. Burri); die Arbeiter 1, welche bis anhin keine Vertretung besaßen (Herr Dr. Belmont).

Als Präsident des Einwohnerrates wurde gewählt: Herr Bernhard Baumgartner, Verhörrichter, mit 11 Stimmen über dem absoluten Mehr. Leider ist Herr Einwohnerrat E. D. Rüssel, Verwalter, Frauenthal, ein sehr tüchtiger, schaffensfreudiger Beamter, nicht wieder gewählt.

Wenn man bedenkt, wie die Allianzparteien mit fieberhaft angestrebter Arbeit ans Werk gegangen, so darf mit Befriedigung konstatiert werden, daß unser Resultat trotz alledem ein sehr erfreuliches ist und hat sich das Prognostikon des Einsenders in letzter Nummer bewahrheitet, daß die Konservativen in Cham sich nicht niederringen lassen. Ein Plus von 27 Freisinnigen- und Arbeiter-Listenstimmen — kläglich; ein Pyrrhus-Sieg für die Verbündeten.

Allgemeine Bewunderung erregte ein gegnerischer Aufruf, die Farbe desselben scheint nicht gerade glücklich gewählt worden zu sein. Es war zu lesen: Arbeiter von Cham, verachtet den angeblich aus Chamer Arbeiterkreisen stammenden Flugzettel mit dem schlechten Rat, wild zu stimmen, denn derselbe bedeute ein konservatives Wahlmanöver. — Wir konnten diese Worte nicht verstehen, obschon uns ein weißer Zettel zu Gesicht kam, wodurch Arbeiter ihre Standesgenossen aufforderten, nur ihrem Kandidaten zu stimmen, durch welche Aufforderung ohne Zweifel der ursprünglich gefaßte Beschluß der Arbeiterpartei, selbständig vorzugehen, zum Ausdruck gebracht werden wollte. —

Kommentar zu den Baarer Wahlen 1910
(Zuger Nachrichten 15.11.1910)

Nach unerhörtem Wahlkampfe von seiten des Radikalismus, der auch das letzte Mittel nicht unversucht ließ, gingen die Wahlen in Baar vor sich. Gewählt wurden in den Einwohnerrat 4 Conservative und 3 Freisinnige. Die Arbeiterpartei, die bisher eine Vertretung im Räte befaß, wurde dank des unerhörten Terrorismus der Fabrikherren ihrer Vertretung beraubt. Die Christlich-Sozialen sind treu zur konservativen Fahne gestanden. Stehen wir Conservative aber auch mannhaft ein für den Arbeiter. Wenn wir der radikalen Knechtung der Arbeiter nicht unerschrocken die Stirne bieten, so wird dieser ganz entrechtet. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben noch ganze 80 Mann aufbringen können, alle andern sind von der freisinnigen Partei absorbiert worden. Bedauerlicherweise ist Herr Kantonsrichter Wettach weg gewählt worden. Einer der 5 konservativen Kandidaten mußte riskieren, nicht gewählt zu werden. Die wenigen Stimmen, mit denen Herr Wettach hinter seinen Mitkandidaten zurückblieb, zeigen, daß die ganze Partei hinter ihm steht und mit seiner bisherigen Amtstätigkeit vollruf befriedigt ist.

Die Wahlen von 1910 verstärkten die 1906 entstandene Rivalität zwischen 'Grütliverein' und 'Politischer Arbeiterpartei' in der Stadt Zug. Man misstraute sich und scheute sich nicht, dies auch öffentlich auszudrücken. Trotzdem war man sich im klaren, dass die Zersplitterung überwunden werden müsse, um in absehbarer Zeit wieder zu Erfolgen zu kommen. Es dauerte jedoch noch gute drei Jahre, bis die Widerstände soweit abgebaut waren, dass eine gegenseitige Annäherung möglich wurde. Die endgültige Einigung und Aussöhnung führte dann zu der eingangs erwähnten Verschmelzung der beiden Konkurrenten zur 'Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zug'.

2 Die Zwischenkriegszeit

2.1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Die Bevölkerung des Kantons Zug nahm 1920-1941 um rund 5'000 Personen zu. Mehr als die Hälfte des Zuwachses entfiel auf die Stadt Zug, der Rest hauptsächlich auf Baar und Cham, während die Berggemeinden mehr oder weniger stagnierten.

Der Rückgang der Landwirtschaft verlangsamte sich. 1941 gab sie noch jedem fünften Erwerbstätigen Arbeit und Brot. In Industrie, Handwerk und Baugewerbe waren weiterhin etwa die Hälfte aller Beschäftigten tätig. Die Landis & Gyr waren schon damals ein Grossbetrieb, der beispielsweise im Jahre 1930 2'500 Arbeitnehmer zählte. Die Spinnereien mit gegen 1'000 Arbeitern und die Metallindustrie (vor allem die Metallwarenfabrik und die Verzinkerei in Zug) mit rund 700 Arbeitern stellten weitere wichtige Branchen dar. Demgegenüber ging die Bedeutung der Nahrungsmittelindustrie nach der Schliessung des Chamer Nestlé-Betriebs im Jahre 1933 drastisch zurück.

Die ersten zwanziger und vor allem die dreissiger Jahre waren **Krisenzeiten**. Die Unternehmen suchten ihre Kosten mittels Entlassungen, Kurzarbeit und Lohnabbau zu senken. Die Arbeiter wehrten sich dagegen mit Streiks, so in der Verzinkerei, in der Spinnerei Aegeri und im Zuger Gaswerk. Diese Streiks waren wenig erfolgreich, da genügend Arbeitslose bereitstanden, auch zu schlechteren Arbeitsbedingungen in die Lücke zu springen.

Bevölkerung des Kantons Zug 1920-1941

Gemeinde	1920	1941
Zug	9'499	12'372
Baar	5'663	6'193
Cham	4'060	4'645
Steinhausen	560	787
Hünenberg	1'123	1'274
Risch	1'258	1'449
Walchwil	1'046	1'118
Unterägeri	2'787	2'969
Oberägeri	1'970	2'255
Menzingen	2'912	2'922
Neuheim	691	659
Total	31'509	36'643

Beschäftigte nach Branchen im Kanton Zug 1920-41

Branche	1920	1941
Landwirtschaft	3'719 (=24,5%)	3'380 (=20,3%)
Industrie, Handwerk, Baugewerbe	7'303 (=48,1%)	7'631 (=45,8%)
Handel, Banken, Versicherungen	673 (= 4,4%)	1'051 (= 6,3%)
Gastgewerbe, Verkehr	1'055 (= 6,9%)	1'027 (= 6,1%)
Uebrige	2'454 (=16,1%)	3'557 (=21,5%)
Total	15'204 (= 100%)	16'646 (= 100%)

2.2 Einzug in die Regierung und die zwanziger Jahre

Einzug in die Regierung

Mit den Wahlen des Jahres 1918 begann die bis heute andauernde Periode der Regierungsbeteiligung der Zuger SP: Gottlieb Haller wurde Regierungsrat, Heinrich Gallmann Zuger Stadtrat und Karl Heinzer Baarer Gemeinderat. Im Kantonsrat war die SP-Fraktion nun sieben Mitglieder stark.

Wahlaufruf der SP Baar 1918
(Zuger Wochenzeitung 21.12.1918)

Arbeiter von Baar!

Euer Aufmarsch vom letzten Sonntag hat mich gefreut.
Geht am Sonntag nochmals zur Urne!
Stimmt und unterstreicht geschlossen die

Allgemeine Arbeiter-Listen

und die

Sozialdemokratische Parteiliste.

Ein alter Freund der Baarer Arbeiterschaft.

Bevölkerung des Kantons Zug 1920-1941

Gemeinde	1920	1941
Zug	9'499	12'372
Baar	5'663	6'193
Cham	4'060	4'645
Steinhausen	560	787
Hünenberg	1'123	1'274
Risch	1'258	1'449
Walchwil	1'046	1'118
Unterägeri	2'787	2'969
Oberägeri	1'970	2'255
Menzingen	2'912	2'922
Neuheim	691	659
Total	31'509	36'643

Beschäftigte nach Branchen im Kanton Zug 1920-41

Branche	1920	1941
Landwirtschaft	3'719 (=24,5%)	3'380 (=20,3%)
Industrie, Handwerk, Baugewerbe	7'303 (=48,1%)	7'631 (=45,8%)
Handel, Banken, Versicherungen	673 (= 4,4%)	1'051 (= 6,3%)
Gastgewerbe, Verkehr	1'055 (= 6,9%)	1'027 (= 6,1%)
Uebrige	2'454 (=16,1%)	3'557 (=21,5%)
Total	15'204 (= 100%)	16'646 (= 100%)

2.2 Einzug in die Regierung und die zwanziger Jahre

Einzug in die Regierung

Mit den Wahlen des Jahres 1918 begann die bis heute andauernde Periode der Regierungsbeteiligung der Zuger SP: Gottlieb Haller wurde Regierungsrat, Heinrich Gallmann Zuger Stadtrat und Karl Heinzer Baarer Gemeinderat. Im Kantonsrat war die SP-Fraktion nun sieben Mitglieder stark.

Wahlaufruf der SP Baar 1918
(Zuger Wochenzeitung 21.12.1918)

Arbeiter von Baar!

Euer Aufmarsch vom letzten Sonntag hat mich gefreut.
Geht am Sonntag nochmals zur Urne!
Stimmt und unterschreibt geschlossen die

Allgemeine Arbeiter-Listen

und die

Sozialdemokratische Parteiliste.

Ein alter Freund der Baarer Arbeiterschaft.

Der Einzug von Sozialdemokraten in die Regierung wurde in der bürgerlichen Presse als grosses Unglück dargestellt, wie folgende Rückschau zeigt, die der damalige Regierungsrat Clemenz Meienberg Ende 1968 in der "Freien Innerschweiz" anlässlich der 50jährigen Regierungsbeteiligung der SP anstellte:

KANTON ZUG

Vor 50 Jahren Eintritt der Sozialdemokraten in den Stadtrat und Regierungsrat

Genau vor 50 Jahren, am 1. Januar 1919, haben im zugerischen Stadthaus und im Regierungsgebäude Sozialdemokraten Einzug gehalten, um im Stadtrat wie im Regierungsrat zum erstenmal mit der Stimme der Sozialdemokratie sich für ein besseres Los der Arbeiterschaft einzusetzen. Die Einwohnerratswahlen fanden am 15. Dezember und die kantonalen Wahlen (Ständerat, Regierungsrat und Kantonsrat) am 22. Dezember 1918 unmittelbar nach dem Generalstreik statt. Obwohl sie sonst immer im November stattfanden, wurden sie damals zufolge der außerordentlichen politischen Spannungen und zum Teil wegen den immer noch im Grenzbesetzungsdienst stehenden Truppen sowie wegen der großen Grippeepidemie um einen Monat verschoben.

Die Arbeiterschaft, die weder im Stadtrat noch im Regierungsrat vertreten war und sehr oft für ihre Belange wenig Verständnis fand, hatte bei den Wahlen 1918 ihre Ansprüche angemeldet und zwar nicht zur großen Freude der bürgerlichen Parteien.

Das «Zuger Volksblatt» meinte am 12. Dezember 1918, daß das Wohl und die Entwicklung der Stadt Zug der freisinnigen Mehrheit im Stadtrat zu verdanken sei. Mit dem Anspruch der extremen Sozialdemokraten sei die freisinnige Mehrheit gefährdet. Wörtlich schrieben sie:

«Ueber die Aussichten einer gedeihlichen Zusammenarbeit in der Stadtbehörde im Falle des Zustandekommens einer SP-Vertretung geben wir uns keinen Illusionen hin. Nach Erfahrungen in anderen Gemeinden bildet sie einen Hemmschuh. Das Hereintragen des Klassenkampfes in die Ratsgeschäfte bedeutet Sisyphusarbeit und die Erfahrung lehrt aus nächster Nähe und Vergangenheit, daß bei Behandlung sozialer Postulate die Arbeitervertreter im Ratssaale durch Abwesenheit ihr besonderes Interesse für die Arbeitersache bekunden. Man braucht keine Hetzer, Volksverführer, Umstürzler, Vaterlandsverleugner usw., sondern loyal denkende, weitsichtige und ruhige Männer, die urteilsfähig sind und die auch ein Verantwortungsgefühl besitzen.»

Die Sozialdemokraten hatten für den Stadtrat eine Zweierliste mit Kantonsrat Heinrich Gallmann, Bahnhofportier, und Jos. Köppli, Zugführer SBB, vorgeschlagen.

Trotz der Gift und Galle speienden bürgerlichen Propaganda wurde Heinrich Gallmann in den Stadtrat gewählt, was zur Folge hatte, daß die freisinnige Mehrheit der Vergangenheit angehörte. Auf der freisinnigen Liste blieb Dr. Albert Meyer, der bereits eine Amtsdauer dem Rate angehörte, auf der Strecke. Im freisinnigen Wahlkommentar schrieb man kurz und bündig: «Die Einwohnerschaft hat sich einen schlechten Dienst erwiesen.»

Aber schon 8 Tage später haben sie sich wie folgt getröstet: «Daß die Freisinnigen und die Arbeiter miteinander in der Stadt über die Mehrheit verfügen, bürgt dafür, daß die KK-Bäume nicht in den Himmel wachsen.»

Während 50 Jahren blieb das politische Verhältnis im Stadtrat mit 2-2-1 unverändert. Der Sozialdemokrat spielte das Zünglein an der Waage. Acht Tage nach den Stadtratswahlen kam es dann auch bei den Regierungsratswahlen zum sozialdemokratischen Erfolg. Gewählt wurde Gottlieb Haller, Zugführer, mit 663 Stimmen bei einem Mandatrest von 77. Aus der Wahl fiel der freisinnige Stadlin-Graf.

Auch bei diesem Vorstoß wurden die Sozialdemokraten nicht ohne Verleumdungen und gemeine Angriffe empfangen. So schrieben die ZN am 21. 12. 1918:

«Die Anstürme der Sozialisten bedrohen nicht nur Kirche, Schule und Vaterland, sondern auch den Besitz der Bauern und Korporationen.»

Seither sind 50 Jahre verflossen. Im Stadtrat haben Heinrich Gallmann, Dominik Iten, Kaspar Sigrist, Gustav Müller und Fritz Jost die Sozialdemokratie vertreten. Im Regierungsrat waren es Gottlieb Haller, Heinrich Gallmann, Kaspar Sigrist und C. Meienberg. Es sind in diesen 50 Jahren in unserem Staatsgehäuse weder «Dachstockbrände noch Fundamenteinbrüche» entstanden. Die Sozialdemokraten, die die Not im Volke besser als andere kannten und sich seither für die Belange des einfachen Mannes eingesetzt haben, haben andererseits sich am staatlichen Aufbau und Ausbau seit jeher aktiv beteiligt und nicht wenig am sozialpolitischen Ausbau der staatlichen Einrichtungen beigetragen. Die Mitwirkung der Minderheit in der Exekutive hat sich auch von der politischen Mehrheit aus gesehen bewährt.

Die Beteiligung der politischen Minderheit in der Exekutive war im Kanton Zug gewollt, im Gegensatz zu vielen andern Kantonen. Der Kanton Zug ist ein ausgesprochener Proporz-Kanton, so daß die Minderheiten bei Erreichung der Wahlzahl und im Gegensatz zum Mayorzsystem größere Chancen haben, in die Behörden einzuziehen zu können.

Die Sozialdemokratische Partei wird, wie im Bund, auch im Kanton Zug zu den historischen Parteien gezählt. Natürlich ist und kann nicht das Alter einer Partei maßgebend sein, sondern die Lebendigkeit und der Geist, der sich immer wieder zu prüfen hat. Sicher war der Kampf vor 50 Jahren für die Arbeiterschaft härter und fand eine viel tiefere Begründung. Seither hat die Sozialdemokratie, vereint mit den Gewerkschaften, im Kampf um die soziale Gerechtigkeit große Erfolge erreicht und dem Bürgertum abgerungen. Dennoch hat der demokratische Sozialismus auch in der Zukunft seine Aufgabe zu erfüllen und wachsam zu bleiben. Es wird der Arbeiterschaft auch in Zukunft nichts geschenkt werden. Sie wird sich nur durchsetzen können, wenn sie auch weiterhin darauf bedacht ist, in die Behörden ihre eigenen Wortführer abzuordnen.

-e-

Zusammensetzung der Zuger Behörden 1918-38

Regierungsrat Haller, der eine Gaststätte betrieb, zog im Jahre 1920 aus dem Kanton Zug weg. Für die Nachwahl nominierte die SP Stadtrat Gallmann. Er verlor indes die Wahl gegen den wild kandidierenden Neuheimer Liberalen Staub. Bei den Gesamterneuerungswahlen im Jahre 1922 eroberte die SP das Regierungsmandat mit Gallmann dank des Proporzwahlrechts zurück, Staub blieb auf der Strecke.

Nach 1923 veränderte sich die Zusammensetzung der Zuger Behörden nur noch wenig. Eine Ausnahme bildete der Sitzgewinn der SP im Baarer Einwohnerrat ab 1933, womit eine jahrzehntelange CVP-Mehrheit ihr Ende fand.

Regierungsrat 1919-38

1919-20	4	2	1
1921-22	4	3	0
1923-38	4	2	1

Zuger Stadtrat 1919-38

Amts-jahre	CVP	FDP	SP
1919-22	2	2	1
1923-26	3	1	1
1927-38	2	2	1

Gemeinderat Baar 1919-38

Amts-jahre	CVP	FDP	SP
1919-32	4	2	1
1933-38	3	2	2

Die Wirtschaftskrise 1921-22

Zu Beginn der zwanziger Jahre setzte in der Schweiz ein starker Konjunkturrückgang ein. Die Zahl der Arbeitslosen im Kanton Zug erreichte im Februar 1922 361, die Anzahl der Kurzarbeiter gegen tausend Personen. Die Arbeiterunion berief am 17. März 1921 eine **Protestversammlung** ein, welche unter dem Vorsitz von Heinrich Gallmann folgende Resolution verabschiedete:

"Die heutige Versammlung konstatiert, dass die wirtschaftliche Krise immer schärfer in Erscheinung tritt und die Zahl der Arbeitslosen auch im herwärtigen Kantonsgebiet von Tag zu Tag immer grösser wird. Sie stellt ferner fest:

- a) dass die heutige Lage eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, welche auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und diese daher nur durch die sozialistische Planwirtschaft überwunden werden kann;
- b) sie fordert für die Gegenwart als Milderung der Krise ein grundsätzliches Verbot der Entlassung von Unselbständigerwerbenden;
- c) die allgemeine Reduktion der Arbeitszeit für Betriebe mit ungenügenden Aufträgen, Wiedereinstellung aller bereits Entlassenen;
- d) Ausführung von Hoch-, Tiefbau- und Strassenarbeiten, sowie die Förderung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaues, unter Ansetzung eines den heutigen teuren Lebensbedingungen entsprechenden Arbeitslohnes.
- e) Ausbau der Arbeitslosenfürsorge im Sinne der Forderungen des Gewerkschaftsbundes;
- f) Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion;
- g) die Arbeiterschaft des Kantons Zug protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Erhöhung der Zölle, durch welche eine weitere Verschlechterung der Lage der arbeitenden Bevölkerung herbeigeführt wird.
- h) sie fordert ferner die Arbeiterschaft des Kantons Zug auf, sich der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteibewegung anzuschliessen, um mit vereinten Kräften den Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen erfolgreich durchführen zu können."

(Krise im Kanton Zug. Nichts Neues, S. 45)

Volksinitiative für eine Vermögensabgabe

1922 kam die Volksinitiative für eine Vermögensabgabe, die die SP zwecks Beteiligung der Besitzenden an der versprochenen AHV lanciert hatte, zur Abstimmung. Davon wären nur 0,6% der Steuerpflichtigen betroffen worden, allerdings mit Steuertarifen von 8%-46%. Trotzdem war die Nein-Kampagne von bürgerlicher Seite ausserordentlich heftig, wie das folgende Beispiel zeigt:

Inserat gegen die Vermögensabgabe
(Zuger Wochenzeitung vom 2.12.1922)

Gesucht.

Auf den 2. und 3. Dezember eine große Anzahl

rote Schafspelze

für falsche Propheten

welche die Dummen zum „Ja“ schreiben verführen wollen.

Nur Judenware wird bezahlt.

Nathan Mopskowitz & Cie.
Jubengasse, Moskau, No. 00

Die Vermögensabgabe wurde in der Schweiz (bei der höchsten bei Abstimmungen je erreichten Stimmbeteiligung von 86,3%!) mit einem Nein-Stimmenanteil von 87% abgelehnt. Im Kanton Zug betrug der Anteil der Nein-Stimmen sogar 89,3%, in der Stadt Zug 80%. Die Kommentare über die Abfuhr der Initiative in der bürgerlichen Presse waren denn auch sehr deutlich:

Baarer Abstimmungskommentar
(Zuger Wochenzeitung vom 9.12.1922)

Baar. Der 3. Dezember, die Abstimmung über die Vermögensabgabe, brachte von 1450 Stimmberechtigten 1171 zur Urne; 182 stimmten mit Ja, 984 mit Nein. Drücken wir diese Zahlen in Prozenten aus! 81% nahmen an der Abstimmung teil; davon stimmten 84% mit Nein und 16% mit Ja.

Auf den ersten Blick ist dies ein schönes Resultat. Wenn wir es aber mit andern Gemeinden vergleichen, so stehen wir in jeder Beziehung weit zurück. Einige Beispiele mögen das beweisen:

Im benachbarten Hütten gingen alle 172 Stimmberechtigten zur Urne und alle stimmten Nein. — In der luzernischen Landgemeinde Luthern stimmten von 467 Stimmberechtigten 465 und alle mit Nein. Kuswil brachte 1120 Nein gegen 7 Ja auf, Entlebuch 699 Nein gegen 1 Ja, Schüpfheim 818 Nein gegen 3 Ja, Escholzmatt 790 Nein und kein Ja, überall bei einer Beteiligung von 97—99%. Auch in den Gemeinden Sulz, Söhrenberg und Mauensee nahmen alle Stimmberechtigten, also 100%, an der Abstimmung teil. Ebenso sind im Saanebezirk des Kantons Freiburg in 26 Gemeinden 100% zur Urne gegangen, und im Kanton Zugern hatten 40 Gemeinden kein einziges Ja. Gut ab vor solchen Schweizern! Diese wissen noch, was Bürgerpflicht ist.

Waldfest in Baar 1923
(Zuger Wochenzeitung 25.8.1923)



Arbeiter-Vereinigung Baar.

Arbeiterturnverein, Arbeiterradfahrerverein
Sozial-demokr. Partei, Textilarbeiterverband
Sektion Baar

Waldfest

Sonntag den 26. August 1923

auf Wieshalben.

Beginn mittags 1 Uhr

Programm:

Musik; Referat v. Genosse Schnurrenberger,
Textilarbeitersekretär; Turnproduktionen;
Glücksrad, Ballenwerfen, Kinderbelustigung

Regie-Wirtschaftsbetrieb

Die Vereine besammeln sich 12¹/₂ Uhr im „Matenrißli“
zwecks gemeinsamen Abmarsch.

Zu recht zahlreichem Besuche laden ein

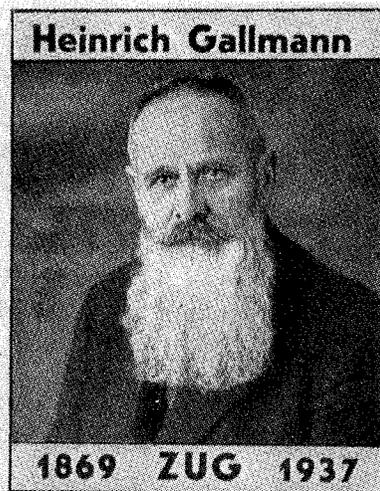
858

Die obgenannten Vereine.



Prägende Persönlichkeiten

Die herausragenden Persönlichkeiten der SP der zwanziger und dreissiger Jahre waren Regierungsrat Gallmann und SMUV-Sekretär Friedrich Fischer. Fischer war 1922-44 Kantonsrat und 1925-32 Oberrichter. Im Unterschied zu Fischer galt Gallmann als "besonnener" Sozialdemokrat. Er war eine markante Persönlichkeit, wie das folgende Bild auf einer SP-Gedenkmarke, die als Quittung für freiwillige Parteibeiträge abgegeben wurde, zeigt:



Heinrich Gallmann (1869-1937)

Gallmann war vier Jahre Stadtrat in Zug und 1923-1937, also bis zu seinem Tode, Regierungsrat. Dem Kantonsrat gehörte er 1916-1934 an, damals war es noch üblich (und noch erlaubt!), dass ein Regierungsrat auch dem Kantonsrat angehörte. Es wird berichtet, dass Gallmann eine eifersüchtige Frau hatte, die ihn - sehr zu seinem Unwillen - an alle abendlichen Sitzungen begleitet habe.

2.3 Die Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre

Die dreissiger Jahre waren Krisenjahre. Die Anzahl der Arbeitslosen im Kanton Zug erreichte auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1935 578 Personen (= 4,4% der unselbständig Erwerbstätigen). Lohnabbau und Entlassungen waren an der Tagesordnung. Die Arbeiter entworteten darauf mit Streiks, so in der Verzinkerei (1932/33), in der Spinnerei Aegei und im Gaswerk Zug.

Die **Sozialdemokraten** versuchten auf allen Ebenen, die Krise zu lindern. Zusammen mit dem SGB wurde die **eidg. Kriseninitiative** lanciert, welche vor allem Arbeitsbeschaffungsmassnahmen vorsah. Sie wurde unter massiver bürgerlicher Gegenpropaganda im Jahre 1935 verworfen. Im Kanton Zug konnte die SP im Jahre 1933 mittels einer **Volksinitiative** einen **gesetzlichen Mindestlohn** von 1.10 Fr. pro Stunde für Verheiratete (1 Fr./Std. für Ledige) durchsetzen, um der Lohndrückerei bei Notstandsarbeiten zu begegnen. Zwei Jahre später wurde auf Veranlassung der SP die Krisenhilfe, eine maximal 90 Tage dauernde Arbeitslosenunterstützung, eingeführt. In Zug und Baar wurde die Subventionierung der privaten Arbeitslosenkassen erreicht.

Repression gegen einzelne

Die Wirtschaftskrise machte es für engagierte Arbeiter schwieriger, offen ihre Meinung zu sagen. Ein Beispiel dafür ist Ruedi Meier, der in der Landis & Gyr als Schlosser arbeitete und seit 1933 Kantonsrichter war. Wegen seiner Artikel im "Arbeiterblatt" wurde er 1935 entlassen. Er fand als Schlosser keine Arbeit mehr; schliesslich wurde er Sekretär der Gewerkschaft VHTL in Zürich.

Protestversammlung mit Robert Grimm

Am 14. März 1933 sprach Robert Grimm über die Wirtschaftskrise in Zug. Die Versammlung verabschiedete dabei folgende Resolution:

Die Volksversammlung vom 14. März 1933 in der Burgbachturmhalle in Zug besucht von über 1000 Arbeitern und Angestellten, protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die *verfassungswidrigen Fiskalzölle* (Zölle auf Tee, Kaffee, Mais etc.), welche die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes verteuern. Sie verlangt von Bundesrat und Bundesversammlung, dass sie sich an die Verfassung halten und diese Zölle der Volksabstimmung unterbreiten

Die Versammlung bewahrt sich gegen die geistige Bevormundung durch die Organe des schweizerischen Rundspruchs. Sie protestiert energisch gegen die Nichtzulassung der Gedenkrede für Karl Marx.

Die Versammlung fordert zur Arbeitsbeschaffung und zur Linderung der Not der Krisenopfer die *Krisensteuer*, die gerechterweise die höchsten Einkommen und Vermögen belasten und die kleinen Einkommen frei lassen soll. Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe gegen die Massnahmen der zugerischen Regierung im *Streike der Verzinkerei-Arbeiter*. Sie verlangt von der Regierung eine Korrektur jenes Beschlusses, nach welchem drei junge Arbeiter des Landes verwiesen wurden.

(Arbeiterblatt, 17. März 1933)

Arbeiterlandsgemeinde 1934 in Zug

"Am Sonntag, dem 23. September 1934, fand in der ganzen Schweiz ein "Tag der Arbeit" statt. ... Die Innerschweizer Sozialdemokraten und Gewerkschafter versammelten sich zu ihrer Arbeiterlandsgemeinde auf der Zuger Allmend. 4000 waren gekommen und hörten sich ein Referat gegen die Wirtschaftskrise und für die Kriseninitiative (an). ... Vor der Arbeiterlandsgemeinde zogen 3000 Personen mit zahlreichen Transparenten wie "Für Arbeit und Brot", "Gegen jeden Preis- und Lohnabbau", "Für grosszügige Arbeitsbeschaffung", "Gegen die Entstaatlichung der SBB" und begleitet von fünf Musikvereinen durch die Stadt - der grösste Demonstrationenzug, den Zug bisher gesehen hat."

3 Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart

3.1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

In den Jahren 1941-1980 verdoppelte sich die Bevölkerung des Kantons Zug und wuchs seither weiter an. Nach Zug überschritten auch Baar und Cham die Marke von 10'000 Einwohnern und gelten damit als Stadt. Besonders markant war der Einwohnerzuwachs von Steinhausen, in den letzten Jahren auch von Hünenberg, Neuheim und Rotkreuz.

Die Landwirtschaft verlor in den letzten vierzig Jahren stark an Bedeutung und gibt momentan noch etwa jedem zwanzigsten Erwerbstätigen sein Auskommen.

In Industrie, Handwerk und Baugewerbe nahm die Anzahl der Beschäftigten laufend zu; im Verhältnis zur gesamten Erwerbsbevölkerung ist indes ein leichter Rückgang festzustellen. Expandiert hat der Dienstleistungssektor, vor allem Banken, Handel und Versicherungen. Hauptmotor der Entwicklung waren unzweifelhaft die ausländischen Firmen (Ende 1987 gab es im Kanton Zug total 11'706 AG's, Holdings und Domizilgesellschaften), die sich aufgrund der Steuervorteile im Kanton Zug niederliessen. Sie lösten nicht nur einen Boom bei Banken, Rechtsanwälten und Treuhändern aus, auch das Baugewerbe, die Immobilienfirmen und der Detailhandel (Einkaufszentren Zugerland, Metalli usw.) wurden mitgerissen. Das Zuger Wirtschaftsklima ist seit Jahren überdurchschnittlich - eine Ausnahme bildeten allerdings die Krisenjahre 1975/76, als es plötzlich über 400 Arbeitslose und gegen 4000 Kurzarbeitende gab.

Bevölkerung des Kantons Zug 1941-1987

Gemeinde	1941	1960	1980	1987
Zug	12'372	19'792	21'609	22'044
Baar	6'193	9'114	15'196	15'617
Cham	4'645	6'483	9'275	10'237
Steinhausen	787	1'621	6'082	7'185
Hünenberg	1'274	1'492	4'105	5'523
Risch	1'449	2'038	3'988	5'319
Walchwil	1'118	1'400	2'181	2'567
Unterägeri	2'969	3'832	5'371	5'920
Oberägeri	2'255	2'656	3'563	3'718
Menzingen	2'922	3'340	3'564	3'664
Neuheim	659	721	996	1'477
Total	36'643	52'489	75'930	83'271

**Erwerbstätigkeit nach Branchen im Kanton Zug
1941-1980**

Wirtschaftszweig	1941	1980
Landwirtschaft	3'380 (20,3%)	1'688 (= 4,6%)
Industrie, Bau- und Handwerk	7'631 (=45,8%)	15'554 (=42,1%)
Handel, Banken Versicherungen	1'051 (= 6,3%)@	7'751 (=21,0%)
Gastgewerbe, Verkehr	1'027 (= 6,1%)	2'526 (= 6,8%)
übrige	3'557 (=21,5%)	9'438 (=25,5%)
Total	16'646 (= 100%)	36'957 (= 100%)

Die Arbeitsplätze konzentrieren sich vor allem auf die Stadt Zug, während die meisten Gemeinden hauptsächlich Wohngemeinden sind (vor allem Steinhausen, Hünenberg, Neuheim). Die Trennung von Arbeitsplätzen und Wohnungen verursacht sehr viel Berufsverkehr, wozu zum grossen Teil das Privatauto benutzt wird. Verkehrsstaus vor Arbeitsbeginn und nach Arbeitsschluss auf den Hauptverkehrsachsen sind die Folge.

Seit Mitte der achtziger Jahre wurde der öffentliche Verkehr mit grossem Einsatz (neue Buslinien, bessere Fahrpläne, "Zuger Pass") ausgebaut. Spätestens die Volkszählung 1990 wird zeigen, ob sich dies auch bei der Wahl des Verkehrsmittels im Berufsverkehr ausgewirkt hat.

Die 20 grössten Zuger Firmen

(Der Kanton Zug, SGB-Schriften Nr. 101, S. 37)

Die 20 grössten Arbeitgeber im Kanton Zug

Tabelle 9

Firmen	Beschäftigte ¹	Firmen	Beschäftigte ¹
Landis & Gyr Zug AG, Zug	4881	Papierfabriken Cham-Tenero AG, Cham	330
V-Zug AG, Zug	1015	Klinik Liebfrauenhof, Zug	311
Lego AG, Baar	635	Spinnerei an der Lorze, Baar	276
PTT (ganzer Kanton, alle Dienste)	516	SBB (ganzer Kanton, alle Dienste)	250
Kantonsspital, Zug	507	Spital und Pflegezentrum, Baar	248
Crypto AG, Steinhausen	449	PPC Electronic AG, Cham	244
Bossard AG, Zug	419	Metro International AG, Baar	236
Zuger Kantonalbank, Zug	403	Institut und Lehrerinnenseminar, Menzingen	227
Tegimenta AG, Rotkreuz	340	Schweizerische Bankgesellschaft, Zug	225
Franz Rittmeyer AG, Zug	333	Marc Rich & Co AG, Zug	210

¹ Personalbestand Ende 1985 von allen Arbeitsstätten im Kanton Zug (inkl. Teilzeitangestellte und Lehrlinge)

Quelle: Zuger Industrie-Verband, Jahresbericht 1985; SGB-Umfrage vom August 1986

3.2 Die SP im Aufwind 1943-1946

Erfolg bei den Nationalratswahlen 1943

Während des Zweiten Weltkriegs erlebte die SP einen starken Aufschwung. Mit der "Neuen Schweiz" hatte sie auch eine programmatische Grundlage dazu geschaffen. 1943 erlebte sie ihren grössten Wahlerfolg mit 56 Nationalratssitzen. **Ernst Nobs** wurde **erster SP-Bundesrat**.

Auch im Kanton Zug ging es mit der SP steil aufwärts. **Fritz Jost**, seit 1941 Stadtrat, kandidierte für den **Nationalrat** und wurde als erster Zuger Sozialdemokrat gewählt.

Wahlzettel

für die

Nationalratswahlen des Kantons Zug

vom 31. Oktober 1943

Liste 3

Sozialdemokratische Liste

Herr Stadtrat **Jost Fritz**, Zug

Herr Stadtrat **Jost Fritz**, Zug

Erneuerung des WWZ-Konzessionsvertrags

1943 lief die Konzession aus, die die Stadt Zug den Wasserwerken Zug AG (WWZ) für die alleinige Lieferung von Wasser, Gas und Strom erteilt hatte. Für die SP war klar, dass die WWZ in städtische Hand überzugehen hatten. Sie setzte sich denn auch an der Gemeindeversammlung vom 28.11.1943 energisch dafür ein. Als Retourkutsche wurde **Fritz Jost** von der Generalversammlung der WWZ-Aktionäre am 11. Dezember 1943 nicht in den Verwaltungsrat gewählt, obwohl er vom Stadtrat als Vertreter der Stadt vorgeschlagen wurde!

Bericht über die Erneuerung des WWZ-Konzessionsvertrags (Freie Innerschweiz, 30.11.1943)

Kanton Zug

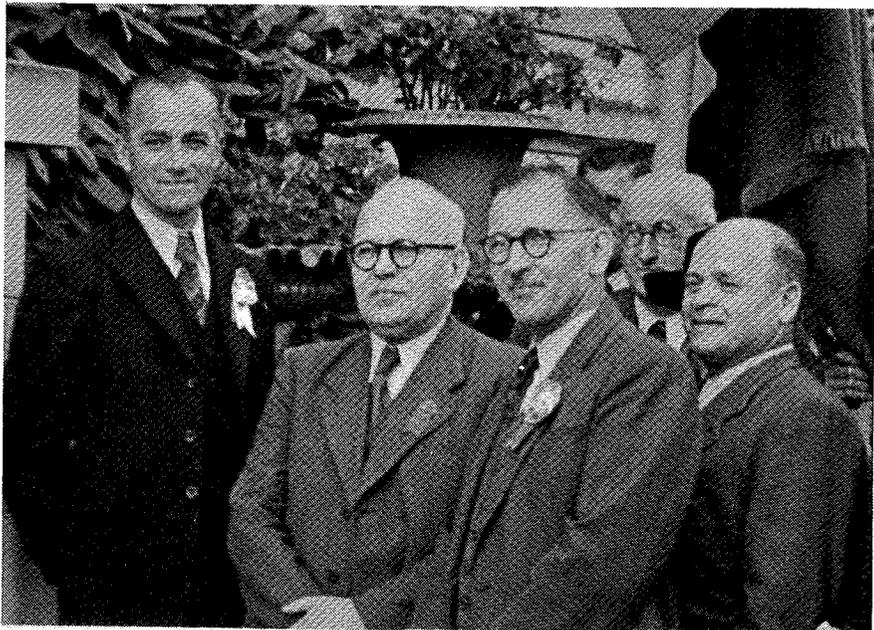
Zug. — Einwohnergemeinde-Versammlung vom 28. November 1943. Die sehr stark besuchte Einwohnergemeindeversammlung nahm Stellung zum Antrag des Stadtrates für die Konzessionserteilung an die Wasserwerke. Nach reichlich gewalteter Diskussion, in der sich besonders die Genossen **Fischer Fr.**, **Meienberg El.**, Regierungsrat **Sigriff** und Stadtrat **Fr. Jost** gegen den Konzessionsvertrag sprachen, beschloß sie mit 662 Ja gegen 364 Nein Zustimmung zum stadträtlichen Antrag.

Dieser Gemeindeversammlung ging eine lebhaftere Propaganda, besonders der Aktionäre voraus, die mit ältesten Ladenhütern wieder auftraten, mit denen man in Zug nicht verlegen ist. Und sie ließen sich auch von keinen Kosten abschrecken, was sehr begreiflich ist. Nun sind die Aktionäre wieder für 30 Jahre ihres Besitzes gesichert, wenn nicht etwa ein zu starker „Ostwind“ in alle diese Aktien etwas Unordnung bringt. Daß der sogenannte „neutrale“ Gewerbeverein mit so schönen parteipolitischen Aufrufen in der Zuger Presse zeichnete, ist bedauerlich und sollte jeden sozialdemokratischen Gewerbler zur Ueberlegung veranlassen.

Arbeiterlandsgemeinde 1946

Die grösste Kundgebung, die die SP und die Gewerkschaften im Kanton Zug je durchführten, war die Inner-schweizer Arbeiterlandsgemeinde vom 29. September 1946 in Zug. 5000 Personen hörten sich nach einem Umzug durch die Innenstadt auf dem Postplatz die Reden von Bundesrat Nobs und vom Solothurner Ständerat Klaus an.

Arbeiterlandsgemeinde 1946 in Zug
(v.l.n.r. C. Meienberg, Bundesrat E. Nobs,
F. Jost, H. Kräuchi, O. Lienberger)



Wahlerfolge 1946

Bei den kantonalen Wahlen des Jahres 1946 stellte die SP als Regierungsräte den amtierenden Caspar Sigrist und den Kantonsratspräsidenten Clemenz Meienberg auf. Beinahe wären zwei Mandate errungen worden, es fehlten lediglich 314 Listenstimmen (= 3,6 % der Stimmenden). Im Kantonsrat konnte die Vertretung von 9 auf 14 Sitze gesteigert werden. Erstmals konnte in der Gemeinde Unterägeri durch Albert Siegfried ein Kantonsratsmandat gewonnen werden. Siegfried wurde gleichzeitig auch in den Einwohnerrat gewählt. Ebenso konnte in Cham ein Einwohnerratssitz durch Samuel Fischer erobert werden.

Die SP des Kantons Zug ist stärker geworden (Freie Innerschweiz, 25.2.1947)

Im großen Saale des Restaurants „Neudorf“ in Cham eröffnete am Sonntagnachmittag, den 23. Februar, Vizepräsident J. Hug, Baar, den ordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zug. Mit großer Freude wird die seit dem letzten außerordentlichen Parteitag vom 27. Oktober 1946 neugegründete Sektion Menzigen in die Kantonalpartei aufgenommen. Als Tagespräsident wird Nationalrat Fris Jost gewählt, der die Tagung in gewohnt speditiver Weise leitet.

Berichte und Rechnung.

Aus dem Berichte der Geschäftsleitung geht hervor, daß im Jahre 1946 eine große Arbeit bewältigt wurde, die denn auch bei den Gemeinde- und den kantonalen Wahlen ihre Früchte trug. Zugleich gelang es im abgelaufenen Jahre, zwei neue Parteisektionen in Unterägeri und in Walchwil zu gründen, denen am 4. Januar 1947 die Sektion Menzigen folgte. Die Mitgliederzahl konnte erheblich gesteigert werden und die Kantonalpartei steht heute stärker und gefestigter da denn je, dies geht auch aus der anschließenden Diskussion hervor, in der die Regierungsratswahlen zur Sprache kommen. Einmütig wird der diesbezügliche Beschluß des Parteivorstandes gebilligt und der Jahresbericht genehmigt.

Ein berechtigter Ausschluß.

Seit den kantonalen Wahlen hat das Mitglied Jakob Trunninger, Zug, in Briefen und an Versammlungen schwere, absolut unberechtigte Vorwürfe gegen verschiedene aktive Genossen erhoben, die eine schwere Schädigung der Partei bedeuten. Auch am Parteitag führt sich Trunninger so auf, daß der Parteitag nach ausgiebiger Diskussion darauf die einzig richtige Antwort erteilt: mit allen gegen null Stimmen wird Trunninger aus der Partei ausgeschlossen.

Für das neue Steuergesetz.

Mit kurzen Worten begründet Genosse Regierungsrat Meienberg die Zustimmung zum neuen Steuergesetz. Er unterstreicht die Revisionsbedürftigkeit des alten Gesetzes und erläutert gründlich die sozialen Vorzüge der neuen Vorlage. Als Verständigungsvorlage haben alle Kreise das möglichste herausgeholt und es mußte auch allen Schichten Rechnung getragen werden. Die Industrie hat das Referendum forciert. In der Spitze einiger Referendumsbögen stehen Fabrikdirektoren, denen dann die Firmaangestellten folgen. So durchwegs bei den großen Betrieben. Die Kapitalisten drohen mit Wegzug, weil sie stärker erfaßt werden. Darum sind die Großen dagegen. Diese wollen eine vermehrte Besteuerung der Werttätigen. Aus diesem Grunde möchten sie das neue Steuergesetz bachab schicken. Wir Arbeiter sehen darin aber eine vermehrte Steuergerechtigkeit, darum sehen wir uns entschieden für die Annahme des Gesetzes ein. Es geht um uns, wie am 16. März abgestimmt wird.

Das Referat wird mit kräftigem Beifall verdankt und ohne Opposition beschließt der Parteitag die Zustimmung zum Steuergesetz, nachdem auch Genosse Fischer (Cham) dieses empfohlen hat. Damit kann Genosse Friz Soft den Parteitag in Einstimmigkeit und Geschlossenheit schließen. Auch bei den künftigen eidgenössischen Abstimmungen über „Wirtschaftsreform und Recht der Arbeit“, über die Altersversicherung und Wirtschaftsartikel wird die Zuger Arbeiterschaft geschlossen marschieren.

SP strebt Mehrheit in Baar an!

In Baar war die SP traditionell stark. Sie besass seit den dreissiger Jahren eine Zweiervertretung im Gemeinderat und erreichte bei den gemeindlichen Wahlen 1934 einen Wähleranteil von 27,4%. 1946 ging die SP aufs Ganze. Unter dem Motto "Mir wänd putze" wurden vier Kandidaten für den Einwohnerrat aufgestellt, um die Mehrheit erringen zu können. Der Wahlkampf wurde sehr intensiv geführt, wie das Spottgedicht "Ottimoschenko" und die Stellungnahme der Konservativen zeigen. Der Erfolg blieb aus: Trotz eines Rekordwähleranteils von 35,5% wurde das dritte Vollmandat knapp, nämlich um 29 Listenstimmen, verpasst. Damit war auch der Traum von der Mehrheit aus.

Wahlkampf 1946 in Baar

(Zuger Nachrichten, 9.11.1946)

Baar. (Eingel.) Warum, o Timoschenko, so nervös wegen dem Wetterfählein? Erinnerst Du Dich sicher noch, wie in der Zeit, als Nazi-Deutschland noch in der Mai-blüte seine Macht stand, rote Führer meinten, der Bundesrat sollte die schweizerische Neutralität neu ausrichten? Nordwind!

Und heute? Nur ein Beispiel: Die „Berliner Tagwacht“, das offizielle Publikationsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz (die Du sicher auch liest!) verteidigt die russischen Deportationen. In einem Leitartikel „Deportationen oder Reparationen?“ verjicht die „Tagwacht“ nämlich nichts weniger als die These: Die Verschleppung deutscher Spezialarbeiter durch die Russen stellen keine Deportationen dar, sondern sind einfach eine Form von Reparationsleistungen! Ostwind!

Nervosität und Aufregung schadet, Ottimoschenko, Deiner Gesundheit, die zu erhalten für den weitem Wahlkampf noch notwendig ist.

Ottimoschenko, der Rattenfänger.

Es lebt ein Rattenfänger
Im schönen Lande Baar,
Spielt kräftig mit der Fiedel
Der Töne wunderbar.

Der Töne aus dem Osten,
Aus einem roten Buch:
Die Mehrheit ist uns sicher,
Dem Bürgertume Fluch!

Garaus den Konservativen,
Garaus dem Christentum!
Tod, dreimal Tod den Pfaffen,
So braust der rote Sturm.

Wer christlich denkt und bieder
Lacht er ins Angesicht,
Voll Spott sind seine Lieder:
Nen Himmel gibt es nicht.

Laßt uns die Macht erwerben
Mit Fleiß von Stadt und Land
Dann leben wir wie Erben
Und üben starke Hand.

Vorschriften für den Bauern,
Daß er darunter ächzt,
Staatssozialismus ist es
Nach dem der Rote lechzt.

Verstaatlichung von allem,
Was heut der Bürger werkt,
Bankrott dem jek'gen Staate,
Bis er die Beine streckt.

Die Steuerschraube dreher,
Sich um und um mit Nachr,
Es steigen die Ausgaben
Bis daß der Boden kracht. —

Erwachet drum, o Bürger!
Abt ja das Stimmrecht aus!
Pflanzt a u f die sich're Wache
Vor dem Gemeindehaus.

Hoch flieg' der Rattenfänger
Otti Timoschenko!
Zu rot bist uns als Sänger,
Drum magst in Baar nef ko!

Aufruf der Konservativen Volks- und Arbeiterpartei Baar

(Zuger Nachrichten 9.11.1946)

(Korr.) Die Kampfeswahlen für den Einwohnerrat nähern sich der Entscheidung. Ein Kräfteaufwand des Stimmvolkes vollzieht sich, wie wohl selten bei einer gemeindlichen Abstimmung. Nach jahrelanger, verhältnismäßiger Ruhe folgt nun eine gründliche Auseinandersetzung und Stärkemessen der Parteien. Die Bürgerschaft von Baar steht dem Ansturm der machthungrigen Sozialistischen Partei gegenüber. Die konservative Volkspartei, die 70 Jahre lang führend am Wohlergehen des Gemeindehaushaltes Anteil genommen, die soll sich nun fürderhin erst recht bewähren, in dem Moment, wo Leute in die Gemeindebehörde ziehen sollen, über deren Fähigkeiten man sich wirklich ein Fragezeichen stellen kann. Als solide bürgerliche Partei ist die konservative Volks- und Arbeiterpartei im besonderen auch Vertreterin der christlichen Weltanschauung. Der Einfluß positiven Christentums soll nach wie vor Lebenselement sein in der Regierung eines Volkskreises und das liegt einer mehrheitlich katholischen Gemeinde ganz besonders nahe.

Leute, die guter Sitte, Kultur und Religion keinen Teufel darnach fragen, können für unser Volk als Behörde nicht in Frage kommen. Wo die Religion schon aus der Schulstube verbannt sein soll — und diese Tendenz besteht auch hier in Baar — da muß sich die gesamte, recht denkende Wählerschaft in entschiedene Abwehr setzen.

Unsere Kandidaten dürfen sich zudem auch sehen lassen. In ständiger Verbundenheit mit dem Volke, vorab auch mit der Arbeiterschaft, persönlicher, einwandfreier Lebensführung, bieten diese beste Gewähr für die Verwaltung der Gemeinde.

Am Samstag und Sonntag einen lückenlosen Aufmarsch zur Erfüllung der Stimmabgabe, durch Unterstreichung des Titels

3.3 Die fünfziger und sechziger Jahre

Rückschlag bei den Wahlen 1950

Die Zeit des Aufwinds war von kurzer Dauer. Bereits 1947 wurde das Nationalratsmandat verloren. 1950 konnten zwar alle Gemeinderatssitze gehalten werden, die Vertretung im Kantonsrat sank indes von 14 auf 11 Mitglieder. Dieser Rückschlag äusserte sich auch organisatorisch: Die 1946/47 neu gegründeten Sektionen Walchwil, Menzingen und Rotkreuz mussten aufgelöst werden, die SP konnte sich einzig in Unterägeri und Steinhausen dauernd etablieren.

Zur politischen Tätigkeit 1945-1970

Im Kantonsrat wurde 1945 eine Motion von Paul Heusser für ein Feriengesetz erheblich erklärt. Daraus entstand (allerdings erst nach Volksabstimmung, die die Freisinnigen herbeigeführt hatten) das Zuger Feriengesetz, welches den Arbeitnehmern erstmals einen Rechtsanspruch auf bezahlte Ferien sicherte. Verbesserungen wurden sodann bei den Sozialversicherungen (Obligatorium der Krankenkasse, Altersfürsorge) und den Stipendien angestrebt und teilweise auch schon erreicht. Der Kampf um die Korrektur des Wahlgesetzes (bisher erhielt immer die grösste Partei die Restmandate, was hauptsächlich die CVP bevorzugte) führte erst in den sechziger Jahren zum Erfolg. Die politische Stärke blieb 1950-70 in etwa konstant, eidnen herben Rückschlag gab es indessen in Unterägeri, wo 1962 der Gemeinde- und der Kantonsratssitz verlorengingen.

Dass die SP-Vertreter zuweilen von ihren Arbeitgebern "massiert" wurden, zeigt das folgende Beispiel aus der "Freien Innerschweiz" vom 6.1.1962 (die Rede ist von Dr. A.C. Brunner von der Landis & Gyr!).

Schlechte Betragensnoten (Freie Innerschweiz 6.1.1962)

erhielt ein zugerischer Kantonsrat im Bericht der «Zuger Nachrichten» über die letzte Kantonsrats-sitzung,

Wenn es sich bei diesem Kantonsrat um einen Arbeiter handeln würde, dann würde dies mit mangelnder Bildung entschuldigt. Mit Genug-tuung darf konstatiert werden, daß die Arbeiter-, aber auch landwirtschaftliche Vertreter im Kan-tonsrat sich der parlamentarischen Gepflogenhei-ten und reglementarischen Pflichten bewußt sind, so daß u. W. noch nie eine Zurechtweisung durch den Präsidenten erfolgen mußte.

Dieser von der «ZN» apostrophierte Kantonsrat hätte zwar als Pfarrerssohn und kraft seines aka-demischen Titels und erst recht noch dank seiner einflußreichen wirtschaftlichen Stellung alle Vor-aussetzungen für die Bekleidung eines öffentli-chen Amtes. Doch setzt dies trotz Rang, Würde und Reichtum ein disziplinelles Einordnen in einen parlamentarischen Betrieb voraus.

Das oft temperamentvolle und phonstarke Auf-treten des betreffenden Kantonsrates hat uns al-lerdings weniger berührt als die ZN. Es berührt uns dann noch weniger, wenn er sich mit seinen eigenen Parteifreunden auseinandersetzt.

Was wir weniger schätzen, das sind gewisse Beeinflussungsmethoden, die sich der Herr Fa-brikdirektor gegenüber seinen im Betrieb tätigen Kantonsräten verschiedener Fraktionen erlaubt. Wenn er sich mit einem ihm naheliegenden kan-tonsrätlichen Geschäft befaßt, dann werden die Herren Kantonsräte zu sich beordert, um diesen seine «allein richtige» Meinung einzupflanzen.

Solche Methoden, die fast an Gesinnungsferro-grenzen, schätzen die Arbeitnehmer-Kantonsräte nicht. Sie sind, auch wenn es sich nur um Ango-stellte oder Arbeiter handelt, überlegungsreif ge-nug, um zu den kantonsrätlichen Geschäften und zu öffentlichen Fragen objektiv und der eigenen Gesinnung und Idealen entsprechend Stellung zu nehmen.

In öffentlichen Fragen kann auf Direktiven aus einem Direktorstuhl verzichtet werden.

Wir hoffen, daß dieser Neujahrswunsch höher-zigt wird.

3.3 Die fünfziger und sechziger Jahre

Rückschlag bei den Wahlen 1950

Die Zeit des Aufwinds war von kurzer Dauer. Bereits 1947 wurde das Nationalratsmandat verloren. 1950 konnten zwar alle Gemeinderatssitze gehalten werden, die Vertretung im Kantonsrat sank indes von 14 auf 11 Mitglieder. Dieser Rückschlag äusserte sich auch organisatorisch: Die 1946/47 neu gegründeten Sektionen Walchwil, Menzingen und Rotkreuz mussten aufgelöst werden, die SP konnte sich einzig in Unterägeri und Steinhausen dauernd etablieren.

Zur politischen Tätigkeit 1945-1970

Im Kantonsrat wurde 1945 eine Motion von Paul Heusser für ein Feriengesetz erheblich erklärt. Daraus entstand (allerdings erst nach Volksabstimmung, die die Freisinnigen herbeigeführt hatten) das Zuger Feriengesetz, welches den Arbeitnehmern erstmals einen Rechtsanspruch auf bezahlte Ferien sicherte. Verbesserungen wurden sodann bei den Sozialversicherungen (Obligatorium der Krankenkasse, Altersfürsorge) und den Stipendien angestrebt und teilweise auch schon erreicht. Der Kampf um die Korrektur des Wahlgesetzes (bisher erhielt immer die grösste Partei die Restmandate, was hauptsächlich die CVP bevorzugte) führte erst in den sechziger Jahren zum Erfolg. Die politische Stärke blieb 1950-70 in etwa konstant, eidnen herben Rückschlag gab es indessen in Unterägeri, wo 1962 der Gemeinde- und der Kantonsratssitz verlorengingen.

Dass die SP-Vertreter zuweilen von ihren Arbeitgebern "massiert" wurden, zeigt das folgende Beispiel aus der "Freien Innerschweiz" vom 6.1.1962 (die Rede ist von Dr. A.C. Brunner von der Landis & Gyr!).

Schlechte Betragensnoten (Freie Innerschweiz 6.1.1962)

erhielt ein zugerischer Kantonsrat im Bericht der «Zuger Nachrichten» über die letzte Kantonsratssitzung,

Wenn es sich bei diesem Kantonsrat um einen Arbeiter handeln würde, dann würde dies mit mangelnder Bildung entschuldigt. Mit Genugtuung darf konstatiert werden, daß die Arbeiter, aber auch landwirtschaftliche Vertreter im Kantonsrat sich der parlamentarischen Gepflogenheiten und reglementarischen Pflichten bewußt sind, so daß u. W. noch nie eine Zurechtweisung durch den Präsidenten erfolgen mußte.

Dieser von der «ZN» apostrophierte Kantonsrat hätte zwar als Pfarrerssohn und kraft seines akademischen Titels und erst recht noch dank seiner einflußreichen wirtschaftlichen Stellung alle Voraussetzungen für die Bekleidung eines öffentlichen Amtes. Doch setzt dies trotz Rang, Würde und Reichtum ein disziplinelvolles Einordnen in einen parlamentarischen Betrieb voraus.

Das oft temperamentvolle und phonstarke Auftreten des betreffenden Kantonsrates hat uns allerdings weniger berührt als die ZN. Es berührt uns dann noch weniger, wenn er sich mit seinen eigenen Parteifreunden auseinandersetzt.

Was wir weniger schätzen, das sind gewisse Beeinflussungsmethoden, die sich der Herr Fabrikdirektor gegenüber seinen im Betrieb tätigen Kantonsräten verschiedener Fraktionen erlaubt. Wenn er sich mit einem ihm naheliegenden kantonsrätlichen Geschäft befaßt, dann werden die Herren Kantonsräte zu sich beordert, um diesen seine «allein richtige» Meinung einzupflanzen.

Solche Methoden, die fast an Gesinnungsgrenzen schätzen die Arbeitnehmer-Kantonsräte nicht. Sie sind, auch wenn es sich nur um Angestellte oder Arbeiter handelt, überlegungsreif genug, um zu den kantonsrätlichen Geschäften und zu öffentlichen Fragen objektiv und der eigenen Gesinnung und Idealen entsprechend Stellung zu nehmen.

In öffentlichen Fragen kann auf Direktiven aus einem Direktorstuhl verzichtet werden.

Wir hoffen, daß dieser Neujahrswunsch beharrt wird.

Wahlkampf 1966 im Steinhausen

1950 gelang es der 1949 gegründeten SP, mit Josef Huber einen Sitz im Gemeinderat zu erringen. Dazu beigetragen hatte unter anderem die Siedlung im "Hammer", die der SMUV nach dem Zweiten Weltkrieg erbaute. 1958 ging der Sitz allerdings wieder verloren und die CVP stellte wieder die (altgewohnte) Mehrheit.

Nach einem vergeblichen Anlauf im Jahre 1962 konnte vier Jahre später ein Erfolg verzeichnet werden: Josef Wiedenmeier wurde gewählt. Der Wahlkampf warf hohe Wogen, wie der Pressekommentar auf das Flugblatt der SP (und die Reaktion der Konservativen) zeigt.

Zuger Nachrichten vom 14.11.1966

Steinhausen

Ein Tiefschlag entscheidet!

Was seit Freitagabend im Bereiche der Möglichkeit lag, ist eingetreten. Die sozialdemokratische Partei erobert zu Lasten der Konservativ-christlich-sozialen Volkspartei ein Mandat im Einwohnererrat, indem Josef Wiedenmeier anstelle von Viktor Maurer, der ebenfalls neu portiert war, gewählt wurde. Die Konservativ-christlichsoziale Volkspartei bemühte sich, den Wahlkampf fair und korrekt zu führen, indem keine andere Partei oder deren Vertreter angegriffen wurde. Mit Recht konnte sie darauf hinweisen, dass die Gemeinde bisher unter ihrer Mehrheit gut und fortschrittlich verwaltet wurde. Dagegen zeigten sich die sozialdemokratischen Kampftaktiker recht hemmungslos, indem sie noch am Freitagabend ein Flugblatt, das man ruhig als Pamphlet bezeichnen kann, verstreuen liessen. Insbesondere wurde darin unser Gemeindepräsident und Bauchef Walter Schlumpf in verächtlicher Weise angegriffen. Der Inhalt konnte offenbar bei Leuten, welche die Verhältnisse unserer Gemeinde noch nicht kennen - und die sind recht zahlreich - verfangen. Obschon die Würfel nun gefallen sind, werden wir unseren Stimmbürgern eine Klarstellung nicht schuldig bleiben.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI STEINHAUSEN

Was der Wähler wissen muss !

Die Conservative Partei beehrte uns dieser Tage mit einer Rechtfertigung ihrer Gemeindepolitik. Dieses Zirkular, das den schönen Titel: "Was der Wähler wissen muss" trägt, darf nicht unerwidert bleiben. Dem Eingeweihten bleibt die Sprache weg, wenn er diese Selbstverherrlichungen liest.

Was muss der Wähler wissen vom

BAU- UND STRASSENWESEN!

Es liegt uns fern, den Ausbau der Strassen, die in der Rechtfertigung aufgezählt werden, zu bestreiten. Wir müssen jedoch aufzeigen, was die conservative Mehrheit im Einwohnerrat unter christlicher Demokratie und Verantwortung versteht.

- Für den Ausbau der Bannstrasse betrug der Gemeindebeitrag = 18 %
- An die Strasse zu den Hinterhöfen, wo nebenbei bemerkt der Hof und das Land (Bauland) des konservativen Gemeindepräsidenten liegt, bezahlte die Gemeinde an die Ausbaukosten = 40 %
- An den Ausbau der Hammerstrasse fand es der Einwohnerrat für richtig, einen Beitrag zu leisten von nur = 15 %

Der Stimmbürger sieht daraus, was conservative Politik ist. Seit die Conservative Partei ihre Mehrheitsstellung innehat, wird in Steinhausen mit verschiedenen Ellen gemessen, bzw. Kellen ausgeschöpft.

SCHULE

In der konservativen Rechtfertigung lesen wir von den fertiggestellten neuen Schulgebäuden. Niemand, der sich aktiv an der Gemeindepolitik betätigt, wird bestreiten können, dass die Minderheitsparteien die treibende Kraft für die grosszügige Bauweise waren. Wenn es nach der Konservativen Partei gegangen wäre, ständen wir mit den Schulräumlichkeiten noch bedenklicher im Rückstand, da der conservative Gemeindepräsident immer noch viel zu teure Pavillons bauen wollte, als schon der letzte Einwohner genau wusste, was bezüglich der Bevölkerungszunahme zu erwarten war. Im Uebrigen dürfen wir noch erwähnen, dass die unentgeltliche Abgabe des Schulmaterials und die teilweise Bezahlung der Zahnbehandlung für Schulkinder, durch die Gemeinde und den Kanton, nur durch Vorstösse der Sozialdemokraten eingeführt wurde.

WASSER UND ELEKTRIZITÄT

Die Konservativen rühmen sich ihrer Wundertaten zur Beschaffung von genügend gesundem Wasser. In Wirklichkeit kann sich noch jeder Einwohner an den Sommer 1964 erinnern, wo während Wochen das Wasser rationiert werden musste, dass kaum die elementarsten Bedürfnisse gedeckt werden konnten.

Es ist leicht, am Ende einer Legislaturperiode sich einiger Taten zu rühmen, doch sollte man nicht verschweigen, dass sehr vieles davon von den Minderheits- und Oppositionsparteien durchgekämpft wurde.

Unterstreichen Sie deshalb an diesem Wochenende die

SOZIALDEMOKRATISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE LISTE

Sie helfen dadurch mit, dass die gemeindlichen Aufgaben auf echt demokratische Weise gelöst werden.

Tragende Persönlichkeiten

Die Zeitspanne vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der sechziger Jahre wurde in der Partei und generell in der linken Zuger Arbeiterbewegung von einer Troika geprägt: Clemenz Meienberg (Regierungsrat und Präsident des Gewerkschaftskartells), Fritz Jost (Stadtrat, Kantonsrat und Parteipräsident) und Paul Heusser (SMUV-Sekretär, Kantonsrat und Kantonsrichter). Sie bestimmten weitgehend den Kurs der Partei und waren gleichzeitig für eine enge Abstimmung von Partei und Gewerkschaften besorgt. Als alle drei in den Jahren 1968-1970 altershalber aus ihren Aemtern ausschieden, hatten sie die Partei drei Jahrzehnte geprägt.

Clemenz Meienberg tritt zurück (Zuger Nachrichten, 8.6.1970)

(-si) Der zugerische Sanitäts- und Forstdirektor und derzeitige Landammann Clemens Meienberg gab der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zug seinen Rücktritt auf Ende 1970 als Regierungsrat bekannt. Wir erhielten auf Anfrage hin diese Meldung aus der Parteileitung bestätigt.

Clemens Meienberg wurde auf den 1. Januar 1947 in den Zuger Regierungsrat gewählt und betreut dort nun seit bald 24 Jahren (6 Amtsperioden) die Sanitäts- und Forstdirektion. In den Jahren 1957/58 und 1969/70 wählte ihn der Kantonsrat zum Landammann. Vorher war er Mitglied des Schulrates und der Rechnungsprüfungskommission in der Stadt Zug. Von 1941 bis 1946 hatte er einen Sitz im Kantonsrat inne, den er 1945/46 präsidierte.

Der Rücktritt von Clemens Meienberg kommt nicht unbedingt überraschend, sprach er doch schon vor vier Jahren davon, seine letzte Amtsperiode in der Zuger Regierung in Angriff zu nehmen. Als Parlamentsberichterstat-ter und Zeitungsmann, der oft mit unseren Regierungsräten — und damit auch mit dem jetzigen Landammann — zu tun hat, bedauert man diesen

Entschluss. Clemens Meienberg, der im 63. Altersjahr steht, ist ein profilierter Regierungsrat und Politiker, der seine Sache zu vertreten weiss. Die Sozialdemokratische Partei wird es nicht leicht haben, ihn zu ersetzen.



Fritz Jost
(1903-1980)

Stadtrat 1941-1968

Kantonsrat 1938-63

Nationalrat 1943-47

Präsident SP Stadt Zug
1941-1948 und SP des
Kantons Zug 1947-65



Paul Heusser
(1904-1971)

Langjähriger SMUV-Sekretär

Kantonsrat 1942-1950

Kantonsrichter 1945-1971

Mitglied des Zuger
Grossen Gemeinderats
1962-1966

Rücktritt von Stadtrat Jost (Freie Innerschweiz, Ende 1968)

Am Silvestertag wird Stadtrat Fritz Jost zum letztenmal öffentlich als Stadtrat auftreten und seine Unterschrift unter amtliche Dokumente setzen. Er wird seine Akten sortieren und allenfalls zum Zügeln bereitmachen. Denn Fritz Jost war oder ist nicht nur Stadtrat. In gar vielen Gremien war er ein geachtetes und gern gesehenes Mitglied. Fritz Jost wird seinen Parteifreund und Nachfolger Robert Wasmer im Amte einführen und schließlich sein ihm lieb gewonnenes Büro verlassen. Wie ihm dabei zu Gemüte sein mag, können wir nicht ganz ermessen. Doch wissen wir, daß er in sein Amt als Stadtrat hineingewachsen und daß er mit Leib und Seele dabei war. Die Gründe, die ihn zum Rücktritt während der Amtszeit bewogen haben, sind durchaus verständlich. Als Jahrgang 1903 wurde er automatisch 1968 zu den AHV-Rentnern eingereiht. Er sagte sich, wenn der Beamte mit 65 Jahren pensioniert wird, dann soll es auch der Inhaber eines öffentlichen Amtes tun. So zog er seine Konsequenz und meldete seinen Rücktritt an.

Fritz Jost wurde im Jahre 1941 als Nachfolger des so jäh dahingerafftten Sozialdemokraten Gustav Müller in den Stadtrat gewählt. Er trat sein Amt an mitten im Krieg und der damit bedingten großen politischen Spannungen. Die Nazis und Faschisten beherrschten Europa, und die Schweiz stand unter einem ungeheuren politischen Druck. Es brauchte Mut, sich als Sozialdemokrat einem derartigen Amte zu Verfügung zu stellen. Dazu kam, daß das Stadtratsmandat nur ein Nebenamt war, und eine Pension für das Alter oder eine Hinterbliebenenrente damals noch nicht in Aussicht stand. Andererseits mußte er seinen Beruf als Heizungsmonteur aufgeben, was auch Verzicht auf Sicherung für das Alter hieß. Fritz Jost hat sich in die ihm fremde Aufgabe rasch eingelebt und in den ihm zugeteilten Dikasterien sich ohne Schwierigkeiten zurecht gefunden. Während 28 Jahren hat er sein Amt mit großer Umsicht und Hingabe verwaltet. Nicht immer eitle Freude war damit verbunden. Die Politik ist bekanntlich manchmal ein garstig Ding. Manches kriecht einem Stadtrat über den Magen. Es sind nicht immer nur Speise

und Trank. Manchmal kamen die Aergerquellen aus den eigenen Kreisen, denen die Schützenhilfe gelegentlich ausbleiben mußte. In den Jahren des sogenannten «frischen Windes», dem inzwischen das letzte Säuseln vergangen ist, hatte es Fritz Jost nicht immer leicht. Seine berrische Beharrlichkeit hielt ihn fest im Sattel, wie er es auch verstand, mit seinem natürlichen Mutterwitz Spannungen zu glätten.

Als Stadtrat hatte er beim Eintritt ins Amt das Kriegswirtschaftsamt, das Marktwesen, das Erbteilungsamt usw., später das Waisen- und Fürsorgewesen, das Militär- und Feuerwehrewesen zu betreuen. Seit 1941 gehörte er auch der Schulkommission, 1938—1963, als 25 Jahre, dem Kantonsrat an, den er 1957—58 präsidierte. 1944—1963 präsidierte Fritz Jost die sozialdemokratische Kantonsratsfraktion. Einen Höhepunkt in der politischen Laufbahn erreichte Fritz Jost 1943 mit der Wahl zum Nationalrat, dem er bis Ende 1947 angehörte. Daß die Wahl dank größerer Differenzen innerhalb der Freisinnigen Partei möglich war, war man sich bewußt. Doch jener Wahltag war nicht nur für Fritz Jost ein unvergeßliches Erlebnis, sondern auch für die Kampfgefährten. Dem Schreibenden war es vergönnt, während 30 Jahren mit Freund Fritz Jost im kantonalen Gewerkschaftskartell und in der städtischen wie kantonalen Partei an vorderster Stelle zusammen zu arbeiten, wo uns immer eine Freundschaft verband, und wo Freund Fritz sich keinem Rufe oder Auftrag verschloß. Schließlich war er auch nicht weniger als rund 30 Jahre dem SMUV als Präsident verpflichtet, und der Allgemeinen Konsumgenossenschaft Zug diente er meines Wissens seit 1942 im Verwaltungsrat und seit 1946 als deren Präsident.

Es gäbe über das Wirken von Fritz Jost in Partei und Gewerkschaft, in der Genossenschaftsbewegung, als Militärtrompeter auch viele Jahre der Arbeitermusik verpflichtet, als Funktionär in den verschiedenen Chargen des politischen Lebens und über die Zusammenarbeit bei politischen Aktionen noch Seiten zum Schreiben. Ich weiß, daß Fritz Jost das in seiner Bescheidenheit nicht wünscht und auch nicht erwartet. Doch wer sich während Jahrzehnten auf eine ihm angebotene konziliante Art für die Belange des Arbeiterstandes und für die Sozialdemokratie verwendet und eingesetzt hat, darf nicht ohne eine Würdigung seines Wirkens in die hinteren Reihen entlassen werden.

Die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften, die Kultur- und Sportvereine der Stadt Zug und über die Gemeindegrenzen hinaus, danken Fritz Jost für seinen Einsatz, für seine Treue und für seine Hingabe. Alle wünschen ihm in seinem Heim an der Ringstraße 1 einen recht angenehmen, unbesorgten Lebensabend mit seiner Gemahlin.

3.4 1968 und die siebziger Jahre

Weltweit formierten sich in den sechziger Jahren Protestbewegungen an den Hochschulen. Sie befassten sich schnell mit allgemein politischen Fragen ("Stopp dem Krieg in Vietnam") und suchten ihre Grundüberzeugungen auch privat zu leben ("make love, not war"). Wenn auch die Schweiz nur am Rande davon erfasst wurde, bildete sich um 1970 eine Aufbruchstimmung heraus, die weite Teile der Bevölkerung erfasste.

Wer - von den 1968er Ereignissen motiviert - in Zug politisch aktiv werden wollte, fand in der SP eine stark traditionelle Arbeiterpartei vor. Angestellte und Techniker waren in der Minderzahl, Lehrer oder Akademiker selten. 1972-1974 traten etwa zwei Dutzend 68er-Frauen und -Männer, vorwiegend mit Hochschulbildung, in die Partei ein. Beim Aufeinanderprallen der alten Mitglieder mit den neuen gab es schnell Reibungen und Streit, da die politischen Auffassungen wie auch die Temperamente stark divergierten. Rotes Tuch war damals der aus Baar stammende Meinrad Dossenbach, der den Pressedienst betreute und in der Geschäftsleitung der Kantonalpartei wie auch im Vorstand der Stadtpartei mitwirkte.

Initiativen und Referenden

Nachdem Othmar Romer 1973 das kantonale Parteipräsidium übernommen hatte, trat die Partei aktiver und mit grösserer Publizität in Erscheinung. So wurden sechs Volksinitiativen lanciert: 1972 für die Erteilung von Wasserrechtskonzessionen, 1974 für ein arbeitnehmerfreundliches Steuergesetz, 1976 für kleinere Schulklassen, 1986 für die Halbierung der Bustarife und 1988 - zusammen mit anderen Gruppierungen - für ein Vollamt des Regierungsrats.

Die Wasserrechtsinitiative, deren Ziel primär die Verhinderung eines Pumpspeicherwerks auf dem Zugerberg war, konnte nach einem guten Gegenvorschlag des Kantonsrats zurückgezogen werden. Die weiteren vor 1988 eingereichten Initiativen wurden zwar alle abgelehnt, immerhin konnte eine weitreichende Senkung der Bustarife ausgelöst werden.

Auch das fakultative Referendum wurde mehr eingesetzt: Zwar konnte damit der Beitritt zum Zentralschweizer Polizeikonkordat (ZESIPO) 1979 nicht verhindert, wohl aber 1985 die Gutschrankabfahrt vorerst gestoppt werden.

Wasserrechtsinitiativen werden zurückgezogen

(Zuger Nachrichten, 9.1.1974)

Bekanntlich hat die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zug am 14. Juni 1973 zwei Initiativen mit annähernd je 2 900 beglaubigte Unterschriften für die Aenderung des Gesetzes über die Gewässer vom 22. Dezember 1969 und der Kantonsverfassung vom 31. Januar 1894 eingereicht.

Die Initianten strebten eine breitere Entscheidungsbasis bezüglich der Verleihung von Wasserrechtskonzessionen, zum Beispiel bei Pumpspeicherwerken an. Die bestehende Regelung, wonach der Regierungsrat allein als Konzessionsbehörde amtiert, ist nach der Meinung des Initiativkomitees nicht mehr zeitgemäss. Die Verbreiterung der Mitverantwortung in derartigen wichtigen Fragen des Schutzes- und der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt, sowie der Energiepolitik ist seit Jahren ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratischen Partei. Parteiinterne Arbeitsgruppen befassen sich nebst anderen Gebieten seit einiger Zeit mit Fragen des menschlichen Lebensraumes und einer zukunftsorientierten Energiepolitik.

Der Regierungsrat hat die Bestrebungen der Initiativbegehren als echtes Anliegen erkannt. Eine kantonsrätliche Kommission hat in der Folge einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, welchem auch die Sozialdemokratische Kantonsratsfraktion nach zwei Lesungen bei der Schlussabstimmung vom 20. Dezember 1973 zustimmte.

Was wurde erreicht ?

Die Initiativen verlangten die grundsätzliche Verlagerung der Kompetenz zur Erteilung von Konzessionen für die

konzessionspflichtige Nutzung vom Regierungsrat auf den Kantonsrat unter Vorbehalt des fakultativen Referendums.

Unter dem Druck der Initiativen und des Sozialdemokratischen Vertreters in der Kommission bekam der Gegenvorschlag eine Fassung, welche den Vorstellungen der Initianten relativ nahe kam. Es sind im Besonderen:

Folgende Konzessionen bedürfen der Genehmigung des Kantonsrates in der Form eines allgemein verbindlichen Kantonsratsbeschlusses, welcher dem fakultativen Referendum gemäss Paragraph 34 der Kantonsverfassung unterliegt:

a.) die Nutzung der Wasserkraft eines öffentlichen Gewässers.

b.) der Wasserbezug für Atomkraftwerke und für Pumpspeicherwerke.

c.) jede andere Entnahme von Trink- und Brauchwasser aus oberirdischen öffentlichen Gewässern und aus Grundwasservorkommen von gesamtlich mehr als 3 000 lt./min. je Bewerber.»

Angesichts des Gehaltes dieses Gegenvorschlages hat sich das Initiativkomitee zum Rückzug der Initiativen entschlossen.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zug und vorab die Arbeitsgruppe für Umweltschutz wird den zukünftigen Konzessionsbewilligungen ihr ganz besonderes Augenmerk widmen.

Der Initiativausschuss dankt allen Mitunterzeichnern und der zugerischen Presse für die tatkräftige Unterstützung seiner Anliegen.

Zuger Tagblatt 23.22.1973

Eine Beschwerde der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zug gegen einen Stadtratsbeschluss wurde vom Regierungsrat gutgeheissen.

Kö. Am 22. Mai 1973 hatte der Stadtrat von Zug folgenden Beschluss gefasst, nachdem an einem Abstimmungssonntag vor Wahl- und Abstimmungslokalen Unterschriften unter anderem für die Wasserrechtsinitiative der Sozialdemokraten gesammelt worden waren:

1. Im Umkreis von 100 m von Abstimmungs- und Urnenbüros dürfen mit sofortiger Wirkung keine Unterschriften für Initiativen, Referenden usw. gesammelt werden.

2. Eventuellen Gesuchstellern wird der Platz beim Viadukt auf dem Bundesplatz (Foto Grau) zur Verfügung gestellt.

Nachstehend publizieren wir die Erwägungen des Regierungsrates, die zur Gutheissung der Beschwerde führten (auszugsweise):

Aus dem Tatbestand ist zu entnehmen, dass die Beschwerdeführerin Wert darauf legt, vor den Abstimmungslokalen Unterschriften für Initiativen und Referenden sammeln zu dürfen, weil auf diese Weise die Sammlung der erforderlichen Unterschriften vereinfacht und innert kurzer Zeit durchgeführt werden kann. Auf der andern Seite beruft sich der Stadtrat für seine Anordnung auf Klagen von Stimmberechtigten, die sich in der freien Ausübung des Stimmrechts behindert fühlten, als sie vor dem Abstimmungslokal angesprochen und zur Abgabe einer Unterschrift ersucht oder gar gedrängt wurden; auf Grund von Aeusserungen von Stimmberechtigten befürchtet er einen Rückgang der Stimmbeteiligung.

In beiden Fällen handelt es sich um ernst zu nehmende Anliegen. Die Abwägung der einander gegenüberstehenden Interessen fällt nicht leicht. Auf der einen Seite geht es darum, die störungsfreie Ausübung des Stimm- und Wahlrechts sicherzustellen. Andererseits darf das Einsammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden nicht unnötig erschwert werden, denn auch hier handelt es sich um die Ausübung politischer Rechte. Die Demokratie funktioniert nur dann, wenn die Diskussion unter den Stimmbürgern ermöglicht wird. Der politische Gedankenaustausch und die damit verbundene Werbung

für eine Initiative oder für ein Referendum gehört zum freien Spiel der Demokratie. Es darf erwartet werden, dass die Stimmbürger und -bürgerinnen inmunde sind, Meinungen, die sie nicht teilen, auch in der Öffentlichkeit zu widerstehen.

Im Lichte dieser Überlegungen geht es zu weit, jede Werbung für eine Initiative oder für ein Referendum in einem Umkreis von 100 m vom Wahllokal schlechthin als «Störung der Ordnung» zu qualifizieren und deshalb generell zu verbieten.

Dagegen ist der Stadtrat befugt, beim Auftreten von Störungen oder Stockungen jederzeit einzugreifen. Als Präventivmassnahme darf er das Sammeln von Unterschriften vor den Wahllokalen auch einer Bewilligung unterstellen und die Bewilligung an die Erfüllung von Auflagen knüpfen, soweit das zur Erreichung des angestrebten Zweckes notwendig erscheint. Zweckmässig dürfte es sein, für jedes Wahllokal einen Standplatz für die Unterschriftensammler festzulegen, ähnlich wie es der Stadtrat von Zürich getan hat. Bei der Wahl des Standplatzes ist darauf zu achten, dass der Zugang zum Wahllokal auch bei grösserem Andrang gewährleistet ist. Ausserhalb einer allenfalls festzulegenden, relativ engen Sperrzone zur Sicherstellung des Zugangs zum Wahllokal darf das Ansprechen der Stimmbürger nicht verboten werden, auch wenn es vielleicht für den einzelnen Stimmbürger nicht leicht ist, unter dem Druck der Öffentlichkeit seine Unterschrift zu verweigern.

Das Ausmass der Sperrzone ist für jedes einzelne Wahllokal nach den örtlichen Verhältnissen und dem zu erwartenden Andrang vom Stadtrat festzulegen.

In der Regel dürfte eine Sperrzone von zwölf Metern die obere Grenze darstellen. Sollten bei einzelnen Lokalen zufolge der Tätigkeit der Unterschriftensammler Stauungen entstehen, können eine eventuelle Erweiterung der Sperrzone oder andere gezielte Massnahmen notwendig sein, wobei immer der Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu beachten ist.»

Wahlschlappe 1974

Die Wahlen des Jahre 1974 brachten herbe Verluste: Der Zuger Stadtrat Robert Wassmer, als Nachfolger von Fritz Jost seit 1969 im Amt, wurde abgewählt; für ihn zog der "grüne" Rolf Kugler in den Stadtrat ein. In Baar verlor Robert Hotz sein Mandat als Gemeinderat, im Kantonsrat gingen drei, im Zuger Grossen Gemeinderat zwei Sitze verloren. Einziger Lichtblick war Cham, wo der 1970 verlorenen Sitz im Gemeinderat durch Max Schicker zurückgewonnen wurde.

Ueber die Ursachen dieser aussergewöhnlichen Misserfolge wurde lange diskutiert. Eine Rolle spielten sicher die damals scharfen innerparteilichen Auseinandersetzungen - es ging mitunter nach dem Sprichwort: "Wer haut Dir auf die Flosse - es ist ein Genosse!" Der Oeffentlichkeit blieb dies nicht verborgen - die SP galt damals als eine in sich sehr zerstrittene Partei.

Konsequenz war, dass sich die traditionellen Kreise aus den Parteigremien zurückzogen und sich auf die Arbeit in den Gewerkschaften konzentrierten. Die "Neuen" sollten nun zeigen, wie man es besser macht!

Wahlerfolge 1978

Die engagierte politische Arbeit zeitigte bald Früchte. 1978 wurde Othmar Romer in den Zuger Stadtrat, Robert Hotz wieder in den Baarer Gemeinderat gewählt. Zusätzlich gelang es Willi Schilling, in Unterägeri in den Gemeinderat einzuziehen. Im Kantonsrat wie im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug wurden drei Sitze gewonnen. Sieht man vom Verlust des Steinhäuser Gemeinderatssitzes im Jahre 1986 ab, hat sich die politische Stärke der Partei seit 1978 nicht mehr wesentlich verändert.

Nachruf auf Robert Wassmer 1927-1975 (Zuger Tagblatt, 3.7.1975)

Robert Wassmer wurde am 3. Januar 1927 in Schinznach-Dorf geboren. Nach kurzer Zeit wurde sein Vater, der bei den SBB in verantwortungsvoller Stellung stand, nach Luzern versetzt. Dort verlebte Robert mit seiner Schwester eine glückliche Jugend. Dort besuchte er die Volks-, Sekundar- und Kantonsschule. Aus Freude an einer technischen Tätigkeit lernte er den Beruf eines Elektromonteurs, um sich anschliessend in Telefontechnik auszubilden. Bei der Telefondirektion Luzern fand er eine Stellung, wo er 1951 in die Telefonzentrale Zug versetzt wurde. Hier kam er rasch mit der Bevölkerung in Kontakt, die den freundlichen Beamten schätzen lernte. Im Jahre 1952 verheiratete sich Robert Wassmer mit Gina Petermann, in der er eine liebe und besorgte Gattin fand.

Robert Wassmer begnügte sich indessen nicht mit seinem Heim und seinem Beruf. Schon bald wirkte er als Kassier für das kantonale Gewerkschaftskartell. Seine Intelligenz, Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft brachten ihm rasch das Vertrauen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Dass er in der Folge auch mit Aufgaben im öffentlichen Bereich konfrontiert wurde, war für die Arbeiterschaft Gewinn und für Robert Wassmer Genugtuung.

Robert Wassmer gehörte dem Kantonsrat in den Jahren 1960 bis 1962 und von 1967 bis zu seinem Tode an. In den Jahren 1973 und 1974 kam ihm die Ehre zu, den Kantonsrat zu präsidiieren, was er konziliant und erfolgreich zu tun wusste. Als Kantonsratspräsident wurde ihm sogar die sehr seltene Ehre zuteil, den neugewählten Zuger Bundesrat Dr. Hans Hürlimann im Heimatkanton offiziell zu begrüssen und zu beglückwünschen.

Auch in der Stadt Zug wirkte Robert Wassmer aktiv mit. Von 1963 bis 1968 gehörte er dem Grossen Gemeinderat von Zug an, dann übernahm er als Nachfolger von Fritz Jost dessen Dikasterium im Stadtrat: Fürsorge, Waisenamt, Feuerwehr-

und Militärwesen und Zivilschutz. Dies waren Aufgaben, die er mit viel Geschick, Umsicht und Einsatz zu bewältigen verstand. Nebstdem war er auch Ortschef des Zivilschutzes. In der Eigenschaft als Stadtrat wurde er in verschiedene Gremien delegiert, so in den Verwaltungsrat der Wasserwerke, der ZVB und ZBB, ferner war er Mitglied der Betriebskommission der beiden Stadtzuger Spitäler.

Robert Wassmer war kein politischer «Haudegen». Er war vielmehr bescheiden, in sich gekehrt, konziliant in seinem Auftreten. Das offene Wort suchte er eher gewählt auszudrücken, um nicht zu verletzen. Er war dem demokratischen Sozialismus zugetan und hatte für extreme Anschauungen nichts übrig. Vor seiner Grundeinstellung her sah er in der Aussprache das Mittel des Zusammenlebens. So wurde Robert Wassmer geschätzt und als politische Persönlichkeit respektiert.

Robert Wassmer war auch ein grosser Förderer des sozialen Wohnungsbaues. Als Präsident der Wohnbaugenossenschaft «Heimat» war er mit viel Einsatz engagiert. Er beschäftigte sich laufend mit neuen Projekten. Seiner Initiative und Tatkraft haben viele Familien erschwungliche Wohnungen zu verdanken. Dem Schweizer Verband für Wohnungswesen diente er als Vizepräsident der Sektion Innerschweiz. Auch den SP-Vorständen von Stadt und Kanton Zug stand er zur Seite. Als ausgeglichener Politiker hatte er es hier nicht immer leicht, die schäumenden Wogen eines drängenden jugendlichen Elans zu glätten.

Bewegten Herzens nahm Zug Abschied von Robert Wassmer. Die an Ehre und Anerkennung reiche Lebensbahn ist allzu früh an fernen Horizonten untergegangen. Die Erinnerung an sein Vorbild aber wird weiter leuchten als Vermächtnis und Verpflichtung.

C. Meienberg, alt Regierungsrat

3.5 Das Wirken von Thomas Fraefel

(Rede von Stadtrat Othmar Romer anlässlich der Verabschiedung von Thomas Fraefel als Regierungsrat am 20. 2. 1987 im Restaurant Bahnhof in Baar).

Wenn mir heute abend die Ehre zufällt, das politische Wirken unseres Thomas Fraefel aufzuzeigen und zu würdigen, so vermutlich doch deshalb, weil ich praktisch die gesamte Wegstrecke, die er innerhalb der Partei durchlaufen hat, in der fast gleichen Zeit mitbeschritten habe.

Allerdings bin ich vermutlich 2 - 3 Monate vor ihm in die Partei eingetreten; es dürfte anfangs 1958 gewesen sein, denn ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie die beiden damaligen bedeutenden SP-Politiker im Kanton Zug, Fritz Jost und Clemenz Meienberg, uns einfachen Parteimitgliedern verrieten, dass sich ein Lehrer zum Parteieintritt entschlossen habe. Für damalige Verhältnisse war es ein einmaliges Ereignis, dass ein aktiver und in der Stadt Zug wohnhafter Primarlehrer in die Sozialdemokratische Partei eintrat. Was das damals bedeutet hat, ist heute nicht mehr nachvollziehbar.

Entweder hat in den letzten dreissig Jahren das Image der Lehrer sehr gelitten, denn heute verursacht der Eintritt eines Lehrers in die SP kein Staunen mehr, oder aber die SP ist inzwischen auch für Lehrer attraktiv geworden. Immerhin freuen wir uns, dass aus dieser damals in der Partei seltenen Spezies inzwischen eine recht grosse Gruppe geworden ist. Sicherlich hat dabei auch das Engagement von Thomas Fraefel bei den einen oder anderen zu einem besseren politischen Bewusstsein beigetragen.

Seinen ersten Wirkungskreis als Lehrer fand Thomas Fraefel in den Jahren 1945/46 in Brunnen, und danach wurde er an die Knaben-Oberschule nach Stans berufen.

Diese Zeit in der Urschweiz, die von 1946 bis 1956 dauerte, muss für verschiedene seiner Schüler, von denen inzwischen verschiedene auch in den Kanton Zug gezogen sind, besonders eindrücklich gewesen sein. Noch heute wird erzählt, dass zu den Utensilien von Thomas Fraefel nebst dem Lesebuch, dem Rechnungsheft und der Bibel auch der damals noch übliche

Stock gehört hat, der hin und wieder auch als zusätzliches Lehrmittel Anwendung fand.

Nach seiner Uebersiedlung in die Stadt Zug anfangs 1956 war er vorerst Primarlehrer im Schulhaus Guthirt und besuchte 1958 berufsbegleitend das heilpädagogische Seminar an der Uni Zürich. Mit dem entsprechenden Diplom wurde er Lehrer an der Oberstufe der Hilfsschule.

Nach dem Eintritt in die Partei im Jahre 1958 ist er sehr schnell auch in die Parteigremien gewählt worden. Bereits 1960 war er Mitglied der kantonalen Geschäftsleitung und somit auch Mitglied des Kantonalvorstandes. 1968 wurde er am ordentlichen Parteitag zum Parteipräsidenten der SP Kanton Zug gewählt, und zwar als Nachfolger von Clemenz Meienberg. Dieses hohe Parteiamt versah er während fünf Jahren.

Die Jahre nach 1968, als im Gefolge der sogenannten 68er-Bewegung eine grosse Zahl von jungen Hochschulabsolventen in die SP eintraten, waren für Parteiexponenten nicht leicht. Die damaligen innerparteilichen Turbulenzen und damit verbunden das grosse Diskussionsbedürfnis zogen nicht spurlos an Thomas Fraefel vorbei und waren mitentscheidend, dass er den Parteivorsitz abgab. Obwohl er selbstverständlich in der Geschäftsleitung weiterhin aktiv teilnahm, konzentrierte er sich vermehrt auf sein Exekutivmandat.

Der Beginn seiner eigentlichen politischen Laufbahn in der Öffentlichkeit, das heisst sein erstmaliger Versuch dazu im Jahre 1962, ist, wie das jedem Politiker geschehen kann, gründlich missraten. Bei den kantonalen Erneuerungswahlen im Herbst 1962 kandidierte Thomas Fraefel in den Kantonsrat, wurde aber nicht gewählt. (Der Sprechende erlitt an diesen Wahlen das gleiche Schicksal). Immerhin "rutschte" Thomas Fraefel als erster Ersatzmann nach dem Rücktritt von Fritz Jost im Jahre 1963 in den Kantonsrat nach. Gleichzeitig mit dem Eintritt in den Kantonsrat wurde er zum Fraktionschef bestimmt.

Im gleichen Jahr wurde er auch Mitglied des Erziehungsrates, und zwar als erster aktiver Lehrer in diesem Gremium. Er trat damals die Nachfolge des Baarers Heinrich Rey an. Nur knapp, und zwar mit Stichentscheid des Kantonsrats-Präsidenten August Sidler, wurde es ihm im Herbst 1968 verwehrt, Präsident des Kantonsrates zu werden.

Anlässlich der Gesamterneuerungswahlen im Jahre 1970 trat unser bewährter und für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung engagierter Regierungsrat Clemenz Meienberg aus der Kantonsregierung zurück. An den nachfolgenden Nominationsparteitag, der im Restaurant Bären in Zug stattfand, erinnere ich mich noch gut. Aus den Sektionen wurden eine ganze Reihe von guten Kandidaten gemeldet und zwar neben Thomas Fraefel von Baar Willi Blaser, von Cham Walter Amberg und von Steinhausen Josef Wiedenmeier. Der durch seine Arbeit im Kantonsrat bekannte und allgemein geschätzte Thomas Fraefel wurde nach einer engagierten Diskussion als Nachfolger von Clemenz Meienberg nominiert. An den darauffolgenden Regierungsratswahlen wurde er dann auch sehr ehrenvoll gewählt und übernahm wie sein Vorgänger die Sanitäts- und die Forstdirektion.

Während der 16jährigen Tätigkeit als Regierungsrat, die 1979/80 mit dem Amt eines zugerischen Landammanns gekrönt wurde, hat Thomas Fraefel alle Höhe- und Tiefpunkte eines Politikers erlebt. Erfolge und Niederlagen, die nicht immer leicht zu ertragen sind, liegen oft nahe beieinander. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass es neben Erlebnissen, die leicht verschmerzt werden können, auch solche gibt, die länger nachwirken. Ein Erlebnis, das Thomas Fraefel zu schaffen machte, war seine Niederlage bei den Nationalratswahlen von 1979. Die Wegwahl war so knapp, dass im Nachhinein gesagt werden muss, dass sie hätte vermieden werden können. Bedauert hat dies nicht nur unsere Partei, sondern auch sehr viele Betagte und Invalide, für die er in Bern ein echter Fürsprecher war. Seinen erfolgreichen Wahlkampf im Jahr 1975 habe ich als damaliger Parteipräsident zusammen mit andern Parteifreunden mitgestalten dürfen. Ich erinnere mich heute noch gerne an den Wahlsonntagabend, als wir die Wahl von Thomas Fraefel feierten.

Sein Wirken als Regierungsrat stand unter einem glücklicheren Stern. Als Vorsteher der Sanitätsdirektion zeichnete er besonders ab 1975 für eine umfangreiche gesetzgeberische Tätigkeit. Die früher in verschiedenen Erlassen verstreuten gesetzlichen Grundlagen über das Spitalwesen wurden in ein einziges Gesetz (das Spitalgesetz) zusammengefasst. Gleichzeitig wurde damit auch die Verpflichtung zur rollenden Spitalplanung verankert. In zähen Verhandlungen hat er, so wurde mir gesagt, hartnäckig und mit Ausdauer die vorbereitenden Arbeiten zu diesem Gesetz angegangen.

Hand auf's Herz!



Kommen wir wirklich ohne Sozialdemokraten aus?

Thomas Fraefel ist der Mann mit Herz, der weiss wo den Arbeitnehmer, den Rentner, den kleinen Mann der Schuh drückt.

Darum schreibt jeder Zuger Wähler mit Herz auf seinen Wahlzettel

THOMAS FRAEFEL



Im Jahre 1981 wurde mit der Uebernahme des Bürgerspitals durch den Kanton ein weiterer markanter Meilenstein gesetzt, der im zugerischen Gesundheitswesen von eminenter Bedeutung ist. Gleichzeitig mit dem Spital ging die Schwesternschule an den Kanton über. Kurz danach, 1983, wurde mit den Kantonen Luzern und Schwyz das Konkordat über den Betrieb einer Schule für praktische Krankenpflege vereinbart. Ein weiteres Konkordat im Rahmen eines psychiatrischen Gesamtkonzeptes, das sogenannte Psychiatrie-Konkordat betreffend der Psychiatrischen Klinik in Oberwil, wurde im Jahre 1982 mit den Innerschweizer Kantonen Schwyz und Uri abgeschlossen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Ausarbeitung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel. Darin sind Grundlagen für Massnahmen gegen Betäubungsmittelmissbrauch verankert. Nach vielen Misserfolgen war die Suche nach einem Standort für eine therapeutische Wohngemeinschaft für Drogenabhängige schliesslich erfolgreich, diese befindet sich bei der Sennhütte/Zugerberg.

Das sind einige Stationen seines regierungsrätlichen Wirkens. Die Aufzählung ist selbstverständlich nicht vollständig, aber sie zeigt dennoch die umfangreiche Tätigkeit von Thomas Fraefel als Regierungsrat. In diesem Zusammenhang muss auch noch die zur Zeit beim Kantonsrat zur Behandlung anstehende Spitalplanung erwähnt werden, die allerdings nunmehr von seinem Nachfolger Urs Birchler zu Ende geführt wird, ebenso das neue Spitalgesetz.

Das Bild des öffentlichen Wirkens von Thomas Fraefel wäre unvollständig, würde man nicht auch kurz seine Tätigkeit in den verschiedenen Organisationen und Vereinen erwähnen. Dabei gilt es besonders sein gewerkschaftliches Engagement hervorzuheben. Als Mitglied des VPOD, Sektion Zug, nahm er sich speziell der Probleme der Werkhofarbeiter an, deren Vertrauen er immer wieder erfahren durfte. Seine Erfahrungen und seine Ratschläge sind auch heute noch im GBZ gefragt, wo er seit vielen Jahren als Vorstandsmitglied wirkt.

Geschätzter Thomas, wenn man Dein Wirken würdigt, ist es unmöglich, nicht auf den Mann mit Herz zu sprechen zu kommen (siehe Flubblatt Nationalratswahl 1975). Unzählige Mitbürgerinnen und Mitbürger haben bei Dir Rat und Tat gesucht und auch gefunden. Du hast viele Steine und

Hindernisse aus ihrem Lebensweg geräumt. Mit grosser Anteilnahme hast Du Dich der Sorgen und Nöte des einzelnen Menschen angenommen und nach Lösungen gesucht. Es hat oftmals Deines ganzen Einflusses und Deiner ganzen Persönlichkeit bedurft, um ein Problem auf die von Dir gewünschte Art zu lösen. Ich bin überzeugt, dass Du noch lange Freunde und Bekannte haben wirst, die sich Dir dankbar verbunden fühlen.

Dein Wirken in der Oeffentlichkeit wäre jedoch kaum in diesem Ausmasse möglich gewesen, wenn an Deiner Seite nicht eine Gattin gestanden hätte, die mit grossem Verständnis und grosser Bereitschaft auf vieles verzichtet hätte. Jeder, der sich politisch betätigt weiss, wie wertvoll ein warmes Zuhause und wie unersetzlich der Schoss der Familie ist. Ich möchte Dir, geschätzte Frieda, recht herzlich dafür danken.

Zum Schluss darf ich Dir, Thomas, für die vielen Jahre, die Du in Partei, Gewerkschaft und Oeffentlichkeit tätig gewesen bist, von Herzen danken. Das sichtbare Zeichen, dass der Dank von der ganzen Partei getragen wird, obwohl unsere Partei Deinen politischen Seitensprüngen nicht immer folgen konnte, sind die heute hier anwesenden rund hundert Personen. Wir alle wünschen Dir und Deiner Gattin recht viele schöne und nunmehr ruhigere Stunden in Gemeinsamkeit und hoffen, dass ihr euren Ruhesitz in der Chappelleweid bei Rickenbach recht lange geniessen könnt.

Drei SP-Regierungsräte !



Von links nach rechts:

Clemenz Meienberg (geb. 14.9.1907), im Amt 1947-1970

Urs Birchler (geb. 4.5.1950), im Amt seit 1987

Thomas Fraefel (geb. 10.7.1923), im Amt 1971-1986

3.6 Die SP-Frauengruppe

Die Frauengruppe 1951-1974

Obwohl das Frauenstimmrecht im Kanton Zug erst 1971 (also gleichzeitig mit dem Bund) eingeführt wurde, gab es schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine Frauengruppe Zug-Baar-Cham. Diese ist in den vierziger Jahren aufgelöst worden. Am 30. April 1951 wurde ein neuer Anlauf genommen und die "Arbeiterfrauen-Gruppe Zug" gegründet. Neben Schul-, Erziehungs- und Fürsorgefragen wollte man vor allem das Gesundheitsturnen pflegen. Dank der Beziehungen zum SATUS konnte noch vor den Sommerferien mit dem Turnen begonnen werden - jeweils am Montagabend von 8-9.45 Uhr im Schulhaus Neustadt in Zug.

Schon bald konnte die Frauengruppe eine Vertreterin in die städtische Hauswirtschaftskommission delegieren. Daneben fanden Kurse zur Staatsbürgerkunde, Rednerinnenschulung, Klausabende und Reisen statt. Selbstverständlich setzte sich die Frauengruppe aktiv für das Frauenstimmrecht ein - nach dem Misserfolg im Jahre 1958 waren diese Bemühungen dreizehn Jahre später endlich von Erfolg gekrönt.

In ihrer Blütezeit zählte die Frauengruppe mehr als dreissig Mitglieder. Treibende Kräfte waren zu Beginn Paula Heusser, Maria Meienberg und Josi Jost, später Lina Rüeger und Gerda Weiss. Das Gesellige scheint neben dem Turnen immer einen grossen Stellenwert besessen zu haben. Ein Umstand, der die Gruppe gerade für jüngere Frauen, die in den siebziger Jahren zur SP fanden, wenig attraktiv machte.

Die Zukunft der Frauengruppe (Zuger Nachrichten 28.12.1973)

(md) Der Einladung der sozialdemokratischen Frauengruppe Zug folgte eine erfreuliche Anzahl Männer und Frauen. Die Präsidentin, Gerda Weiss, und der Präsident der Sektion Stadt Zug, Hans Rüegg, konnten den Zuhörern Christine Gafner vorstellen, Zentralsekretärin der SP Schweiz. Sie orientierte auf humorvoll-entspannte Art über Probleme der Frauengruppe innerhalb der SP und wusste die Diskussion mit vielen Beispielen aus ihrer Berner-Tätigkeit zu bereichern.

Bis anhin bestand in Zug eine selbständige kantonale Gruppe von SP-Frauen, welche sich jeden Montag zum Turnen traf und weitere gemütliche Treffen veranstaltete. Daneben wurden an 6-8 Abenden ausgewählte politische Themen bearbeitet und an den Versammlungen der städtischen oder kantonalen Parteien teilgenommen. Wichtig war auch die Tätigkeit auf nationalem Gebiet, wo man intensive Kontakte pflegte. — Neu werden die Frauen nun aufgefordert, als Mitglieder den SP-Sektionen beizutreten. Damit wird, so hofft man, die Gleichberechtigung innerhalb der Partei entscheidend gefördert. Denn bisher waren der Frauengruppe automatisch in verschiedenen Gremien eine Anzahl Sitze freigehalten worden.

Die Frauengruppe seit 1981

Unter den Frauen entstand wieder der Wunsch, sich regelmässig zu treffen, um die Geselligkeit zu pflegen, aber auch, um spezifische Bildungsangebote schaffen zu können. Die Hemmschwelle der Frauen gegenüber der Politik ist mit dem Frauenstimmrecht nicht einfach verschwunden, die Frauen sind in den politischen Gremien nach wie vor stark untervertreten. Die Frauengruppe sollte helfen, dieses Defizit abzubauen. Daneben sollte sie auch für Frauen offen sein, die nicht der Partei angehören.

Gerade an diesem Abend aber fiel auf, dass das Frauenstimmrecht die Gleichstellung nicht oder nur in geringem Mass gebracht hat. Christine Gafner warnte deshalb davor, den Vorstand der Frauengruppe aufzuheben. Vielmehr soll er ein Jahresprogramm ausarbeiten und durchzuführen versuchen. Ebenfalls sollte die Partei den Frauen eine eigene Kasse zu-

gestehen (pro Frau ein gewisser Anteil des Parteibeitrages). — Unterschiedlich reagierten die Anwesenden auf die Vorschläge Gafners, die sich von denen der Zuger unterschieden. Man befürchtet vor allem das Weiterbestehen einer selbständigen Gruppe innerhalb der Sektionen. Andererseits wird es wichtig sein, vielleicht eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Frauen zu schaffen, worin speziell diese ihre Ansichten und Ideen erörtern können und auch Wege planen, wie sie dies in die Diskussion der «Männer»-Partei einbringen können. Die Generalversammlungen anfangs 1974 werden den Entscheid bringen über die Form des Weiterbestehens der Frauengruppe. Eines ist sicher (und das ist erfreulich): es werden sich auch weiterhin SP-Frauen in loser oder enger Form organisieren und zu politischer Arbeit treffen.

Wichtig wurde die Volksabstimmung über die Gleichen Rechte von Mann und Frau im Jahre 1981. Die Frauengruppe arbeitete dabei aktiv für den Erfolg der Abstimmung und befasst sich daneben mit dem Einbezug der Frau in die Gesamtverteidigung und dem Mutterschutz. Es wurden verschiedene Kurse durchgeführt und Vorträge organisiert. In der kantonalen Frauenzentrale war die Frauengruppe von 1981 bis 1987 vertreten. Die Gruppe wurde von einem Leitungsteam geführt, dem Heidi Jans-Dejung, Nicoletta Twerenbold, Lotti Fischbacher und Lisbeth Bühler angehörten. Leider wurde die Aktivität im Jahre 1987 eingestellt.

Frauen in der Zuger Politik 1988 (Quelle: Staatskalender 1987/88)

Gremium	Anzahl Sitze		Anzahl SP-Leute	
	total	Frauen	total	Frauen
Regierungsrat	7	0	1	0
Kantonsrat	80	7	10	1
Kantonsgericht	7	1	1	0
Obergericht	7	2	1	1
Verwaltungsgericht	7	1	1	1
Einwohnerräte aller elf Gemeinden	57	3	4	0
GGR Stadt Zug	40	6	7	0
Erziehungsrat	7	2	1	0
Kantonsschulrat	7	2	1	0
Berufsschulkommission	12	1	2	0
Weiterbildende Schule	5	1	1	0
Stipendienkommission	7	3	1	1
<u>alle elf Gemeinden total</u>				
- Schulkommission	105	34	8	5
- Finanzkommission	17	1	2	0
- Rechnungsprüfungskomm.	39	1	3	0
- Baukommission	68	2	3	0
- Musikschulkommission	36	7	2	1

Wohnungsnot

Aufgrund der grossen Bevölkerungszunahme ist der Wohnungsmarkt ein reiner Verkäufermarkt geworden. In dieser Lage startete die SP 1981 eine Volksinitiative, welche die Stadt beauftragt, innerhalb von zehn Jahren 400 Wohnungen zu bauen. Mit Erfolg: Die Initiative wurde 1981 angenommen, ein Versuch zum Retourbuchstabieren wurde 1987 vereitelt! (LNN, 15.6.1981)

Überraschender SP-Sieg

hrf. Mit 3886 Ja- und 3223 Nein-Stimmen haben die Stadtzuger der Wohnbauvorlage der Sozialdemokraten klar zugestimmt. Sowohl SP-Präsident Werner Lüönd als auch Stadtrat Markus Frigo als Gegner der Initiative zeigten sich gestern von diesem Resultat überrascht.

Die Auseinandersetzung um dieses Abstimmungsgeschäft stand klar im Schatten der Stadtschreiberwahl: FDP und CVP hatten die Annahme offenbar für so unwahrscheinlich gehalten, dass sie sich voll auf die Propaganda für ihre Stadtschreiberkandidaten konzentrierten. Bei den Freisinnigen erfolgte die Nein-Parole einstimmig, bei der CVP mit allen gegen zwei Stimmen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der Landesring der Unabhängigen unterstützten die Vorlage.

An einer Pressekonferenz erklärte SP-Präsident Werner Lüönd gestern, die Partei habe dieses Resultat «nicht erwartet». Stadtrat und Grosser Gemeinderat müssten sich «nun überlegen, was sie falsch gemacht haben» und im Sinne der angenommenen Initiative eine Vorlage ausarbeiten. Zu viele Leute hätten sich der «Wohnungssuche-Maschinerie mit allen ihren Peinlichkeiten unterziehen müssen», als dass sie den stadträtlichen Argumenten noch Glauben schenken konnten.

Stadtrat Markus Frigo zeigte sich gestern gegenüber den LNN vom Resultat ebenfalls überrascht. Eines der Hauptprobleme bei der Verwirklichung der angenommenen Initiative liege nun in der Landbeschaffung für den zu erstellenden Wohnraum. Möglicherweise werde die Stadt deshalb mit der Korporation Verhandlungen aufnehmen. Es sei offensichtlich, dass die Wohnungsknappheit viele Leute, «nicht nur Auswärtige, die in Zug Wohnsitz nehmen wollen», betreffe.

In einer Stellungnahme halten die Jungliberalen der Stadt Zug fest, «wie in den letzten Tagen befürchtet werden musste», habe sich «die Mehrheit der Stimmbürger von den vordergründigen Argumenten der Initianten blenden lassen». Die Sozialistische Arbeiterpartei «gratuliert den SP-Genossen zu ihrem klaren Abstimmungserfolg» und wertet diesen als «grossen Sieg für die gesamte Arbeiter-, Mieter- und Jugendbewegung, welche mit ihren Aktionen vom letzten Jahr die Bevölkerung sensibilisiert und damit den Boden vorbereitet hat». Für die Aktionsgruppe Wohnungsnot hat «dieses Wochenende gezeigt, dass eine eindruckliche Mehrheit der Zuger Stadtbevölkerung nicht gewillt ist, das Grundrecht auf eine anständige Wohnung einfach den Gesetzen der sogenannten Marktwirtschaft zu überlassen».

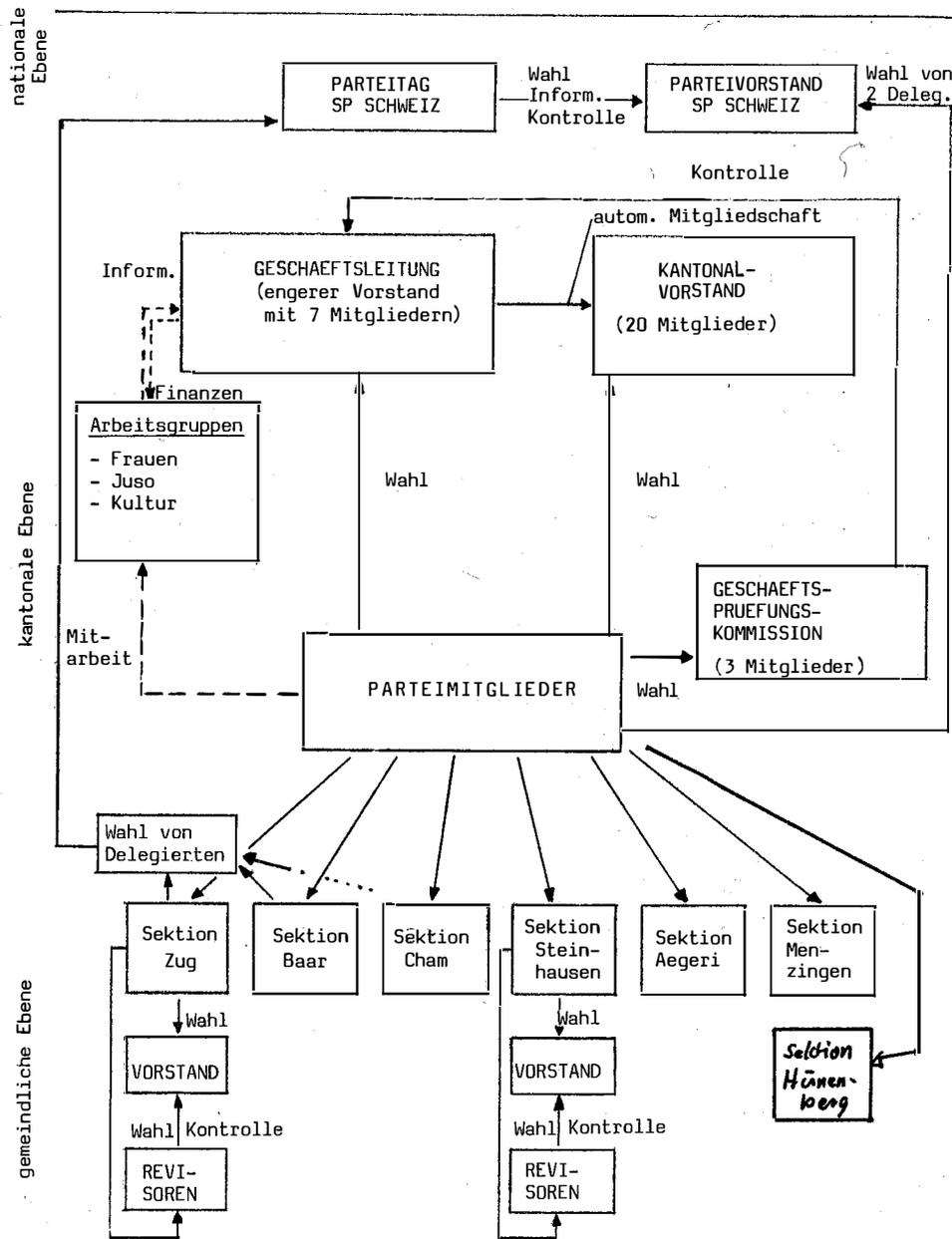
3.7 Die SP von heute

Die Sozialdemokratische Partei ist heute ein fester Bestandteil des politischen Lebens des Kantons Zug. Sie ist seit siebzig Jahren im Regierungsrat und in den Gemeindeexekutiven von Zug und Baar vertreten. Anfänglich auf die grossen Gemeinden fixiert, gelang es ihr, nach und nach auch in kleineren Gemeinden Fuss zu fassen. Heute, nach der Gründung der Sektionen Menzingen (1983) und Hünenberg (1988), gibt es die SP in sieben der total elf Zuger Gemeinden. In Unterägeri und Cham arbeitet sie auch im Gemeinderat mit, in Steinhausen tat sie dies lange Jahre. Ihre schmale Basis von rund 250 Mitgliedern macht sie wett durch grossen Einsatz und Kreativität.

Die SP ist aber nicht nur Regierungspartei, sie versteht sich immer als Sprachrohr und Interessenvertreter der Benachteiligten. Die soziale Sicherheit ist ein zentrales Anliegen der SP seit ihrem Bestehen. Seit man erfahren musste, dass auch die Natur Anwälte benötigt, hat sich die SP auch den Umweltschutz auf ihre Fahne geschrieben.

Mit ihrem politischen Erfahrungsschatz, ihren Ideen und ihrem Engagement wird die SP auch im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens Erfolg haben und ihren Beitrag zum Fortschritt der Gesellschaft leisten.

ORGANISATION DER SP ZUG



4 Ausblick auf die Zukunft

4.1 Aussprache über die Lage der Partei

Einleitung

Die Geschäftsleitung (GL) der SP des Kantons Zug beschloss im Herbst 1987, eine umfassende Standortbestimmung vorzunehmen. Die politische Situation sollte analysiert, die politischen und organisatorischen Schwachstellen der Partei aufgedeckt und tragfähige Vorschläge für die künftige politische Arbeit entwickelt werden. An einer ganztägigen Sitzung hat sich die GL am 9. Januar 1988 darüber ausgesprochen.

Das vorläufige Ergebnis wurde dem Kantonalvorstand vorgelegt, welcher es am 29.3.1988 behandelte. Bis zum Oktober 1988 hatten die Sektionen Zeit, Stellung zu beziehen. Die einzelnen Antworten sind noch nicht ausgewertet. Sobald dies der Fall ist, werden die Parteigremien und vor allem die Mitglieder weiter darüber diskutieren.

Im folgenden ist das Papier, das dem Kantonalvorstand vorgelegt wurde, im Wortlaut wiedergegeben. Da es eine breite Diskussion auslösen möchte, wartet es nicht mit einem ausgewogenen Kompromissvorschlag, sondern mit eher extremen Thesen und Alternativen auf.

1. Thesen zu unserer Situation heute

Vorbemerkung

Im folgenden werden fünf Thesen für die Situation, in der die Partei heute steckt, angeführt. Sie sind bewusst **überspitzt formuliert** und (um den Text nicht allzu lang werden zu lassen) nicht begründet. Sie konzentrieren sich auf unsere Schwächen und versuchen, nüchtern und ohne Beschönigungen die heutige Lage wiederzugeben.

These 1

Unser Wähleranteil stagniert, seit Jahrzehnten bewegen wir uns in einem "20-Prozent-Ghetto". Dies, obwohl wir bei Abstimmungen über Sachfragen in der Regel über 40% der Abstimmenden auf unserer Seite haben (auch wenn CVP und FDP andere Auffassungen vertreten). Einzelne Abstimmungen können wir sogar gewinnen (Beispiele Bund: Rothenturm-Initiative, Doppeltes Ja, Preisüberwachungsinitiative I. Beispiele Kanton Zug: Gutschrankabfahrt, Steuerinitiative Mieterverband, CH91. Beispiel Stadt Zug; Wohnbauinitiative). Bei Wahlen zahlt sich dies allerdings kaum aus.

These 2

Die Partei besitzt zu wenig Fühler nach aussen. Nicht einmal mit traditionellen Partnern (Gewerkschaften, SATUS, Naturfreunde, Arbeiterschliessverein usw.) werden regelmässige Kontakte gepflegt. Alles läuft ausschliesslich über persönliche Beziehungen. Nicht zuletzt deshalb, weil wir zu sehr auf uns selbst bezogen sind, fehlen in unseren Reihen Persönlichkeiten, die man in der Bevölkerung kennt. Dies wirkt sich bei Wahlen, wo immer mehr personenbezogen entschieden wird, für uns negativ aus.

These 3

Wir sind von allen Regierungsparteien die frauenfreundlichste, Frauen haben bei uns am meisten Chancen, in interessante Partei- und politische Ämter zu gelangen. Trotzdem sind wir für Frauen zu wenig attraktiv, wir haben (genau so wie CVP und FDP) Mühe, Frauen zu gewinnen. Unsere frauenfreundliche Politik wird von den Frauen kaum wahrgenommen und schon gar nicht politisch honoriert.

These 4

Unsere Möglichkeiten für die Öffentlichkeitsarbeit sind begrenzt (keine eigenen Medien) und werden zudem zu wenig ausgeschöpft (Pressedienst). Wir haben - abgesehen von persönlichen Kontakten - keine direkten Kanäle zu den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Wir sind mehr oder weniger auf das Wohlwollen der bürgerlichen Medien angewiesen. Entsprechend schwach sind wir in den Medien präsent.

These 5

Es gibt zu viele Reibungsverluste bei der Abgrenzung nach links. Eine offene Frage ist, ob wir durch unsere bisher ziemlich konsequente Abgrenzung gegenüber SAP und SGA an Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung gewonnen haben oder ob wir deshalb als kleinkariert, borniert, unflexibel und wenig offen für andere, grossenteils verwandte Meinungen erscheinen.

2. Zukunftsperspektiven

Im folgenden werden zwei Möglichkeiten einer Zukunftsstrategie aufgezeigt: Eine erste, die an unserer traditionellen Haltung und Wählerschaft orientiert ist, und eine zweite, die auf einen Erneuerungskurs im Rahmen eines rot-grünen Bündnisses ausgerichtet ist. Diese beiden Möglichkeiten stellen auf gewisse Art **Extrempositionen** dar. Sie beschreiben insbesondere nicht, wie wir uns in den letzten zehn Jahren verhalten haben. Vielmehr stecken sie in etwa den Bereich ab, in welchem wir unsere Zukunftsstrategie selbst wählen können. Im Interesse einer angeregten Diskussion wird darauf verzichtet, zu diesen beiden "Szenarios" mögliche Zwischenpositionen zu umreissen. Falls solche Zwischenpositionen als richtig erachtet würden, ist es Aufgabe des Kantonalvorstands, solche zumindest in den groben Zügen festzulegen. Daneben gibt es einige Problemkreise, die mehr oder weniger unabhängig von der gewählten Zukunftsstrategie anzugehen sind. Sie sind am Schluss kurz aufgezählt.

Strategie 1: Orientierung an unserer traditionellen Haltung und Wählerschaft

Traditionellerweise ist die SP die Partei der kleinen Leute - der Arbeitnehmer, Mieter und Rentner mit mittleren und geringen Einkommen - gewesen. Die Vertretung der Interessen dieser Schichten, gerade im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik (Arbeit für alle, gerechte Verteilung des Volkseinkommens, Sozialversicherungen, Wohnungspolitik, Mietrecht, Arbeitsrecht usw.), war und ist das A und O unserer Partei. Selbstverständlich kann sich die Partei nicht auf eine solche Politik beschränken. SP-Politik muss daneben auch eine auf Chancengleichheit ausgerichtete

Schul- und Berufsbildungspolitik und eine aktive Umweltpolitik umfassen, auf internationaler Ebene auch eine echte Friedens- und Entwicklungspolitik.

Aus dem Gesagten folgt, dass unser politischer Hauptpartner die Gewerkschaften sind und sein müssen. Dies nicht nur deshalb, weil die oben genannten politischen Schwerpunkte in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik von beiden verfolgt werden und sich deshalb eine Zusammenarbeit aufdrängt. Sondern vor allem deshalb, weil in den vergangenen Jahrzehnten eng und mit Erfolg zusammengearbeitet wurde. Die personellen Verflechtungen zwischen SP und Gewerkschaften sind immer noch gross. Dies sollte eine zukünftige Zusammenarbeit erleichtern und ihren Erfolg sicherstellen. Wichtige Probleme sollten deshalb mit dem Zuger Gewerkschaftsbund (GBZ) diskutiert werden. Ziel sollte sein, in allen wichtigen Sachfragen eine gemeinsame Position zu finden. Aus diesem Grunde sind auch die Kontakte mit dem GBZ regelmässig (d.h. 2-3 Male pro Jahr) zu pflegen und zu vertiefen.

Auch mit uns nahestehenden Organisationen (Naturfreunde, SATUS, Arbeiterschliessverein usw.) sowie Umweltorganisationen sollten regelmässige Kontakte gepflegt und eine dauerhafte Zusammenarbeit angestrebt werden. Sofern es uns gelingt, diese Kontakte gut aufzubauen, sollte sich auch unsere Mitgliederzahl nach oben bewegen. Wir könnten damit dem traditionellen "Ideal", dass ein SP-Mitglied gleichzeitig auch Gewerkschafter(in) ist (und umgekehrt) näherkommen und es so erweitern, dass jetzt auch das Mitmachen in den Umweltorganisationen "dazugehört".

Demgegenüber sind Schulterschlüsse mit linken Parteien (SGA, SAP) und neuen politischen Organisationen (Frische Brise, Gleis 3, Bunte) eher fragwürdig. Im Gegenteil, wir sollten unseren eigenen Weg gehen und uns gegenüber diesen Organisationen

genau so entschieden abgrenzen wie gegenüber den bürgerlichen Parteien. Insbesondere darf durch die Zusammenarbeit mit Dritten nicht unser Verhältnis mit den Gewerkschaften und unseren anderen traditionellen Partnern aufs Spiel gesetzt werden.

Der Vorteil dieser Strategie liegt auf der Hand: Die SP bleibt eine Partei mit einem klaren, eigenständigen Gesicht! Man weiss, woran man mit uns ist. Die Besinnung auf unser traditionelles Potential und die beharrliche politische Kleinarbeit werden zu neuen Erfolgen führen.

Strategie 2: Erneuerungskurs in einem rot-grünen Bündnis

Ausgangspunkt bildet die Ueberlegung, dass unsere traditionelle Haltung und politische Arbeit (im Sinne der Strategie 1) den zukünftigen politischen Problemen nicht gerecht wird: Der Umweltschutz besitzt einen zu geringen Stellenwert, insbesondere dürften Gegensätze zwischen Wirtschaft und Oekologie zugunsten der ersteren entschieden werden, vor allem, wenn Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Noch bedeutsamer ist, dass wir der Oeffentlichkeit das Bild einer traditionellen, also einer an der Vergangenheit orientierten Partei zeigen. Damit erhalten wir nicht nur (wenn auch zu Unrecht) die Etiketten "altmodisch" und "verknöchert" und sind für die Jugend nicht mehr attraktiv. Viel schwerer wiegt, dass wir Gefahr laufen, an zentralen Auseinandersetzungen, die in unserer Gesellschaft stattfinden, vorbeizugehen. Vor allem wird man uns in der Oeffentlichkeit nicht zutrauen, valable Beiträge für Problemlösungen anzubieten.

Dazu kommt noch eine zweite Ueberlegung: Unsere

Gesellschaft ist eine Dienstleistungsgesellschaft geworden. Von den rund 40'000 Erwerbstätigen des Kantons Zug arbeiteten 1985 53% im Dienstleistungssektor gegenüber 42,5% in Industrie und Baugewerbe und 4,5% in der Landwirtschaft. Aus diesen Zahlen kommt zudem nicht zum Ausdruck, dass sich die Art der Arbeitsplätze in der Industrie in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt hat: Die Arbeitsplätze in der Produktion (Werkstatt, Atelier, Lager usw.) wurden immer mehr automatisiert, während die eigentlichen Dienstleistungsarbeitsplätze (Administration, Verkauf, Forschung und Entwicklung usw.) dauernd zugenommen haben. Dies geht einher mit einer Umschichtung der Belegschaft - der klassische Arbeiter im blauen Gwändli wird immer seltener, während die Zahl der Angestellten mit "weissen Kragen" zunimmt. Diese wachsende Schicht ist nur in geringem Masse in Gewerkschaften organisiert. In den Betrieben besteht denn auch meist eine "Doppelvertretung" der Belegschaft durch gewerkschaftlich orientierte Betriebskommissionen einerseits und durch Angestelltenvertretungen andererseits. Dazu kommt, dass das Produktionspersonal zu einem hohen Grad aus Ausländern besteht, welche kein Stimm- und Wahlrecht besitzen. Falls die SP sich weiterhin nur auf die traditionellen Schichten stützen würde, würde sie - zumindest was die Privatwirtschaft anbetrifft - eine "aussterbende" Basis besitzen. Weil nur jeder sechste Erwerbstätige im öffentlichen Bereich (SBB, PTT, Lehrer, Spitäler usw.) beschäftigt ist, können diese Verluste mit öffentlich Bediensteten nicht ausgeglichen werden.

Aus diesen Gründen darf sich die SP nicht einfach an ihr traditionelles Wählerreservoir klammern. Sie muss im Gegenteil bemüht sein, laufend neue Schichten zu gewinnen. Sie wird dies vornehmlich unter den Arbeitnehmern des privaten und öffentlichen Sektors tun müssen. Diese Arbeitnehmer können Mieter oder

Hausbesitzer sein, können Kaderpositionen oder einfache Chargen bekleiden. Typisch für sie ist, dass sie - zumindest in der Privatwirtschaft - kaum gewerkschaftlich organisiert sind und dass sie, anders als die traditionell-typischen Arbeiter, neben materiellen Zielen vor allem **mehr Entscheidungsspielräume** für die Gestaltung des eigenen Lebens verlangen. Dies äussert sich im Wunsch nach unterschiedlichen Wohnformen, nach frei wählbarem Ausmass der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen, vor allem von Müttern (von der traditionellen Rolle am Herd über Teilzeitarbeit bis zur vollen Erwerbstätigkeit), ohne Nachteile bei der Stellensuche oder bei den Sozialversicherungen, nach mehr Autonomie bei der Bestimmung der eigenen Arbeitszeit (gleitende Arbeitszeit, flexibles Pensionsalter usw.). Zentral ist für diese Schichten, dass sie diese **Gestaltungsmöglichkeiten für sich selbst erweitern** und nicht zugunsten irgendwelcher "Einheitslösungen" (auch nicht gewerkschaftlicher!) aufgeben wollen. Sie sind zudem politisch wenig gebunden und entscheiden sich vielfach von Fall zu Fall. Bei Wahlen konkurrieren wir zusammen mit den bürgerlichen Parteien um ihre Stimme.

Aus all diesen Ueberlegungen heraus nimmt die SP eine **Kurskorrektur** vor: Zusätzlich zu den traditionellen Anliegen (Beschäftigungs- und Sozialpolitik) und zur Umweltpolitik wird grundsätzlich eine Politik verfolgt, welche den Einzelnen mehr Gestaltungsspielraum für ihr eigenes Leben einräumt. Dies äussert sich beispielsweise in folgenden Punkten:

1. Förderung der Emanzipation der Frau

Dazu gehört, dass es selbstverständlich wird, dass Mütter (sofern sie es wollen) berufstätig sind. Die dafür notwendigen Infrastrukturen (Tageskrippen,

Tageskindergärten, Tagesschulen usw.) sind einzurichten, die im Vergleich zum heutigen Schulbetrieb entstehenden Mehrkosten gerecht zu verteilen. Des weitern kommt dazu die Förderung der Frauen im politischen Leben, insbesondere in unserer Partei (Besetzung von Partei- und Behördenämtern). Dabei darf es nicht einfach darum gehen, eine möglichst grosse Anzahl Frauen in solche Ämter hineinzubringen - vielmehr muss darauf geachtet werden, dass jene Frauen, die den Männern sachlich und polit-psychologisch die Stange halten können, zahlreicher werden. Ansonsten gibt es einfach statt einiger weniger künftig Dutzende von Alibifrauen, welche die Gleichheit der Frau eher vortäuschen als tatsächlich voranbringen.

2. Förderung von qualifizierten Teilzeitstellen

Eng mit der Förderung der Emanzipation der Frau verbunden ist das Bestreben, möglichst viele qualifizierte Teilzeitstellen zu schaffen. Qualifiziert heisst dabei: interessante Arbeit, gleichwertige Aufstiegschancen, keine Nachteile bei der Sozialversicherung. Falls ein Paar dies wünscht, sollten beide Partner beispielsweise je zur Hälfte arbeiten können ohne Nachteile gegenüber einem Paar zu erleiden, bei dem ein Partner voll erwerbstätig ist und der andere den Haushalt und die Kinder besorgt.

3. Alternative Kulturpolitik

Gezielt sollte zum bestehenden Angebot an kulturellen Veranstaltungen das Fehlende im Bereich Theater, Kino, Konzerte, Ausstellungen, Feste usw. ergänzt werden. Dies im Sinne der (schon beinahe klassischen) roten Alternativkultur, aber auch durch Förderung des einheimischen Schaffens in allen Sparten

und durch konsequenten Einbezug der Ausländerkultur.

Von **zentraler Bedeutung** ist dabei, dass die SP das **Image einer offenen, wachen, kritischen und fortschrittlichen Partei** erhält und pflegt. Dazu gehört einerseits die oben skizzierte Politik des Mehr-Freiräume-für-den-Einzelnen-Schaffens, andererseits eine grosse Diskussionsbereitschaft gegenüber anderen Meinungen und Toleranz in den eigenen Reihen wie auch gegenüber politischen Gegnern. Konflikte in der SP werden sich sicher nicht vermeiden lassen, wir müssen aber dafür sorgen, dass sie offen, sachlich und fair ausgetragen werden. Die SP soll damit nach aussen das Bild einer optimistischen, für die Zukunft mit Ideen und Personen gerüsteten Partei zeigen.

Bezüglich Zusammenarbeit mit Dritten verfolgt die SP die **Strategie eines rot-grünen Bündnisses**. Zusätzlich zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften kommt eine institutionalisierte Kooperation mit politischen Gruppierungen (Gleis 3, Frische Brise, Bunte, SGA) hinzu. Ebenfalls wird die Zusammenarbeit mit den Umweltorganisationen ausgebaut. Aufgrund ihrer Stärke ist die SP prädestiniert, in einem solchen rot-grünen Bündnis eine Führungsrolle zu übernehmen. Dies nicht im Sinne einer Majorisierung oder gar Gängelung der Partner, sondern aufgrund des ungleich grösseren Potentials an Ideen, Personen und Beziehungen, die wir im Vergleich zu den Partnern besitzen. Dank dieses "Kapitals" könnte die **SP zum Scharnier des rotgrünen Bündnisses** werden - auch wenn sie in Einzelfällen ihre Meinung darin nicht durchzusetzen vermag.

Eine Konsequenz eines rot-grünen Bündnisses ist eine dauerhafte Zusammenarbeit in Sachfragen, eine zweite das Zusammenspannen bei Wahlen. Das Potential, das wir gemeinsam besitzen, soll anhand der Ergebnisse der Gesamterneuerungswahlen 1986 kurz umrissen werden: Bei

den gemeindlichen Wahlen hätte in Steinhausen ein zweites Exekutivmandat (zu Lasten der FDP) resultiert, im Zuger Grossen Gemeinderat ein Mandat mehr (zu Lasten der CVP). Bei den Kantonsratswahlen hätte sich nichts geändert, in Zukunft erscheinen aber Sitzgewinne in Zug, Baar, Steinhausen, Hünenberg, Rotkreuz und Unterägeri möglich. Anstatt der heutigen 13 Sitze (10 SP, 2 SGA, 1 Bunter) liegen "gepoolt" 15-20 Sitze drin.

2.3 Problemkreise, die von der Zukunftsstrategie weitgehend unabhängig sind

Hier soll aufgezählt werden, was bezüglich Zweckmässigkeit, Realisierbarkeit und Dringlichkeit untersucht werden sollte:

1. Alternative Monatszeitung für den Kanton Zug.
2. Einrichtung von regelmässigen Kontakten mit
 - a) Zuger Gewerkschaftsbund und Betriebskommissionen der wichtigsten Firmen.
 - b) verwandten Organisationen (SATUS, Naturfreunde usw.).
 - c) Umweltorganisationen in einem neuen Zuger Umweltforum.
 - d) Ausländerorganisationen.
3. Förderung von alternativer Kultur durch Zusammenlegung des "Roten Samstags" mit "Zeitwende/Stilwende" und durch Kontakte mit Zuger Kulturaktivisten.
4. Gründung einer Wohngenossenschaft zur Förderung von alternativen Wohnformen (analog der Zürcher "Wogeno").
5. Heisse Themen (Flüchtlinge, Zuger Steuersystem, Dritte Welt) nicht mehr anderen überlassen, sondern selbst behandeln.

4.2 Interviews

Vorbemerkung

Diese Ueberlegungen sind in der Partei noch nicht ausdiskutiert. Elsbeth Steiner-Blum hat deshalb vier Mitglieder um ihre Meinung befragt, die Antworten sind unten wiedergegeben. Ergänzend dazu hat Armin Jans mit Othmar Romer ein Gespräch zur Thematik geführt.

Heidi Jans-Dejung, Zug

Heidi, Du warst acht Jahre im Kantonsrat und bist jetzt Vizepräsidentin des Zuger Gewerkschaftsbunds. Ist eine bessere Zusammenarbeit zwischen diesen Partnern nötig?

Bessere Beziehungen wären nötig. Es gibt heute in der SP viele Leute, die nicht mehr Mitglied einer Gewerkschaft sind. Ich weiss aber, dass es in der Gewerkschaft viele Leute mit neuen, guten Ideen gibt. Diese Ideen betreffen neue Formen der Arbeit, flexiblere Arbeitszeiten, Arbeitszeitreduktionen, Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Männer, die nur teilzeitliche arbeiten möchten. Wir müssten an der SP-Basis diskutieren, welchen Sinn die Gewerkschaften heute haben. Arbeitsplatz-Fragen und Sozialpolitik sind ein Teil unserer Politik - aber natürlich brauchen auch der Umweltschutz und das Verhältnis der Schweiz zur übrigen Welt unsere Aufmerksamkeit.

Sind wir damit bei unserem zweiten Thema, der Oeffnung nach links, angelangt?

Sicher. Für diese beiden Themenkreise brauchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Die Probleme werden so dringend, dass wir bei Sachfragen zusammenarbeiten müssen. Ob bei Wahlen eine solche Zusammenarbeit sinnvoll ist, wird sich bald zeigen. Die SP muss wieder aktiver werden, eigene Ideen entwickeln, nicht nur reagieren, wenn die SGA ein Angebot macht, wie es bei der Vollamtsinitiative oder bei den Richterwahlen war.

Da muss ich jetzt als Interviewerin einen sachlichen Einwand machen. Bei der Vollamts-Initiative haben wir die SGA und die anderen Organisationen angefragt, ob sie mitmachen wolle. - Aber nun zum Thema "Frauen"!

Es enttäuscht mich, dass die Frauengruppe keinen Bestand hatte. Es kamen immer recht viele Frauen zu einem Vortrag oder einem Kurs. Aber bei der konkreten politischen Arbeit haperte es. Die Parteiarbeit vermag zu wenige Frauen begeistern. Dabei haben wir Frauen heute in der SP alle Möglichkeit, aktiv zu politisieren. Ich erinnere mich, dass mir zu Beginn meiner Zeit im Kantonsrat von eigenen Leuten gesagt wurde, ich gehöre eigentlich ins Haus!

Fehlt Dir etwas in der SP?

Die Partei sollte mehr als Informationen vermitteln und das Gefäss für die politische Arbeit bilden. Kultur und Feste fehlen. Der Rote Samstag bietet natürlich Gutes, aber es fehlt das zwanglose Beisammensein.

Heidi Jans-Dejung ist 37 Jahre alt, verheiratet und hat ein Kind. Sie ist diplomierte Sozialarbeiterin und seit 1985 nebenamtliche Verwaltungsrichterin. Gegenwärtig arbeitet sie zudem einen Nachmittag pro Woche bei der Ausländerberatungsstelle des Kantons Zug. Sie war als erste SP-Frau von 1978 bis 1986 im Kantonsrat.

Pia Aeschlimann-Stalder, Baar

Pia, Du bist ein "Passiv-Mitglied" bei der SP. Was bietet Dir diese Partei? Was bietest Du ihr?

Ausser dass ich am Lorzen-Fest einen Kuchen mitbringe, nütze ich der Partei wirklich nicht so viel. Als eingeschriebenes Mitglied befasse ich mich aber doch mit den politischen Fragen und habe so den Kontakt zum Geschehen im Kanton. Es ist mir wohl, wenn ich mich jetzt nicht engagieren muss. Bei den SP-Leuten gefällt es mir. Schade, dass solche Anlässe wie das Essen am Freitag im Parteilokal nicht häufiger sind.

Wie erlebst Du Sektionversammlungen und Parteitage?

An den Parteitagen geschieht nach meiner Meinung zu wenig Meinungsbildung. Wer sich mit den anstehenden Fragen noch nicht befasst hat, möchte mehr Information, einen sachlichen Hintergrund und verschiedene Meinungen dazu. Bei solchen Diskussionen wünschte ich mir auch mehr Toleranz.

Du hast unser Strategie-Papier gelesen. Wie stellst Du Dich zu den Kontakten zu Gewerkschaften?

Mir geht es vor allem um die Inhalte in der SP. Ich will nicht vor allem eine Partei stärken oder deren Stellung verbessern. Es ist wahrscheinlich richtig, mit den Gewerkschaften Kontakte zu pflegen, weil es traditionelle SP-Leute sind. Aber wir dürfen nicht zuviele Konzessionen machen. Wir dürfen nicht der Stimmung oder dem Frieden zuliebe zusammenarbeiten. Wichtig sind die Sachfragen.

Können wir uns nach links öffnen, ohne einen Teil der Gewerkschafter zu verlieren?

Wir werden sicher einige verlieren, aber nicht alle. Mit der Vollamts-Initiative und der Liste für die Richterwahlen ist ein guter Anfang gemacht. Mich hat immer aufgeregt, dass es eine grundsätzliche Abneigung gegen die SGA gab. Obwohl in den Inhalten fast Einigkeit bestand, brauchte es viel Aufwand, sich abzugrenzen. Wichtig ist, ob eine Abstimmung gewonnen werden kann, nicht, wer zuerst was gesagt hat. Bei Wahlen ist mir wichtig, dass ich mich gut vertreten fühle.

Hast Du das Verlangen nach einer Frauengruppe?

Ich will nicht unbedingt eine SP-Frauengruppe. Sie hätte dann Sinn, wenn sie den Frauen mehr Selbstvertrauen geben könnte. Das Thema Frauen ist ein Thema für die gesamte Partei. Und wenn wir Frauen besser vertreten sein wollen, dann müssen wir uns eben selber melden. Und wenn eine Frau den Schritt gewagt hat, müssen wir sie unterstützen und ihre Arbeit auch mal loben.

Pia Aeschlimann-Stalder ist - seit kurzem - dreifache Mutter. Sie ist in Malters LU aufgewachsen, "als Tochter eines überzeugten Konservativen". Sie ist 36 Jahre alt und versorgt vor allem ihre Familie. Sie ist ausgebildete Heimerzieherin.

Ernst Ineichen, Steinhausen

Ernst, Du warst ja bis im Mai 1988 Präsident der SP des Kantons Zug; kannst Du etwas zu den direkten Kontakten zu den traditionellen Partner sagen?

Zu den Gewerkschaften gab es natürlich bei verschiedenen Gelegenheiten direkte Kontakte. Zu Satus, Arbeiterschliessverein etc. gab es nur personelle Verbindungen, durch Leute, die an beiden Orten mitmachen. Ich glaube, diese Organisationen haben sich vom Ursprung her weg-entwickelt. Sie haben vor allem noch Vereinsfunktion und unterscheiden sich wenig von einem anderen Schiess- oder Sportverein. Die Politik haben sie weitgehend der SP delegiert. Ich habe auch den Eindruck, dass in der Gewerkschaft teilweise diese Tendenz besteht. Die Gewerkschaften haben sich eine zeitlang gelähmt, weil es Friktionen zwischen SP- und SAP-Leuten gab. Aber wie sich in der Partei diese Situation etwas gelockert hat, hat sich auch bei den Gewerkschaften etwas geändert. In der Gewerkschaft - wie in der SP - ist ein Umdenken nötig. Wir müssen sinnvolle Arbeitsplätze schaffen und dort Arbeitsplätze aufgeben, wo eine ganze Sparte gefährdet ist (siehe das Beispiel Stahl-Industrie).

Müssen wir uns den nach links öffnen?

Wenn wir etwas erreichen wollen, können wir gar nicht anders. Wir müssen die Zusammenarbeit mit grünen Gruppen suchen, eine Gemeinschaft schaffen. Sonst können wir dem Rechtstrend nicht begegnen. Die auf der rechten Seite gehen auch sofort Koalitionen ein, wenn es gegen unsere Anliegen geht. Wir haben dabei zuviel Skrupel. Wir müssen bei uns Hemmungen abbauen, aggressiver und unbequemer werden.

Hast Du bei einer solchen Oeffnung auch Aengste?

Ja, die habe ich. Ich sehe die Gefahr einer Polarisierung. Es könnten sich im Umweltschutz Fundamentalisten herausbilden, die nicht mehr mit ihren Gegnern reden könnten, so dass die ganze Entwicklung blockiert wäre. Wir müssen konsequent sein, aber wissen, wo wir realistischerweise etwas erreichen können und wo wir zurückstehen müssen.

Haben wir in der SP die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau?

Ich glaube, innerhalb haben wir praktisch die Gleichberechtigung. Wenn es auch in den Sektionen sicher noch Unterschiede gibt. Aber die Frauen müssen den Weg in unserer Partei noch finden. Viele sind nicht bereit, ein Amt zu übernehmen. Sie schätzen ihre eigenen Qualitäten nicht richtig ein. Und übrigens: Die Frau muss eine Sache nicht immer besser machen als ein Mann.

Ist es Dir wohl in der SP?

Die Parteiarbeit bringt sicher viel Frust. Das muss man kompensieren können. Wir sollten nicht immer nur über Politik reden. Nach einer Versammlung zusammensitzen ist sehr wichtig. Dass wir dafür regelmässig Zeit haben, daraufhin müssten wir arbeiten.

Ernst Ineichen wohnt in Steinhausen und arbeitet als technischer Redaktor und Instruktor bei der LG in Zug. Er sitzt seit zehn Jahren im Kantonsrat und war von 1983 bis 1988 Parteipräsident. In dieser Funktion war er auch an der Ausarbeitung des Strategiepapiers beteiligt. Der 43jährige Ing. HTL ist Vater von drei Kindern.

Roger Studerus, Hünenberg

Roger, Du hast vor noch nicht langer Zeit Deine Lehre abgeschlossen. Hast Du Kontakte zu Gewerkschaften?

Ich weiss nicht sehr viel von den Gewerkschaften. Ich glaube aber, sie sind im Kanton Zug nicht besonders stark. Die SP vertritt sicher die Anliegen der Gewerkschaften. Probleme gibt es aber da, wo Oekologie und Arbeitsplätze einander gegenüberstehen. Bei der heutigen konjunkturellen Lage muss man eher einmal einen Arbeitsplatz opfern. Beim Umweltschutz dürfen wir keine grossen Rücksichten auf die Gewerkschaften nehmen.

Wie siehst Du eine Oeffnung nach links?

Diese Strategie ist besser. Ich finde sie sogar nötig für das Weiterbestehen der SP. Bei einer solchen Oeffnung nach links müssen wir die Eigenständigkeit der SP nicht gefährden. Ein Verschmelzen in einem riesengrossen grünen Bündnis wäre nicht sinnvoll. In der Vergangenheit gab es aber zu viele Berührungspunkte. So, wie wir es bei den Richterwahlen und bei der Vollamts-Initiative gemacht haben, scheint es mir richtig zu sein. Wir sollten so weitermachen. Dabei wird es sicher rechts einige Verluste geben; dafür aber mehr Gewinne als Belohnung für unsere Zusammenarbeit. So kann der Rückgang bei den nächsten Wahlen gestoppt werden. Vielleicht sind sogar einige Prozente mehr möglich.

Siehst Du Gründe, warum bei uns nicht mehr Frauen mitmachen?

Da ist sicher die allgemeine Bequemlichkeit (gibt es auch bei den Männern). Die Frauen fühlen sich zuwenig angesprochen von der Arbeit in Parteien überhaupt.

Roger, Du machst nicht nur in einer sehr

jungen Sektion (Hünenberg) mit, Du bist selber sehr jung, nämlich 20. Wie kommst Du als Lehrling zur SP?

Während der Lehre ist mein Interesse an Umweltschutz-Fragen gewachsen. Ich habe diese Problematik und die Politik am Fernsehen und in den Zeitungen verfolgt. Dabei habe ich festgestellt, dass mein Standpunkt fast immer von der SP vertreten wird. Ueber einen Onkel, der bei der SP im Kanton Zürich mitmacht, habe ich dann den Kontakt hier gefunden. Ich fühle mich in Hünenberg sehr wohl. Hier machen Junge in meinem Alter und einige etwas Aeltere mit. Die meisten Mitglieder sind irgendwie aktiv.

Roger Studerus hat vor der Sommer-RS seine Lehre als Tiefbauzeichner abgeschlossen. Nun will er ein Jahr als Landschaftsgärtner arbeiten, um schliesslich Landschaftsarchitekt zu werden.

Othmar Romer

Du bist seit einem halben Jahr Präsident des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zug (GBZ). Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen GBZ und SP?

Von einer dauernden und institutionalisierten Zusammenarbeit kann man nicht sprechen. Das Zusammengehen bei einzelnen Sachfragen lief eher über die personellen Verflechtungen - der Präsident der Kantonalpartei ist gleichzeitig im GBZ-Vorstand, ich gehöre der Kantonsratsfraktion an usw. In letzter Zeit gab es eigentlich wenig Probleme. Mit dem rot-grünen Bündnis bei den Wahlen für das Verwaltungsgericht hat sich das allerdings geändert.

Warum? Was hat der GBZ dagegen?

Zunächst einmal finde ich es schlecht, dass die Partei den GBZ in dieser Frage nicht vorgängig begrüsst hat. Als langjähriger Partner hätte der GBZ eine solche Kontaktnahme sicher verdient. Sollte die rot-grüne Zusammenarbeit weiterdauern, müsste sich der GBZ vermehrt auf eigene Positionen besinnen und diese auch in der Öffentlichkeit markieren, vor allem wenn es um die Erhaltung der Arbeitsplätze, das Wohnen, den Verkehr usw. geht.

Hast Du denn grundsätzliche Bedenken gegen ein rot-grünes Bündnis?

Vorausschicken möchte ich, dass die gemeinsame Liste für die Richterwahlen zu schnell gekommen ist. Die Diskussion in der Partei zu diesem Thema ist erst richtig in Gang gekommen. Man hätte sich also mehr Zeit lassen und die Mitglieder in Ruhe anhören sollen.

Zur Sache selbst: Ich habe nichts gegen eine Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in Sachfragen, und zwar von Fall zu Fall. Dies gilt für die Bunte Liste in Zug, die Frische Brise Steinhausen und das Gleis 3 in Rotkreuz, aber auch für die Sozialistisch-Grüne-Alternative (SGA). Eine dauernde Zusammenarbeit sehe ich dagegen weniger. Die SP sollte vielmehr ihre Eigenständigkeit und ihr Selbstbewusstsein mehr zeigen, gerade bei Wahlen.

Und die SP? Wäre sie in einem solchen Bündnis nicht mehr als eigenständige Kraft erkennbar?

Gegenüber den grünen Gruppen hebt sich die SP schon dadurch ab, dass sie die anderen Politikfelder, vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik, ebenso stark pflegt wie die Umweltpolitik. Wie es Ursula Koch am Jubiläums-Parteitag der SPS ausdrückte, sollten wir nicht einfach Anliegen der Randgruppen aufnehmen, sondern uns der Sorgen der breiten Bevölkerung annehmen: Wohnungsnot, Arbeitsplatzsicherheit,

Einkommenssicherung bei Krankheit, Unfall, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit usw. Dazu zählt nicht zuletzt auch die Mitbestimmung in den Betrieben.

Und gegenüber der SGA? Gibt es da Profilierungsprobleme?

Die SGA stellt dauernd sehr weitgehende Forderungen auf, ohne Lösungen anzubieten. Wir haben uns dagegen die Mühe gemacht, realisierbare Verbesserungen, welche schrittweise eingeführt werden können, zu überlegen. Das ist weniger spektakulär als das Aufstellen von Maximalforderungen, letztlich aber seriöser und für die betroffenen Bevölkerungskreise erfolgreicher. Im übrigen betrachte ich die SGA primär als taktische Übung. Nachdem es mit der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) und der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) nicht richtig hingehauen hat, kommt die Gruppe mit einem unverfänglicheren Namen daher. Mich würde überhaupt interessieren, ob die SAP formell immer noch besteht oder aufgelöst ist. Die SP darf sich jedenfalls nicht dazu hergeben, für kleine politische Randgruppen den Steigbügelhalter zu spielen.

Könnte ein rot-grünes Bündnis nicht auch eine Entspannung bei den Differenzen zwischen SP- und SGA-Leuten in den Gewerkschaften bewirken?

Diese Frage stellt sich heute nicht mehr so wie vor ein oder zwei Jahren, weil die SGA ihre Prioritäten offensichtlich von der Gewerkschaftsarbeit weg auf die politische Arbeit hingewendet hat.

Welches wäre denn Deine Alternative zum rot-grünen Bündnis?

Die traditionelle Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften! Sie kann durchaus in einzelnen Sachfragen ergänzt werden durch fallweises Zusammengehen mit weiteren, also auch roten und grünen

Gruppierungen.

Die traditionelle Art des Politisierens hat der SP Erfolge gebracht, aber auch eine unverkennbare Stagnation. Ganz grob gesagt sind wir heute bezüglich Vertretung in den Behörden nicht weiter als zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Wie kann diese Stagnation überwunden werden?

Das ist sehr schwierig. In der Tat ist unser Einfluss in den Behörden seit Jahrzehnten immer etwa gleich stark gewesen, kleinere Schwankungen einmal beiseite gelassen. Eine wichtige Rolle hat dabei sicher der Wohlstand, der breite Kreise erfasst hat, gespielt. Dazu kommt, dass es in der Politik sehr langsam vorwärts geht, alles braucht unerhört viel Zeit - da verlieren viele Interessierte die Geduld, steigen aus und resignieren. Ich habe also kein Patentrezept auf Lager möchte aber meine Skepsis anmelden, ob es mit einer rot-grünen Allianz, die kaum mehr als 3-4 Wähler-Prozente aufbringt, tatsächlich gelingt, aus der Stagnation herauszukommen.

Mich stört, dass beim Thesenpapier der Geschäftsleitung die Frage des Bündnisses mit rot-grünen Gruppen die Diskussion dominiert. Das Papier macht aber auch Ausführungen über die Emanzipation der Frauen - was unter anderem auch die Freiheit beinhaltet, auch als Mutter einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können -, sodann über die vermehrte Flexibilisierung der Schule und der Arbeitswelt. Sind nicht diese gesellschaftspolitischen Vorstellungen in der Debatte bisher zu kurz gekommen

Das ist richtig. Vielleicht ist das eben deshalb so, weil diese Ideen weniger auf Ablehnung stossen. Eine Mutter soll meiner Meinung nach frei wählen können, ob sie erwerbstätig sein will oder nicht. Mit

Tagesheimen, Kinderhorten und Tagesschulen sollte das notwendige Umfeld dafür geschaffen werden. Auch in der Arbeitswelt ist mehr Flexibilität notwendig. Oskar Lafontaine hat da seinen Finger auf einen richtigen Punkt gelegt. In der Haltung zur vermehrten Sonntagsarbeit gehe ich mit ihm allerdings nicht einig. Es sollte in der Woche einen Tag geben, wo die grosse Mehrheit der Bevölkerung nicht arbeitet, nicht zuletzt der sozialen Kontakte wegen. Wir müssen nicht alles den Bedürfnissen der Wirtschaft unterordnen!

Dein Wunsch an die SP für die nächsten 100 Jahre?

Die SP sollte mehrheitsfähig werden und einen grösseren Einfluss auf die politischen Entscheide bekommen. Dies setzt voraus, dass wir in den Behörden stärker vertreten sind. Wie schon angesprochen, können wir das nur erreichen, wenn wir die Anliegen der breiten Bevölkerung glaubhaft und kompetent aufnehmen und vertreten. Das Potential, die Ideen dafür sind durchaus da. Es gilt, sie zu nutzen!

Othmar Romer ist 57 Jahre alt, verheiratet, seit 1979 Stadtrat und Kantonsrat, vorher sieben Jahre lang Oberrichter. Er war 1973-83 Präsident der SP des Kantons Zug und ist seit 1988 GBZ-Präsident.

5 Chronik 1838 - 1988

- 1836 Spinnerei Unterägeri nimmt Betrieb auf.
- 1838 Gründung des schweiz. Grütlivereins.
- 1840 Umwandlung der Papiermühle Cham in Papierfabrik.
- 1846 Spinnerei Neuägeri nimmt Betrieb auf.
- 1848 Gründung des Bundesstaates (Bundesverfassung). Totalrevision der Zuger Kantonsverfassung in liberalem Sinn.
- 1853 Gründung Spinnerei an der Lorze Baar.
- 1858 Gründung des Grütlivereins der Stadt Zug.
- 1866 Gründung der Anglo-Swiss Condensed Milk Co. Cham (Milchsiederei).
- 1870 Kulturkampf. Beginn der konservativen Mehrheit in Regierungsrat und Kantonsrat.
- 1872 Gründung Grütliverein Baar.
- 1873 Gründung erster Schweiz. Arbeiterbund. Revision Zuger Kantonsverfassung.
- 1874 Totalrevision Bundesverfassung (u.a. fakultatives Referendum).
- 1877 Eidg. Fabrikgesetz vom Volk angenommen.
- 1880 Gründung Schweiz. Gewerkschaftsbund.

- 1881 Gründung Metallwarenfabrik Zug (heute V-Zug AG).
Eidg. Haftpflichtgesetz für Fabrikbesitzer.
- 1887 Grütlivereine des Kantons Zug machen Petition für unentgeltliche Lehrmittel an den Volksschulen und bilden Kommission zur Ueberwachung des Vollzugs des Fabrikgesetzes.
- 1888 **Gründung der SP Schweiz (SPS).**
- 1889 Gründung Kantonalverband zugerischer Grütlivereine (identisch mit Arbeiterpartei).
Erstes Referendum der SPS (gegen Bundesanwaltschaft).
- 1890 Erstmals 1.- Mai Feiern. Erster SP-Nationalrat. Arbeiterbund Zug und Umgebung gegründet
Eingabe des Grütlivereins zur Revision der Zuger Verfassung.
- 1891 Einführung der eidg. Volksinitiative.
Erste Volksinitiative der SPS: Recht auf Arbeit.
- 1892 **Zuger Grütliverein portiert mit Josef Müller erstmals einen Kantonsrat** (ohne Erfolg). Gründung der Zuger Kantonalbank.
- 1893 Gründung des "Centralschweizer Demokrat" (später umbenannt in "Arbeiterblatt" und "Freie Innerschweiz").
- 1894 Einführung des Proporzwahlrechts im Kanton Zug für Regierungsrat, Kantonsrat und Gemeinderäte.
Arbeiterpartei erringt, z.T. mit dem Freisinn, 3 Kantonsratsmandate.

- 1896 Gründung Institut Theiler & Co. (Vorläufer von Landis & Gyr).
- 1897 Eingabe des Grütlivereins der Stadt Zug betr. Beschaffung von billigem Wohnraum.
- 1898 Arbeiterpartei erringt 4 Mandate im Kantonsrat und, mit der FDP, einen **Sitz im Regierungsrat (Josef Müller)**.
- 1899 Gründung des **Arbeitervereins Volkswacht Baar**.
- 1901 "Solothurner Hochzeit": Zusammenschluss von SPS und Grütliverein. J. Amsler wird Suppleant am Kantonsgericht.
- 1902 Kantonalverband zugerischer Grütli- und Arbeitervereine wird offiziell **Kantonalpartei der SPS**. Arbeiterpartei erringt 5 Mandate im Kantonsrat.
- 1905 Fusion Milchsiederei Cham mit Nestlé AG.
- 1906 **Philipp Andermatt** und **Gustav Grossmann** werden in den **Baarer Einwohnerrat** gewählt. Neue Statuten der "Politischen Arbeiterpartei der Stadt Zug".
- 1909 Agitation für die SPS-Nationalratsproporz-Initiative, die 1910 abgelehnt wird. Motion auf Kantonsebene für einen arbeitsfreien Karfreitag, Oster- und Pfingstmontag. **J. Amsler** wird erster **Oberrichter**.
- 1910 SP-Nationalrat Eugster (der "Weberpfarrer") spricht zum 1. Mai in Baar. "Zugerischer Sozialdemokratischer Presseverein" wird gegründet. Im Vorfeld der

- Wahlen erscheint in Baar eine "Zugerische Arbeiterzeitung". Kantonsrat Gottlieb Haller ist Regierungsratskandidat der Arbeiterpartei. 5 Kantonsratsmandate. **Dr. Belmont** wird **Einwohnerrat in Cham**.
- SP-Nationalrat Studer, Winterthur, spricht in Zug zum Nationalratsproporz. Anlässlich der Silvesterfeier des Arbeitervereins Volkswacht Baar kommt es zu einer Schlägerei mit Verletzten, zertrümmertem Mobiliar und einer gerichtlichen Untersuchung.
- 1911 Marie Walter, Winterthur, referiert in der Sektion Baar über "Frauenleben und Frauenerwerb". Gründung der Elektrischen Strassenbahn (heute ZVB).
- 1912 Die neuen SPS-Statuten werden diskutiert. Der "Demokrat" in Luzern wird Tageszeitung.
- 1913 Der Allgemeine Arbeiterverein Zug feiert sein 50-Jahr-Jubiläum. Gründung der Verzinkerei Zug (heute V-Zug AG).
- Gründung der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zug und des Sozialdemokratischen Parteivereins Baar.**
- 1914 Dr. Belmont, Cham, kandidiert als SP-Regierungsrat. Die SP erreicht 4 Kantonsrats-Sitze. Nationalrat Grimm spricht in Baar zum Wirtschaftsgesetz. Erster Weltkrieg: SP-Fraktion stimmt Burgfrieden und Vollmachtenregime des Bundesrats zu.

- 1915 Die Jungburschen haben 1914 in Zürich ein ständiges Sekretariat eröffnet. 1915 kommt es im Kanton Zug zu Gründungen von Jugendorganisationen, die zeitweise sehr aktiv sind. 1918 werden die Freie Jugend und die Jugend-Internationale in der Schweiz verboten.
Keine Maifeier "wegen der schwierigen Lage, in der wir uns befinden".
Die in der "Solothurner Hochzeit" von 1901 verbundenen Grütlianer und Sozialdemokraten trennen sich. Fundamentalere Unterschied ist die Stellung zum Militär. Die SPS bekennt sich an einem Parteitag zu den Beschlüssen von Zimmerwald und lehnt Militärkredite ab. Die Sektion Baar bestellt 30 Exemplare der Schrift "Militärdiktatur, Militärjustiz und Pressefreiheit" des Zimmerwalder Sozialisten Fritz Platten.
- 1916 Für eine Militärjustizinitiative werden Unterschriften gesammelt.
Der Sozialdemokratische Parteiverein Baar bezeichnet sich neu als "Sozialdemokratische Partei Baar".
- 1917 Die Arbeiter-Union des Kantons Zug wird gegründet.
Als Nationalrats-Kandidat wird der in Luzern wohnende "Zimmerwaldsozialist" (Zuger Wochenzeitung) Allgöwer aufgestellt. SPS-Parteitag lehnt Landesverteidigung ab.
- 1918 SPS-Initiative für Proporzwahl des Nationalrats vom Volk angenommen. Generalstreik.

Die Sektion Baar bestellt 20 Exemplare der Broschüre "Die Erdrosselung der russischen Revolution durch den deutschen Militarismus".

- Gottlieb Haller** wird **SP-Regierungsrat**. Die SP erreicht sieben Kantonalratssitze. **Heinrich Gallmann** wird **Stadtrat in Zug**, **Karl Heinzer** **Einwohnerrat in Baar**.
- 1919 Die Sektion Baar bestellt 50 "Karikaturen" des Oltner Aktionskomitees.
Der Parteitag in Basel beschäftigt sich mit der Frage, Beitritt oder Nicht-Beitritt zur III. (Kommunistischen) Internationale. Die Kantonalpartei sollte auf Anregung der Sektion Baar einen Referenten pro und contra einladen.
- 1920 Die Sektion Baar befürwortet (15:4) einen Beitritt zur III. Internationale. Es kommt zu starken Spannungen in der Sektion.
- 1921 Aus der SPS ausgetretene Parteilinke gründen auf schweizerischer Ebene die Kommunistische Partei der Schweiz, die der III. Internationale beitrifft. Schweizerischer Parteitag und Urabstimmung der SPS lehnen die "21 Bedingungen" zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale ab.
Hitze Debatten um die Richtung der Partei und Parteiaustritte. Traktandum an der Generalversammlung der SP Baar ist die Frage: "Soll die sozialdemokratische Partei weiterbestehen oder nicht?" ("Im Laufe der Diskussion verliessen die Linkstehenden den Saal").
Erfolgreiche Unterschriftensammlung gegen die Lex Häberlin. Das vehement bekämpfte "Maulkrattengesetz" wollte die Staatsschutzbestimmungen verschärfen, mit der Begründung, dass die kommunistische Agitation wirksamer bekämpft werden müsse. Das Gesetz wurde 1922 mit 55,4% Nein abgelehnt.

- Nach dem Wegzug von G. Haller aus dem Kanton Zug verliert die SP ihren Sitz im Regierungsrat in einer Nachwahl an die Liberalen.
- 1921/22 Wirtschaftskrise: Kurzarbeit von 1668 Arbeitern der Industrie (Landis & Gyr, Metallwarenfabrik, Verzinkerei usw.) sowie Lohnkürzungen und Entlassungen.
- 1922 Jugendorganisation wiedergegründet.
Wahlen: Heinrich Gallmann wird SP-Regierungsrat, sein Nachfolger im Zuger Stadtrat ist Dominik Iten.
- Die SPS-Volksinitiative einer Vermögensabgabe wird abgelehnt.
Streik von ca. 300 Arbeitern in der Metallindustrie aufgrund von Lohnkürzungen.
- 1923 Nationalrat Heeb referiert in Zug über "Sozialismus als Weltanschauung".
Streik der Gasarbeiter in Zug wegen Lohnreduktion.
- 1924 "Lex Schulthess" vom Volk verworfen (48-Stundenwoche wird beibehalten).
Die SP Baar hat 100 Mitglieder. (1925 werden 21 "infolge Liederlichkeit in Sachen Beitragsentrichtung" von der Parteiliste gestrichen).
- 1925 Kant. Grütliverein aufgelöst.
- 1926 2. Mai: **Gründung einer SP-Sektion Cham.**
Neue Statuten der SP Kanton Zug.
- 1927 SPS-Frauentag verlangt Mutterschaftsversicherung.

- 1931 SP stärkste Partei im Nationalrat.
Arbeiter-Union des Kantons Zug gibt sich neue Statuten.
- 1931/33 Entlassungen und Arbeitsplatzabbau der Spinnerei Aegegi (ca. 140), der Spinnerei an der Lorze Baar (ca. 50), der Landis & Gyr (ca. 900), der Verzinkerei (ca. 100).
Schliessung der Nestlé Cham (ca. 100).
Erstes AHV-Gesetz abgelehnt.
- 1932/33 Streiks in der Verzinkerei Zug (Akkordlohn um 25-30% gesenkt).
- 1933 SP-Mindestlohninitiative im Kanton Zug angenommen.
- 1933/34 Heinrich Gallmann erster SP-Landammann.
- 1934 Tag der Arbeit in Zug (Arbeiterlandsgemeinde der Innerschweiz) mit 4000 Beteiligten; Demonstrationzug durch die Stadt mit 3000 Personen.
- 1933/35 Lohnabbaupolitik des Bundesrats und der Unternehmer. Löhne des Bundespersonals um 7,5% gekürzt, nachdem ein Abbau um 15% von der Volksabstimmung 1933 abgelehnt wurde.
- 1935 Luzerner Parteitag anerkennt Landesverteidigung. Der erste SP-Kantonsrichter, Ruedi Meier, von der Landis & Gyr, wegen seiner Artikel im "Arbeiterblatt" entlassen. SP verliert Kantonsrichtermandat.
Kriseninitiative von SGB/SPS abgelehnt.
- 1936 Höhepunkt der Krise mit 124'000 Arbeitslosen. Abwertung des Schweizer Frankens.

- 1937/38 Richtlinienbewegung (SGB, SPS, LdU u.a.) tritt dem Faschismus entgegen.
- 1939 Beginn des Zweiten Weltkrieges.
- 1942 Neues SP-Aktionsprogramm "Neue Schweiz".
- 1943 **Fritz Jost** wird **erster SP-Nationalrat** aus Zug. **Ernst Nobs** **erster SP-Bundesrat**. Konzessionsvertrag an Zuger Wasserwerke AG gegen die Opposition der SP bewilligt.
- 1946 Gründung SP Unterägeri
- 1946 **Grosser Wählerfolg**: 14 Kantonsratsmandate, Einzug in die Einwohnerräte von Cham und Unterägeri. Clemens Meienberg wird Regierungsrat.
- 1947 AHV-Gesetz und Wirtschaftsartikel angenommen. Fritz Jost als Nationalrat nicht bestätigt.
- 1949 Gründung SP Steinhausen.
- 1950 SP Steinhausen gewinnt Gemeinderatsmandat.
- 1953 Rücktritt von Max Weber aus dem Bundesrat: SP wird Oppositionspartei.
- 1959 Parteitag in Winterthur: Neues Parteiprogramm. SP tritt mit Spähler und Tschudi wieder in den Bundesrat ein. (Zauberformel).
- 1963 Atomwaffen-Verbotsinitiative der SP abgelehnt.
- 1966 SP Steinhausen holt Gemeinderatssitz zurück.

- 1967 SP-Initiative gegen Bodenspekulation abgelehnt.
- 1968 Rücktritt von Stadtrat Jost, Nachfolger wird Robert Wassmer.
- 1970 Clemens Meienberg tritt als Regierungsrat zurück. Nachfolger wird Thomas Fraefel.
- 1972 SPS-Parteitag für 3-Säulen-Konzept (AHV, Pensionskassen und privates Sparen). Zentralschweizer AZ (Nachfolger der "Freien Innerschweiz") stellt Erscheinen ein.
- 1973 Willi Ritschard wird Bundesrat. Kantonale Initiative betr. Wasserrechte aufgrund des Gegenvorschlags zurückgezogen.
- 1974 Steuerinitiative der Zuger SP deutlich verworfen. Robert Wassmer als Stadtrat nicht wiedergewählt.
- 1975 **Thomas Fraefel** wird **Nationalrat**, der Freisinnige Dr. A.C. Brunner abgewählt.
- 1976 Mitbestimmungsinitiative von SGB/SPS verworfen.
- 1977 Volksinitiative der Zuger SP für kleinere Schulklassen verworfen. SP-Reichtumssteuerinitiative abgelehnt.
- 1978 SP lanciert Bankeninitiative und nimmt gegen Atomkraftwerke Stellung. Willi Schilling wird Gemeinderat in Unterägeri, Othmar Romer wird neuer SP-Stadtrat.
- 1979 Zuger ZESIPO-Beitritt trotz SP-Gegnerschaft.

- 1981 SP-Initiative für städtischen Wohnungsbau in Zug angenommen.
- 1982 Neues Parteiprogramm (Parteitag in Lugano).
- 1983 Gründung der SP Menzingen.
- 1984 Parteitag entscheidet gegen Austritt aus dem Bundesrat.
SP-Bankeninitiative abgelehnt.
- 1985 SP-Referenden gegen Gutschrankabfahrt (mit Erfolg) und Stadttunnel (ohne Erfolg).
- 1986 SP-Initiative zur Halbierung der Bustarife scheitert am Gegenvorschlag des Kantonsrats. Thomas Fraefel tritt als Regierungsrat zurück, Nachfolger wird Urs Birchler.
- 1987 Bestätigung des Auftrages Stadt Zug, 400 Wohnungen zu bauen (SP-Initiative 1981).
- 1988 Gründung SP Hünenberg.
Volksinitiative für ein Vollamt des Zuger Regierungsrats eingereicht (mit SGA, Bunte Liste, Frische Brise, Gleis 3).
Rot-grünes Wahlbündnis bei den Wahlen in das Verwaltungsgericht.

Kantonale Volksbegehren 1875-1988

Nr.	Jahr**	Gegenstand	Entscheid
1-4	1891	Wirtschafts- und Steuergesetz	-
5	1891	Kantonsverfassung	+
6	1908	Besteuerungsrecht der Kirchengemeinden	-
7	1916	Wirtschaftsgesetz	-
8	1918	Gründungsfonds für Altersversicherung	-
9	1921	Wirtschaftsgesetz (Tanzverbot)	-
10	1926	Gemeindegesezt (Aufenthalter)	-
11	1927	Wirtschaftsgesetz (Tanzen)	-
12	1928	Wahlgesetz (Samstagurne)	+
13	1928	Staatsbank I (KV)	-
14	1929	Staatsbank II (KV)	-
15*	1933	Festlegung von Mindestlöhnen	+
16	1934	Schutz der öffentlichen Ordnung	-
17	1934	Stimmrecht der Aufenthalter	-
18	1940	Wirtschaftsgesetz (Samstagstanzen)	-
19	1942	Revierjagdsystem	-
20	1947	Wirtschaftsgesetz (Tanzwesen)	-
21	1957	Oeffentl. Urteilsberatung	-
22	1957	Strafuntersehungsverfahren	-
23	1973	Neuordnung der Schiffahrt	-
24	1973	Vollamt für Regierungsräte	-
25*	1974	Arbeitnehmerfreundliches Steuergesetz	-
	1974	Gegenvorschlag	-

Kantonale Volksbegehren 1875-1988 (Forts.)

Nr.	Jahr**	Gegenstand	Entscheid
26*	1977	Kleinere Schulklassen	-
27	1977	Politischer Einfluss von Verwaltungsräten	-
28	1978	Einheitl. Schulbeginn in allen Kantonen	+
29	1982	Verbot von Geldspielautomaten	-
30	1982	Bessere Stimmbeteiligung	-
31	1982	Zerstörung von Wohnraum	-
32	1985	Produktivität im Berufsbildungs- u. Hochschulwesen, weniger Bürokratie	-
33	1986	Nulltarif gegen Umweltbelastung	-
34*	1986	Halbierung der Bustarife	-
	1986	Gegenvorschlag des Kantonsrats	+
35	1986	Erhaltung der Lorzentobelbrücke	+
36	1987	Gerechte Besteuerung d. Wohnungsmieter	+
37	1988	Erhaltung der Moränenlandschaft	+
38*	1988	Vollamt der Regierung	-
<p>* SP-Initiative (Nr. 38 mit SGA, Frische Brise, Gleis 3)</p> <p>** Jahr der Abstimmung (Ausnahme: Nr. 38 Jahr der Einreichung)</p> <p>KV Kantonsverfassung</p>			

Kantonale Referendumsvorlagen seit 1874

Nr.	Jahr	Gegenstand	Entscheid
1	1884	Gemeindegesezt (Gemeindesteuern)	-
2	1889	Assekuranzgesetz vom 30.10.89	-
3	1901	Jagdgesetz vom 30.5.01	+
4	1908	Kleinverkauf geistiger Getränke	-
5	1914	Wirtschaftsgesetz	-
6	1914	Jagd- und Vogelschutz	-
7	1926	Brandversicherung der Immobilien	+
8	1929	Zuger Kantonalbank	+
9	1929	Einschränkung der Kleinverkaufsstellen	+
10	1929	Morgenschnapsverbot	-
11	1930	Automobilverkehr	-
12	1933	Jagd- und Vogelschutz	-
13	1943	Wiederherstellung des finanz. Gleichgew.	-
14	1947	Kantons- und Gemeindesteuern	+
15	1948	Teuerungszulagen	-
16	1948	Steuern u. Gebühren, Haftpflichtvers. im Motorfahrzeug- u. Fahrradverkehr	+
17	1948	Schulgesetz (Ausdehnung der Schulpflicht)	-
18	1949	Ferien	+
19	1952	Baugesetz für den Kanton Zug	-

Kantonale Referendumsvorlagen seit 1874 (Forts.)

Nr.	Jahr	Gegenstand	Entscheid
20	1957	Steuern u. Gebühren, Haftpflichtvers. im Motorfahrzeug- u. Fahrradverkehr	-
21	1968	Ausbau landwirtschaftliche Schule	+
22	1972	Kantons- und Gemeindesteuern	+
23	1975	Erwerb von 5 Grundstücken (Firma Stärkle) in der Stadtgemeinde Zug	-
24	1976	Neubau der Lorzentobelbrücke	-
25	1977	Oeffentl. Schiffsverkehr auf dem Zugersee	+
26	1977	Konzession an die Wasserwerke Zug AG	-
27*	1979	Polizeil. Zusammenarb. in d. Zentralschweiz	+
28	1984	Eigenmietwert	+
29	1985	Schwesternschule beim Kantonsspital	-
30	1985	Mietzinszuschüsse	-
31*	1985	Strassenbauvorlage "Stadtunnel" Zug	+
32*	1985	Strassenbauvorlage "Gutschrank"	-
33	1988	Vorsorgeregelung für Regierungsratsmitgl.	-

* SP-Referenden (Nr. 31-32 gemeinsam mit anderen Gruppen)

6 Statistischer Teil und Ehrentafel

6.1 Wahlspiegel 1918-1988

Zuger Nationalratssitze 1918-48

Amtsjahre	SP	CVP	FDP
1919-22	0	0	1
1922-43	0	1	1
1943-47	1	1	0
1947-75	0	1	1
1975-79	1	1	0
seit 1979	0	1	1

SP - Vertreter

1943-47 Fritz Jost
1975-79 Thomas Fraefel

Wahlspiegel Zuger Nationalratswahlen 1918-87

Jahr	Wähleranteil in Prozenten			
	SP	CVP	FDP	übrige
1919	30,2	-	69,8	-
1922	22,8	50,3	26,9	-
1925	23,9	47,9	28,2	-
1928	22,7	44,3	33,0	-
1931	25,7	46,7	27,6	-
1935	23,9	48,0	28,1	-
1943	33,0*	43,3	23,7	-
1947	27,2	44,0	28,8	-
1951	26,0	43,9	30,1	-
1955	23,7	44,1	32,2	-
1959	20,5	47,8	31,7	-
1967	-	51,0	49,0	-
1975	35,7*	39,4	23,1	1,8
1979	30,9	34,1	32,8	2,2
1983	22,8	39,9	33,6	3,8
1987	22,6	34,2	34,1	9,1

* SP Mandatsgewinn

Wähleranteile der SP bei kantonalen und kommunalen
Wahlen 1918 - 1986 (in Prozent)

Jahr	Kanton Regie- rungsrat	Stadt Zug Stadtrat	Baar	
			Grosser Gemeinderat	Gemeinderat
1918	14,1	16,8	-	19,4
1922	14,2	23,8	-	*
1926	13,1	19,2	-	22,2
1930	12,6	18,9	-	23,8
1934	15,2	21,9	-	27,4
1938	*	*	-	*
1942	*	*	-	*
1946	21,4	25,9	-	35,5
1950	18,1	19,2	-	*
1954	16,2	19,9	-	*
1958	16,9	19,2	-	*
1962	14,6	18,0	16,8	*
1966	15,0	17,7	17,7	23,5
1970	14,9	20,0	18,5	23,2
1974	19,4	13,3	14,3	22,9
1978	18,7	18,8	18,7	22,3
1982	20,1%	19,3	18,9	*
1986	16,3%	23,4	16,9	22,6

* vereinigte Liste

6.2 Mandatsverteilung 1894-1990 und SP-Vertreter in den Behörden

Regierungsrat 1894-1990

Amtsjahre	CVP	FDP	SP	SP-Landammänner
1894-1898	5	2	-	1933-34 Heinrich Gallmann
1899-1902	4	2	1	
1903-1918	4	3	0	
1919-1920	4	2	1	1957-58 Clemenz Meienberg
1921-1922	5	2	0 *	1969-70 Meienberg
1923-1938	4	2	1	1979-80 Thomas Fraefel
1939-1982	4	2	1	
1983-1990	3	3	1	

* Nachwahl nach Wegzug von Haller aus dem Kanton Zug wurde von der SP gegen die CVP verloren

SP-Vertreter im Regierungsrat

1900-02	Josef Müller	1937-46	Caspar Sigrist
1919-20	Gottlieb Haller	1947-70	Clemenz Meienberg
1923-37	Heinrich Gallmann	1971-86	Thomas Fraefel

ab 1987 Urs Birchler

Verteilung der Kantonsratssitze 1894-1986

Wahljahr	CVP	FDP	SP	übrige	total
1894	40	24	3	-	67
1898	40	24	3	-	67
1902	41	26	5	-	72
1906	40	28	4	-	72
1910	42	25	5	-	72
1914	43	25	4	-	72
1918	43	22	7	-	72
1922	43	27	9	-	79
1926	43	28	8	-	79
1930	43	29	7	-	79
1934	44	26	8	-	78
1938	42	27	9	1	79
1942	41	28	9	-	78
1946	39	25	14	-	78
1950	44	22	11	1	78
1954	41	24	10	2	77
1958	41	22	11	3	77
1962	43	26	8	1	78
1966	44	23	10	1	78
1970	41	25	8	4	78
1974	44	24	7	5	80
1978	43	23	10	4	80
1982	40	29	10	1	80
1986	38	29	10	3	80

SP-Kantonsrats- präsidenten

Clemenz Meienberg 1945/46
Fritz Jost 1957/58
Robert Wassmer 1973/74
Hans Rüegg 1985/86

SP-Kantonsräte aus Zug

Josef Müller	1894-1902		
Karl Schmid	1894-1898		
Jakob Vollenweider	1898-1906, 1909-18		
Johann Amsler	1902-1906, 1910-13		
Gottlieb Haller	1906-1910, 1913-20		
Plazidus Schwerzmann	1906-1910		
Heinrich Gallmann	1916-34	Emil Rüeger	1958-73
Dominik Iten	1918-30	Robert Wassmer	1960-62
Eduard Thommen	1918-21		1966-75
Emil Gysi	1921-26	Thomas Fraefel	1963-70
Karl Brunschwiler	1922-26	Paul Engeler	1966-82
Ludwig Kellenberger	1922-28	Ferdinand Erni	1966-78
Josef Kälin	1927-30	Othmar Romer	1966-70
	1935-42, 1944-46		ab 1978
Gustav Müller	1928-40		
Friedrich Fischer	1930-44		
(in Cham 1922-30)			
Caspar Sigrüst	1930-38		
Ernst Sigrüst	1934-42		
Fritz Jost	1938-63		
Clemenz Meienberg	1941-46	Klaus Frick	1970-74
Gottfried Aschwanden	1942-66	Hans Rüegg	1973-86
Klemenz Grab	1942-46	Alwin Kyburz	1974-78
Paul Heusser	1942-50	Otto Erni	1978-82
Albert Bachmann	1946-54	Heidi Jans-Dejung	1978-86
Willy Frei	1946-51		
Richard Säurer	1946-50/1954-58		
Willy Stoller	1946-47		
Johann Hürlimann	1948-54		
Hans Kuster	1950-60	Othmar Birri	ab 1982
Kurt Meier	1950-54	Urs Diethelm	ab 1986
Albert Grossmann	1954-62	Armin Jans	ab 1986

SP-Kantonsräte aus Baar

Philipp Andermatt	1894-1922	Theodor Aschwanden	1958-70
Emil Meier	1902-1906	Karl Utiger	1960-70
Albert Meier	1906-1910	Fritz Müller	1962-66
		Josef Luthiger	1966-74
Ernst Stöcklin	1919-26,		
	1930-58	Ernst Wyser	1970-74
Ferdinand Aeschbacher	1922-30	Martin Lustenberger	1974-81
Heinrich Rey	1922-62	Ueli von Matt	1978-81
Karl Heinzer	1926-30	Urs Birchler	1978-86
Josef Hug	1930-58	Dora Hotz	1982
Alois Strickler	1946-48	Ruedi Hug	ab 1982
Hans Meier	1949-60	Silvan Romer	ab 1982
		Monika Hutter-	ab 1986
		Häfliger	

SP-Kantonsräte aus Cham

Anton Blum	1902-04, 1910-11, 1920-21		
Albert Belmont	1910-16		
Josef Köpfli	1918-20		
Friedrich Fischer	1922-30	Anton Roth	1960-62
			1965-86
Albert Walter	1938-42		
Ferdinand Bieri	1946-54		
Walter Dambach	1946-50	Jean-P. Prodolliet	1982-86
Samuel Fischer	1950-65	Hans Sachaufelberger	ab 1986
Max Glanzmann	1954-60	Herbert Lerch	ab 1986

SP-Kantonsräte aus Unterägeri

Albert Siegfried	1946-50	Alexander Iten	1950-62
------------------	---------	----------------	---------

SP-Kantonsräte aus Steinhausen

Ernst Ineichen	ab 1978
----------------	---------

SP - Vertreter in den Gerichten 1894-1988

Kantonsgericht (5, ab 1985 7 Mitglieder)

Richter		Suppleanten	
Ruedi Meier	1933-34	Johann Amsler	1901-08
Paul Heusser	1945-71	Ernst Bühler	1945
		Albert Iten	1945-56
		Thedy Aschwanden	1957-70
Arthur Weiss	ab 1971	Priska Wiedenmeier	1971-80
		Josef Arnold	1981-82
		Marianne Küng	ab 1982

Obergericht (7 Mitglieder)

Richter		Suppleanten	
Johann Amsler	1909-12	Ernst Stöcklin	1929-40
Philipp Andermatt	1913-20	Clemenz Meienberg	1941-46
Friedrich Fischer	1925-32	Franz Hürlimann	1947-48
Gustav Müller	1933-40	Max Hächler	1949-52
Ernst Stöcklin	1941-56	Albert Grossmann	1953-56
Albert Grossmann	1957-64	Karl Loosli	1957-60
Willy Blaser	1965-71	Willy Blaser	1961-64
Othmar Romer	1972-78	Othmar Romer	1965-71
Josef Bomatter	1979-84	Hans Rogenmoser	1972-76
		Manuel Bäumle	1977-80
Lotti Fischbacher	ab 1985	Lotti Fischbacher	1981-84
		Richard Aeschlimann	ab 1985

Verwaltungsgericht (7 Mitglieder)

Richterinnen		Suppleanten	
Marisa Wenk	1977-80	Hanspeter Hausheer	1977-80
Heidi Jans-Dejung	ab 1985	Lisbeth Bühler	1985-88

SP-Vertreter in weiteren kantonalen Gremien

Erziehungsrat (7 Mitglieder)

1959-62	Heinrich Rey
1963-70	Thomas Fraefel
1971-78	Klaus Frick
ab 1979	Walter Ineichen

Bankrat Zuger Kantonalbank

ab 1975	Thomas Fraefel
---------	----------------

Behörden der Stadt Zug

Mandatsverteilung Zuger Stadtrat

Amtsjahre	CVP	FDP	SP	übrige	total
1895-1898	1	4	-	-	5
1899-1902	2	3	-	-	5
1903-1906	1	4	-	-	5
1907-1918	2	3	-	-	5
1918-1922	2	2	1	-	5
1923-1926	3	1	1	-	5
1927-1974	2	2	1	-	5
1975-1978	2	2	0	1	5
1979-1982	2	1	1	1	5
1983-1990	2	2	1	0	5

SP-Vertreter im Stadtrat

1919-22	Heinrich Gallmann	1941-68	Fritz Jost
1923-30	Dominik Iten	1969-74	Robert Wassmer
1931-37	Caspar Sigrüst		
1937-40	Gustav Müller	ab 1979	Othmar Romer

Grosser Gemeinderat der Stadt Zug 1962-1986

Wahljahr	Anzahl Mandate					total
	CVP	FDP	SP	LdU	andere	
1962	18	14	6	2	-	40
1966	17	14	7	2	-	40
1970	15	14	7	1	3	40
1974	15	14	5	6	-	40
1978	15	13	8	2	2	40
1982	14	14	8	1	3	40
1986	15	13	7	-	5	40

SP-Vertreter im Grossen Gemeinderat

Emil Blarer	1962-66	Franz Akermann	1978-86
Alwin Kyburz	1962-78	Gustav Glaus	1978-82
Robert Wassmer	1962-68	Rahel Lustenberger	1978-81
Paul Heusser	1962-66	Lina Rüeger	1978-86
Fritz Oldani	1962-70	Armin Jans	1978-86
Werner Zürcher	1962-70	Josef Huber	1978-82
		Dominique Schneider	1978-82
Arthur Kuchen	1966-70		
Arthur Weiss	1966-78	Hans Suter	1982-85
Hans Brog	1966-70	Armin Oswald	ab 1982
Erwin Villiger	1969-82	Hanspeter Hausheer	ab 1982
Walter Bürgi	1970-74	Dolfi Müller	ab 1982
Erwin Fleischli	1970-74	Othmar Birri	ab 1982
Paul Müller	1970-78		
Hansruedi Rettenmund	1970-74	Georg Windlin	ab 1986
Adolf Nussbaum	1974-78	Henri Bachmann	ab 1986
Josef Bomatter	1975-78	Walter Furrer	ab 1986

SP-GGR-Präsidenten

1973/74	Alwin Kyburz
1985/86	Hanspeter Hausheer

Gemeinderat Baar (7 Mitglieder)

Amtsjahre	CVP	FDP	SP
1895-1898	3	4	-
1899-1906	4	3	-
1907-1910	5	-	2
1911-1918	4	3	0
1919-1932	4	2	1
1933-1974	3	2	2
1975-1978	3	3	1
1979-1986	3	2	2
1987-1990	4	2	1

SP-Vertreter

Philipp Andermatt	1907-10	Otto Lienberger	1942-44
Gustav Grossmann	1907-10	Ernst Utiger	1945-70
Karl Heinzer	1919-26	Josef Süess	1963-70
Ferdinand Aeschbacher	1927-30	Willy Blaser	1971-86
Alois Strickler	1931-34	Robert Hotz	1971-74
Matthias Scherrer	1933-42		ab 1979
Josef Hug	1935-62		

Gemeinderat Cham (5 Mitglieder)

Amtsjahre	CVP	FDP	SP
1895-1910	2	3	-
1911-1916	2	2	1
1917-1946	2	3	0
1947-1970	2	2	1
1971-1974	3	2	0
1975-1990	3	1	1

SP-Vertreter

Albert Belmont	1911-16
Samuel Fischer	1947-65
Walter Amberg	1965-70
Max Schicker	1975-86
Heinz Schmid	ab 1987

Gemeinderat Unterägeri (5 Mitglieder)

Amtsjahre	CVP	FDP	SP
1918-30	3	2	-
1931-46	2	3	-
1947-50	2	2	1
1951-62	3	1	1
1963-74	3	2	0
1975-78	2	3	0
1979-90	2	2	1

SP-Vertreter

Albert Siegfried	1947-62
Willi Schilling	ab 1979

Gemeinderat Steinhausen (5 Mitglieder)

Amtsjahre	CVP	FDP	SP	übrige
1947-50	3	2	0	-
1951-58	2	2	1	-
1959-66	3	2	0	-
1967-86	2	2	1	-
1987-90	2	2	0	1

SP-Vertreter	Josef Huber	1951-58
	Josef Wiedenmeier	1967-82
	Klara Landolt	1983-86

6.3 Parteipräsidenten

Vorbemerkung

Im folgenden werden die Präsidenten der Kantonalpartei und der Sektionen aufgeführt. Die Angaben gehen indes höchstens bis zum Zweiten Weltkrieg zurück und sind nicht vollständig zuverlässig, insbesondere, was die Jahreszahlen anbetrifft. Bei Sektionen, bei denen die Datierung der Präsidialjahre zu unsicher ist, wurden deshalb die Jahreszahlen weggelassen.

Präsidenten der Kantonalpartei

1940-46	Caspar Sigrist
1947	Fritz Jost (in Vertretung Sigrist)
1947	Willy Stoller
1947-65	Fritz Jost
1965-68	Clemenz Meienberg
1968-73	Thomas Fraefel
1973-83	Othmar Romer
1983-88	Ernst Ineichen
ab 1988	Othmar Birri

Präsidenten der Sektion Zug

1941-48	Fritz Jost	1979-81	Armin Oswald
1948-53	Hans Kuster	1981-83	Werner Lüchli
1953-54	Johann Hürlimann		
1954-58	Albert Grossmann		
1958-62	Emil Rüeger	1983-85	Dreierpräsidium (Dolfi Müller, Gusti Glaus, Rainer Bütler)
1962-69	Paul Engeler		
1969-73	Robert Wassmer		
1973-75	Hans Rüegg		
1975	Marie-F. Lechleiter	1985-88	Othmar Birri
1975-78	Armin Jans		
1978-79	Hanspeter Hausheer	ab 1988	Armin Oswald

Präsidenten der Sektion Baar

ca. 1952-60	Ernst Utiger	1971-78	Robert Hotz
1961-65	Josef Luthiger	1978-80	Ueli von Matt
1965-66	Fritz Müller	1980-87	Urs Birchler
1966-71	Josef Luthiger	ab 1987	Walter Ineichen

Präsidenten der Sektion Cham

	Max Glanzmann		
	Walter Trinkler		
1960 ff	Toni Roth		
1970 ff	Titus Paganini		
1979-86	Jean-Pierre Prodolliet		
1986	Anton Lerch		
ab 1987	Walter Amberg		

Präsidenten der Sektion Unterägeri

Josef Reichmuth (um 1954)
Albert Siegfried
Albert Meier
Leo Lüthold (ca. 1967-78)
Martin Pérez
Louis Steffen
Martin Pérez

Präsidenten der Sektion Steinhausen

1949	Josef Huber
1949-50	Henri Zwahlen
1950-5.	Wenk
195.-55	Ernst Bopp
1955-58	Josef Huber
1959-62	Parteiaktivität ruht
1962-68	Bruno Huwyler
1968-77	Othmar Haselbeck
1977-80	Erika Ineichen
1979-82	Josef Arnold
1982-83	Klara Landolt
1983-87	Fredi Niederberger
ab 1987	Marianne Perino-Muff

Präsidenten der Sektion Menzingen

1983-86	Rolf Nebel
ab 1986	Toni Jutz

Präsident der Sektion Hünenberg

ab 1988	Urs Birchler
---------	--------------

7 Nachwort und Quellen

7.1 Nachwort

Die vorliegende Jubiläumsschrift erhebt nicht den Anspruch, die Geschichte der Zuger Sozialdemokraten vollständig oder gar mit wissenschaftlicher Genauigkeit darzubieten. Sie möchte vielmehr zum Lesen und zur kritischen Besinnung anregen, zunächst durch den Blick in die vergangenen Jahre, wobei besonderes Gewicht auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gelegt wurde, da der komplizierte Werdegang der SP heute kaum mehr bekannt sein dürfte. Werner Lüönd hat die Geschichte der SP aus der Sicht der Stadt Zug dargestellt, Richard Aeschlimann hat sie um die Baarer Geschehnisse ergänzt und zu einem gemeinsamen Text gestaltet. Demgegenüber beschränkt sich die Darstellung der Jahre 1918-1988 auf das Notwendigste. Sie wird in erster Linie durch Zeitungsartikel und weitere Quellen lebendig. Armin Jans hat die Zwischentexte für die Jahre 1918-1988 geschrieben, das Quellenmaterial gesammelt und mit Richard Aeschlimann zu einem Ganzen gefügt.

Der Zukunft unserer Partei wird ein besonderer Platz eingeräumt. Das Strategiepapier, das die Geschäftsleitung dem Kantonalvorstand im März 1988 vorgelegt hat, wird deshalb im Wortlaut wiedergegeben. Elsbeth Steiner hat dazu Interviews mit Parteimitgliedern gemacht, welche aufzeigen, dass es darüber unterschiedliche Auffassungen gibt.

Damit ist auch deutlich geworden, dass diese Schrift ein Gemeinschaftswerk mehrerer Autorinnen und Autoren darstellt. Die Mitarbeit von Werner Lüönd und Elsbeth

Steiner wurde bereits erwähnt, geholfen haben uns sodann Klara Landolt, Josef Wiedenmeier, Leo Lüthold und Arthur Weiss. Dazu hat uns der Zuger Stadtarchivar, Dr. Christian Raschle, Unterlagen für das Behördenverzeichnis und weitere Quellen geliefert und bei der Durchsicht des Entwurfs wertvolle Anregungen gegeben. Dr. Peter Hoppe, Staatsarchivar des Kantons Zug, steuerte eine Uebersicht über die Volksinitiativen und Referenden im Kanton Zug seit 1935 bei. Ihnen allen sei für ihre freundliche Mitarbeit ebenso gedankt wie Armin Oswald, der das Titelblatt gestaltete, und Carmela Chresta, die die Reinschrift besorgte.

Ein besonderer Dank geht schliesslich an Genosse Clemenz Meienberg, alt Regierungsrat. Dank seinem beneidenswert guten Gedächtnis und seinem reichen Archiv konnten viele Begebenheiten rekonstruiert werden, so dass ein einigermaßen zutreffendes Gesamtbild entstanden sein dürfte. Dass es trotzdem noch Ungenauigkeiten (unter anderem bei der Datierung der Amtszeit einzelner Behördemitglieder und Parteipräsidenten) geben dürfte, liegt nicht zuletzt an der kurzen Zeit, die wir für die Herstellung der Schrift zur Verfügung hatten.

Zug, im Oktober 1988

die Redaktoren

7.2 Quellen

Der erste Teil bis zum Ersten Weltkrieg stützt sich hauptsächlich auf

- Grütliener (Zeitung)
- Centralschweizer Demokrat (Zeitung)
- Protokollbuch des Baarer Grütlivereins (1884-1899)
- Protokollbuch des Allgemeinen Arbeitervereins Volkswacht Baar (1909-1926)
- Matter Gerhard, Der Kanton Zug auf dem Wege zu seiner Verfassung von 1876. Treibende Kräfte, tragende Ideen der Totalrevision der Jahre 1872 - 1876, Zug 1985

Die mit **einem Stern bezeichneten Zitate** im ersten Teil stammen aus dem Protokollbuch des Baarer Grütlivereins (1884-1899). Die mit **zwei Sternen bezeichneten Zitate** sind aus dem Protokollbuch des Allgemeinen Arbeitervereins Volkswacht Baar (1909-1926).

Für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wurde auf die Broschüre der Arbeitsgruppe Geschichte Zug, "Krise im Kanton Zug. Nichts Neues", Zug 1976, zurückgegriffen.

Zur Periode 1938-88 sind diverse Parteidokumente (Protokollbücher, Jahresberichte, Wahlprogramme usw.) vorhanden. Sie wurden ebenso ausgewertet wie die Zeugnisse der Zeitgenossen, allen voran von alt Regierungsrat Clemenz Meienberg.

Daten

Die Angaben zur Bevölkerung und zu den Erwerbstätigen stützen sich auf die eidg. Volkszählung. Die Ergebnisse von 1850 bis 1960 sind wiedergegeben nach **Brandenberg, Rolf**, Die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung des Kantons Zug 1850-1960, Zürich 1969 (Dissertation). Dasselbe Werk diente als Basis für die Hinweise zur Wirtschaftsentwicklung im 19. Jahrhundert.

Die Mandatsverteilung im Kantonsrat ist entnommen aus:

Zumbach, Ernst, Zugerisches Aemterbuch. Organisation und Personalbestand der Behörden und Aemter des Kantons und der Gemeinden, Zug 1953. Diwe Angaben über die SP-Vertreter in den Behörden bis 1951 stammen ebenfalls zum grossen Teil daraus.

Die detaillierten Wahlergebnisse stammen vom Bundesamt für Statistik (Nationalratswahlen) und vom Zuger Amtsblatt (kantonale und gemeindliche Wahlen). Wo Angaben im Amtsblatt fehlen, wurden sie der Lokalpresse entnommen.

Weitere Quellen bildeten der Zuger Staatskalender (für die Behördenverzeichnisse) und die Parteiarchive.

7.2 Quellen

Der erste Teil bis zum Ersten Weltkrieg stützt sich hauptsächlich auf

- Grütlianner (Zeitung)
- Centralschweizer Demokrat (Zeitung)
- Protokollbuch des Baarer Grütlivereins (1884-1899)
- Protokollbuch des Allgemeinen Arbeitervereins Volkswacht Baar (1909-1926)
- Matter Gerhard, Der Kanton Zug auf dem Wege zu seiner Verfassung von 1876. Treibende Kräfte, tragende Ideen der Totalrevision der Jahre 1872 - 1876, Zug 1985

Die mit einem Stern bezeichneten Zitate im ersten Teil stammen aus dem Protokollbuch des Baarer Grütlivereins (1884-1899). Die mit zwei Sternen bezeichneten Zitate sind aus dem Protokollbuch des Allgemeinen Arbeitervereins Volkswacht Baar (1909-1926).

Für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wurde auf die Broschüre der Arbeitsgruppe Geschichte Zug, "Krise im Kanton Zug. Nichts Neues", Zug 1976, zurückgegriffen.

Zur Periode 1938-88 sind diverse Parteidokumente (Protokollbücher, Jahresberichte, Wahlprogramme usw.) vorhanden. Sie wurden ebenso ausgewertet wie die Zeugnisse der Zeitgenossen, allen voran von alt Regierungsrat Clemenz Meienberg.

Daten

Die Angaben zur Bevölkerung und zu den Erwerbstätigen stützen sich auf die eidg. Volkszählung. Die Ergebnisse von 1850 bis 1960 sind wiedergegeben nach **Brandenberg, Rolf**, Die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung des Kantons Zug 1850-1960, Zürich 1969 (Dissertation). Dasselbe Werk diente als Basis für die Hinweise zur Wirtschaftsentwicklung im 19. Jahrhundert.

Die Mandatsverteilung im Kantonsrat ist entnommen aus:

Zumbach, Ernst, Zugerisches Aemterbuch. Organisation und Personalbestand der Behörden und Aemter des Kantons und der Gemeinden, Zug 1953. Diwe Angaben über die SP-Vertreter in den Behörden bis 1951 stammen ebenfalls zum grossen Teil daraus.

Die detaillierten Wahlergebnisse stammen vom Bundesamt für Statistik (Nationalratswahlen) und vom Zuger Amtsblatt (kantonale und gemeindliche Wahlen). Wo Angaben im Amtsblatt fehlen, wurden sie der Lokalpresse entnommen.

Weitere Quellen bildeten der Zuger Staatskalender (für die Behördenverzeichnisse) und die Parteiarchive.

Oktober 1988

Sozialdemokratische Partei
des Kantons Zug



100 Jahre SP

Die
Sozialdemokratische
Partei
im Kanton Zug
von ihren Anfängen
bis 1988

